



Beilage zur Wochenzeitung

**Das Parlament**

4. Oktober 2004

# Aus Politik und Zeitgeschichte

**3** Tobias Hollitzer *Essay*

---

15 Jahre Friedliche Revolution

**7** Reinhard Bernhof

---

Leipziger Protokoll

**12** Thomas Ahbe

---

Die Konstruktion der Ostdeutschen

**23** Katharina Gajdukowa

---

Opfer-Täter-Gesprächskreise nach dem Ende  
der DDR

**28** Ulrich Arnswald

---

Zum Stellenwert der DDR-Geschichte  
in schulischen Lehrplänen

**36** Michael Gehler

---

Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und  
Osteuropa



Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.

*Redaktion:*

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Ludwig Watzal  
Hans G. Bauer  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

*Internet:*

[www.bpb.de/publikationen/apuz](http://www.bpb.de/publikationen/apuz)  
E-Mail: [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

*Druck:*

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main

*Vertrieb und Leserservice:*

Die Vertriebsabteilung  
der Wochenzeitung **Das Parlament**,  
Frankenallee 71 – 81,  
60327 Frankfurt am Main,  
Telefon (0 69) 75 01-42 53,  
Telefax (0 69) 75 01-45 02,  
E-Mail: [parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de),  
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
einschließlich Beilage zum Preis  
von Euro 19,15 halbjährlich,  
Jahresvorzugspreis Euro 34,90  
einschließlich Mehrwertsteuer;  
Kündigung drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-  
mappen für die Beilage  
zum Preis von Euro 3,58  
zuzüglich Verpackungskosten,  
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen  
in der Beilage

**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
stellen keine Meinungsäußerung  
des Herausgebers dar;  
sie dienen lediglich der  
Unterrichtung und Urteilsbildung.  
Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke  
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

## Editorial

■ „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung.“ So begann der Gründungsauftrag des Neuen Forums im September 1989. Die Feier zum 40. Jahrestag der DDR wenig später war eine gespenstische Veranstaltung. Am 7. Oktober tauschten Erich Honecker und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow im Palast der Republik Trinksprüche aus, während „das Volk“ vor der Tür skandierte: „Gorbi, hilf!“ Die Sicherheitskräfte reagierten mit kompromissloser Härte. Von Erich Mielke, der nach Gorbatschows Abreise den Polizeieinsatz persönlich leitete, ist der Satz überliefert: „Jetzt ist Schluss mit dem Humanismus!“

■ Zwei Tage später schien es in Leipzig zum Showdown zwischen den Montagsdemonstranten und der Staatsmacht zu kommen. Im Juni hatte die Volksbefreiungsarmee unter den protestierenden Studenten in Peking ein Blutbad angerichtet. Vieles deutete darauf hin, dass die SED-Führung gegen die bereits seit dem Spätsommer andauernden Massenproteste die „chinesische Lösung“ in Betracht ziehen wollte: Panzer fuhrten auf, Straßen wurden abgesperrt und „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ mobilisiert.

■ In Leipzig fiel an diesem 9. Oktober 1989 nicht ein einziger Schuss. Angesichts der schieren Masse der Demonstranten wichen die Sicherheitsorgane zurück. Nach Friedensgebeten zogen über 70 000 friedlich über den Ring und riefen „Wir sind das Volk“, „Keine Gewalt“, „Neues Forum zulassen“, „Freie Wahlen“ und „Wir bleiben hier“. Die Machtfrage war gestellt. Die SED suchte ihr Heil in der Ablösung Honeckers. Sein Nachfolger Egon Krenz behauptete live im DDR-Fernsehen, dass nun eine „Wende“ eingeleitet werde, um „die politische und ideologische

Offensive“ wiederzuerlangen. Die Partei habe „die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande in ihrem Wesen nicht real genug“ eingeschätzt. In Wirklichkeit war das Politbüro der SED von der Fluchtwelle Hunderttausender und den Massenprotesten der „Hierbleiber“ förmlich überrollt worden.

■ Während des Oktobers hing die weitere Entwicklung in der Schwebe. Die Massendemonstrationen breiteten sich über das ganze Land aus. Am 9. November kam es zur überstürzten und in jener Nacht wohl unbeabsichtigten Öffnung der Mauer in Berlin. Für die Dialogrhetorik der SED interessierte sich niemand mehr. „Dritte Wege“ wurden schon bald ad acta gelegt und die Zeichen auf Vereinigung mit der Bundesrepublik gestellt. Das war der ausdrückliche, im März 1990 mit großer Mehrheit in einer freien Wahl geäußerte Wunsch der Bürgerinnen und Bürger der DDR.

■ Die friedliche Revolution in der DDR war Teil einer Kette von bis dahin kaum vorstellbaren Ereignissen, an deren Ende sich die bipolare Weltordnung auflöste. Worin liegt 15 Jahre danach die Bedeutung jenes „wind of change“, der damals durch Europa wehte? Der rasche und weitgehend geräuschlose Zusammenbruch des Ostblocks belegt, dass legitime Macht nicht auf Bajonettspitzen ruht oder aus Gewehrläufen kommt. Ohne demokratische Legitimation haben Regime keine Überlebenschance. Dazu gehören Bürgerrechte, Gewaltenteilung, Rechtssicherheit, freie Medien, Parteienwettbewerb und freie Wahlen, Reisefreiheit, eine saubere Umwelt und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit.

■ Dies gilt es hervorzuheben, wenn die Erinnerungen an den Alltag in der DDR zunehmend im Nebel des Vergessens verschwinden. Wer die notwendigen Mühen demokratischer Aushandlungsprozesse mit dem mutigen Aufbegehren gegen eine Diktatur verwechselt, begeht Geschichtsklitterung.

Hans-Georg Golz ■

## 15 Jahre Friedliche Revolution

Wenn von der Friedlichen Revolution in der DDR die Rede ist, denken die meisten – vor allem in den alten Bundesländern – an den Fall der Mauer am 9. November 1989. Dieses Ereignis sprach die Emotionen aller Deutschen, ob in Ost oder West, gleichermaßen stark an. Bis heute verstellt dieser Fokus aber eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Ereignissen von 1989 in der DDR, die zum gewaltfreien Sturz der 40 Jahre dauernden SED-Diktatur führten.

Die Friedliche Revolution des Jahres 1989 begann nicht erst im Herbst. Schon ab Jahresanfang hielt eine Vielzahl oppositioneller Aktivitäten SED, Polizei und Staatssicherheit in Atem. So versammelten sich am 15. Januar 1989 etwa 500 Bürger auf dem Marktplatz in Leipzig und forderten Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Nach einer kurzen Rede zogen sie durch die Innenstadt. Die Polizei löste den Zug auf, 53 Menschen wurden „zugeführt“, wie kurzzeitige Verhaftungen im DDR-Amtsdeutsch hießen. Ausgelöst hatten diese erste, nichtgenehmigte Demonstration der achtziger Jahre Flugblätter einer „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“. Die Mitglieder verschiedener Leipziger Basisgruppen waren beim Verteilen der rund 10 000 Exemplare beobachtet und verraten worden. Die Staatssicherheit verhaftete sie umgehend.

Die Verhaftungen lösten, ähnlich wie schon im Jahr zuvor in Berlin am Rande der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration, DDR-weite und internationale Proteste aus. Der bundesdeutsche und der amerikanische Außenminister gingen auf die Leipziger Ereignisse in ihren Reden zum Abschluss des 3. KSZE-Folgetreffens in Wien ein – entsprachen sie doch so gar nicht dem demokratischen Bild, das die DDR von sich selbst gern zeichnete. Die Folge des öffentlichen Protestes war, dass alle Verhafteten nach wenigen Tagen freigelassen und die Ermittlungsverfahren bereits am 24. Januar auf zentrale Weisung ohne weitere direkte Folgen für die Betroffenen eingestellt wurden. Noch ein Jahr zuvor hatten Wolfgang Templin, Bärbel Bohley und andere die DDR für ein halbes Jahr verlassen müssen. Nun war deutlich geworden, dass die SED-Führung ihre Gesetze zum Erhalt der Diktatur nicht mehr anwenden

konnte, wenn eine internationale Öffentlichkeit bestand.<sup>1</sup>

In den nächsten Monaten besuchten immer mehr Menschen die montäglichen Friedensgebete in der Nikolaikirche, protestierten öffentlich gegen Umweltverschmutzung, kulturelle Bevormundung oder die blutige Niederschlagung der Studentenproteste in China. Bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 gelang es an verschiedenen Orten erstmals, die Wahlfälschung der SED nachzuweisen.<sup>2</sup> Danach distanzieren sich auch viele, die bis dahin loyal zur SED gestanden hatten, vom System. Gleichzeitig verließen Zehntausende das Land in Richtung Westen. Auch diese Ausreiser sind ein wesentlicher, wenn nicht gar der wirksamste Teil der Oppositionsbewegung gewesen. Ende September eskalierten die Auseinandersetzungen, als Erich Honecker nach langer Krankheit den Dienst wieder aufnahm. In Dresden ging die Polizei ab dem 3. Oktober 1989 gewaltsam gegen Ausreiser vor, die auf die Züge aufspringen wollten, die mit den Botschaftsflüchtlingen aus der Tschechoslowakei gen Westen fahren. Nachdem die Volkspolizei am Vortag erstmals mit Sonderausrüstung gegen die Montagsdemonstranten in Leipzig vorgegangen war, kam in Dresden zusätzlich die Nationale Volksarmee zum Einsatz.

Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, spitzte sich die Situation auch in Berlin, Plauen und anderen Städten dramatisch zu. Alle blickten am Montag, den 9. Oktober 1989, gebannt und auf das Schlimmste vorbereitet auf Leipzig. In der „Leipziger Volkszeitung“ hatte die SED den Montagsdemonstranten gedroht: „Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß mit der Waffe in der Hand!“<sup>3</sup> Obwohl mehr als 8 000

1 Vgl. zu dieser Darstellung sowie zu den weiteren Ereignissen des Jahres 1989 in Leipzig: Tobias Hollitzer/Reinhard Bohse (Hrsg.), Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution, Fribourg 2000.

2 Vgl. Hans Michael Kloth, „Vom Zettelfalten“ zum freien Wähler. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000.

3 Werktätige des Bezirkes fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden, in: Leipziger Volkszeitung vom 6. 10. 1989, S. 2.

Sicherheitskräfte in der Stadt zusammengezogen worden waren, wagten sich mindestens 70 000 Demonstranten auf die Straße, um gegen das Regime zu protestieren. Ihr Mut, ihre Friedlichkeit und ihre schiere Menge waren es, die ein Blutvergießen verhinderten.<sup>4</sup>

Nach diesem „Tag der Entscheidung“ breiteten sich die Bürgerproteste wie ein Flächenbrand in der ganzen DDR aus und stürzten schließlich die SED-Diktatur. Am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin.<sup>5</sup> Vier Wochen später begannen Bürgerinnen und Bürger überall damit, die Dienststellen der Staatssicherheit zu besetzen, um Aktenvernichtungen zu stoppen. Runde Tische rangen der SED schrittweise die Macht ab. In einer Zeit, in der die staatlichen Strukturen zunehmend zusammenbrachen, übernahmen Bürger Verantwortung für den Fortbestand des Gemeinwesens und entwickelten Vorstellungen für die Organisierung freier Wahlen und den Übergang in die Demokratie.

Protest und Widerstand gegen die Diktatur hatte es vom ersten Tag ihres Bestehens an gegeben. Zehntausende büßten für ihren Mut und ihre Zivilcourage mit mehrjährigen Haftstrafen, viele, gerade in den frühen Jahren, auch mit dem Tod. Erinnert sei besonders an den blutig niedergeschlagenen Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Der Protest war dennoch nicht sinnlos. Immer wieder erinnerten sich Menschen, selbst in schwierigsten Situationen, an Menschenwürde, Demokratie und zivilisatorische Grundsätze und versuchten, diese umzusetzen. Diese demokratische Tradition wurde 1989 von der geglückten und zudem friedlichen Revolution gekrönt. Sie ist eine der wichtigsten geistig-moralischen Grundlagen des wiedervereinigten Deutschland.

Nutzen wir dieses Jubiläumsjahr, um uns zu erinnern, wovon wir uns 1989 aus eigener Kraft befreit haben. Nutzen wir es auch, um uns unserer demokratischen Leistungen bewusst zu werden. An vielen Orten gab es inzwischen vergessene Flugblattaktionen, Demonstrationen oder andere vermeintlich unscheinbare Beispiele von Zivilcourage oder Verweigerung. Erforschen wir diese und machen wir sie bekannt; der Jahrestag 2004 bietet

4 Vgl. Tobias Hollitzer, Der friedliche Verlauf des 9. Oktober 1989 in Leipzig – Kapitulation oder Reformbereitschaft?, in: Günther Heydemann u. a. (Hrsg.), Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 247–288.

5 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996.

eine Chance sowohl zur Selbstvergewisserung als auch zur Aufklärung der Nachgeborenen und derer, die den demokratischen Aufbruch selbst nicht miterlebten.

Doch 15 Jahre nach der Selbstbefreiung von der kommunistischen Diktatur gibt es auch besorgniserregende Entwicklungen: Viele Menschen glorifizieren angesichts aktueller Probleme die DDR in ihrer Erinnerung. Daraus entsteht ein trotziges Ost-Gefühl, das absurde Blüten treibt: Jugendliche tragen die Symbole der Unterdrückung tausendfach auf T-Shirts und Jacken. Im Versandhandel, in Souvenirläden und selbst im Shop des Deutschen Historischen Museums sind sie erhältlich. Das Signet des MfS auf Zollstöcken, als Schlüsselanhänger oder Wandschmuck; das Emblem der SED auf Feuerzeugen; die Lieder von FDJ und Staatssicherheit auf CD gepresst: Woher kommt dieser unreflektierte, unkritische Umgang? Offenbar wird in der Schule zu wenig vermittelt, wird in den Elternhäusern zu vieles verklärt. Ein Übriges taten „Ostalgie-Shows“, die 2003 auf fast allen Fernsehkanälen liefen. Doch „Ost“ ist nicht „Kult“ – wie beispielsweise das ZDF meinte –, sondern „Ost“ steht für fast 40 Jahre SED-Diktatur. Die Shows würden nur den Alltag darstellen, hieß es aus den Redaktionen und von den Moderatoren. Gemeint war, dass nur der auf den ersten Blick unpolitische Teil der DDR gezeigt werden solle. Es ist jedoch gerade ein Merkmal von Diktaturen, dass es in ihnen keinen unpolitischen Alltag gibt. In den Sendungen traten fast nur Prominente auf, die schon zu DDR-Zeiten privilegiert waren und deren Alltag mit der DDR-Realität wenig zu tun hatte. „Diplomaten im Trainingsanzug“ nahmen ihre Funktion noch einmal wahr und schwärmten von der Überlegenheit des DDR-Sports, ohne ein Wort über das staatlich organisierte Doping zu verlieren. „Unsere Fernsehlieblinge“ traten auf, ohne die Zensur sämtlicher Medien auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Und wenn es sich doch einmal nicht vermeiden ließ, die Kehrseite des schönen Scheins anzusprechen, brach der Moderator ab oder zog die Bemerkung als Anekdote ins Lächerliche. Die so genannten DDR-Shows hätten zu wenigstens 80 Prozent anstandslos die SED-Zensur der achtziger Jahre passiert. Erich Honecker und sein Politbüro hätten ihre Freude an einer solchen Vielzahl von Agitationssendungen für den „Sozialismus in den Farben der DDR“ im (west)deutschen Fernsehen gehabt.

Die Shows glichen Kuriositätenkabinetten, die nichts, aber auch gar nichts zur Verständigung zwischen Ost und West beitrugen. Für die mentale Wiedervereinigung brauchen wir eine aufrichtige

und von gegenseitiger Akzeptanz geprägte Neugier auf den anderen. Nicht das in der DDR gelebte Leben steht zur Disposition, sondern die kommunistische Diktatur. Die teilweise gebührenfinanzierte Reduktion der DDR auf „Pfeffis“ und Spreewaldgurken sind kein Mittel, um wahrhaftig über das Wesen der DDR und das Leben in ihr zu informieren. Ostalgie-Shows verharmlosen die Gefahren, die der Demokratie durch totalitäre Ideologien drohen, und sind eine Verhöhnung der Opfer. Dass sich die Diktatur der Nationalsozialisten nicht auf Autobahnbau und geringe Arbeitslosigkeit reduzieren lässt, haben wir gelernt. Muss betont werden, dass sich das Alltagsleben in der DDR nicht auf Schulmilch und billige Mieten beschränkte? Nostalgie-Shows, die das Leben im „Dritten Reich“ auf den vermeintlich unpolitischen Alltag reduzieren, sind zum Glück undenkbar. Eine Ostalgiewelle zieht über das Land. Das klingt wie eine ansteckende Krankheit. Tatsächlich scheint es eine Krankheit zu sein, immer nur Facetten zur Kenntnis nehmen zu wollen. Doch wir müssen uns auch dem Leben in der zweiten deutschen Diktatur offen und ehrlich und vor allem in all seinen Facetten stellen. Nur dann werden wir den Wert heutiger Freiheit und Demokratie zu schätzen und ihn zu verteidigen wissen. Gerade die Beschäftigung mit dem Alltag in totalitären Regimen verdeutlicht, wie sich der Einzelne in solchen Systemen verhält und welchen Zwängen und Versuchungen er ausgesetzt ist.

Inzwischen gibt es eine ganz andere Art gesamtdeutscher Erinnerung. Seit August kommt es wöchentlich zu „Montagsdemonstrationen“ gegen die Arbeitsmarktreflexen. Die Demonstranten berufen sich auf den Herbst 1989 und kopieren die Losungen. Eine lebhafteste Diskussion ist darüber entbrannt, ob derlei historische Anleihen statthaft seien. Arbeitsminister Wolfgang Clement sah in ihnen „eine Zumutung, eine Beleidigung der historischen Montagsdemonstrationen und der Zivilcourage, die viele Ostdeutsche damals gezeigt haben“<sup>6</sup>. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse dagegen fand den Rückbezug zulässig und attestierte den Ostdeutschen ein „tiefer gehendes Gerechtigkeitsbedürfnis“<sup>7</sup>.

Es gibt in der Tat eine Reihe von soziologischen Untersuchungen, die zum Teil große Unterschiede in den politischen und moralischen Bewertungsmaßstäben zwischen Ost- und Westdeutschen fest-

stellen. Die Frage bleibt: Was haben die Montagsdemonstrationen des Jahres 2004 mit denen des Herbstes 1989 gemein, außer, dass sie auch montags stattfinden? Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich würde mich jederzeit dafür einsetzen, dass jeder Mensch das im Grundgesetz verbrieftete Recht auf Demonstrationen nutzen darf. Schließlich war Demonstrationsfreiheit eine der zentralen Forderungen der Friedlichen Revolution. Fraglich ist jedoch, ob es moralisch legitim ist, sich bewusst in die Tradition von 1989 zu stellen. Genügt es, den Ruf „Wir sind das Volk“ abzuändern in „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir“? Damals war es ein Ausstoß der Verzweiflung und der Angst. Wehrlose und friedliche Demonstranten richteten ihn am 9. Oktober 1989 an die aufmarschierten, bewaffneten Volkspolizisten, die Volksarmee und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Mit ihm wollten sie sagen: Ihr seid zu unserem Schutz da, nicht zum Schutz der Diktatur. Angesprochen war auch die SED, welche die Demonstranten zuvor als „Rowdys“ verunglimpft hatte.

Weder die Ausgangssituation der Revolution von 1989 – unmündig gehaltene Bürger begehren friedlich gegen eine waffenstarrende Diktatur auf – noch die damaligen Probleme – das Fehlen wichtiger Grund- und Menschenrechte, der bevorstehende wirtschaftliche Kollaps des Landes – sind mit den heutigen Verhältnissen vergleichbar. Heute geht es um die Frage, ob die von der Regierung vorgeschlagene und auf demokratischem Weg gefundene Lösung für ein gesellschaftliches Problem (hohe Arbeitslosigkeit und leere Sozialkassen) von einem Teil der Gesellschaft für falsch befunden wird. Die Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989 – die übrigens in anderen Städten auch an anderen Wochentagen stattfanden – bezogen ihre große Kraft hingegen aus dem gesellschaftlichen Konsens, dass es mit dem staatlichen und gesellschaftlichen System als solchem so nicht weiter gehen konnte und Veränderungen unabdingbar waren. Dieser Konsens ging quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und alle Generationen. Als es dann um konkrete Projekte der Zukunftsgestaltung ging, entstanden schnell auch sehr unterschiedliche Positionen: Erinnerung sei nur an den Aufruf „Für unser Land“ von DDR-Intellektuellen gegen die Wiedervereinigungsforderungen der Demonstrationen. Dennoch blieben die Menschen nicht passiv, sondern setzten sich zu Tausenden dafür ein, dass ihre Forderungen und Vorschläge umgesetzt wurden. Als wichtiges Instrument für die Einbindung des Volkes in die Lösung anstehender Probleme hatten sich 1989 die Dialogveranstaltungen entwickelt, wenngleich sie

6 Vgl. „Niemand der bedürftig ist, wird ohne Geld dastehen“. Interview mit Wolfgang Clement, in: Leipziger Volkszeitung vom 6. 8. 2004.

7 In der Bild am Sonntag vom 8. 8. 2004.

von der SED ursprünglich als taktische Manöver zur Verhinderung weiterer Demonstrationen geplant waren. Im Anschluss entstanden die „Runden Tische“, die der SED die Macht abrang und politische Prozesse mitgestalteten. Bürgerkomitees besetzten die Stasi-Zentralen und sicherten Akten, andere Gruppen gründeten unabhängige Gewerkschaften. Es ging um Mitgestaltung und Demokratie, und als diese Forderungen am 18. März 1990 mit der ersten freien Volkskammerwahl weitgehend erfüllt waren, endeten in Leipzig auch die Montagsdemonstrationen.

Warum haben die Protestierenden von heute nicht die Möglichkeiten der demokratisch verfassten Gesellschaft genutzt und längst Vorschläge erarbeitet und öffentlich diskutiert? Dass grundlegende Reformen in Deutschland nötig sind, ist seit Jahren bekannt und sicher auch unstrittig. Im Verlauf des Herbstes 1989 und des Winters 1989/90 wurde aus der heute recycelten Losung „Wir sind das Volk“ der Ruf „Wir sind ein Volk“, mit dem die Einheit erstritten wurde. Wäre dies nicht ein Motto für Demonstrationen: die dringend notwendigen Reformen anmahnen, die wir als Gesellschaft im Ganzen angehen und durchstehen müssen? Dem Ruhrgebiet beispielsweise werden ebenso radikale Veränderungen bevorstehen, wie sie die sächsischen Braunkohlereviere nach 1990 erlebt haben. Weil die Reformen ganz Deutschland betreffen, brauchen wir wie im Herbst 1989 das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gesellschaft, die einen Aufbruch spürte und diesen gestalten wollte. Vielleicht erinnern sich viele, die jetzt demonstrieren, in ihrer unzweifelhaften persönlichen Not nur an das Gefühl von damals, das ein Leipziger Demonstrant mit den Worten auf den Punkt brachte: „Ich wollte einfach nur Masse sein.“<sup>8</sup>

Staatssicherheit, Volkspolizei und SED suchten 1989 fieberhaft nach Organisatoren der Montagsdemonstrationen und deren Hintermännern. Das war vergeblich, denn es gab keine. Die Menschen kamen aus eigenem Antrieb, und es wurden in Leipzig von Montag zu Montag mehr: Am 25. September 5 000, am 2. Oktober 20 000, am 9. Oktober 70 000 und eine Woche später schon 120 000. Kein Organisator rief sie, stattdessen drohte die SED mit Gewalt. Im Jahr 2004 melden Organisati-

onskomitees, Attac, die MLPD, das Aktionsbündnis „Soziale Gerechtigkeit“, das Sozialforum und andere Gruppierungen „Montagsdemonstrationen“ an. Andere Initiativen vom politischen Rand – die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ oder rechte Parteien – nutzen die Protestwelle ebenso wie die PDS, die als einstige SED die Misere im Osten zu verantworten hat. Schon streiten sich die Organisatoren in Leipzig, ob es zulässig ist, Politiker als Redner einzuladen, oder ob damit die vorgebliche parteipolitische Unabhängigkeit zerstört würde. Nun sollen sogar Blinde und Legastheniker berichten, wie sie mit den Anträgen zu Hartz IV zurechtgekommen sind.<sup>9</sup> Das ist zwar basisdemokratisch korrekt, dafür aber demagogisch. Das ehemalige Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, das 1989 die Montagsdemos diffamierte, stellt sich ungefragt an die Spitze der Bewegung, titelt auf Seite 1: „Heute Montagsdemos in 140 Städten“ und veröffentlicht eine Art Terminkalender mit Angabe von Stadt, Uhrzeit und Ort, natürlich „ohne Gewähr“.<sup>10</sup> Spätestens hier beginnt eine historische und politische Beliebigkeit, der man entgegenzutreten muss, damit die Anliegen von 1989 nicht beschädigt werden.

Die Friedliche Revolution von 1989 ist ein herausragendes Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte. Doch je weiter die Ereignisse zurückliegen, umso mehr verschwimmen die Fakten. Daher ist es eine wichtige Pflichtaufgabe des Staates, Gedenkstätten zu erhalten, die an die SED-Diktatur erinnern, bürgerschaftliches Engagement, das sich um die Aufarbeitung bemüht, zu fördern und die politische Bildungsarbeit, vor allem auch an den Schulen, zu unterstützen. Es muss gelingen, die Kraft der kollektiven Erinnerung an 1989 sinnstiftend für eine gemeinsame deutsche Erinnerung und Identifikation fruchtbar zu machen. Unter diesem Aspekt ist der Nationalfeiertag am 3. Oktober das denkbar schlechteste Datum. Es ist zwar technisch korrekt gewählt, aber Emotionen verbindet mit diesem Tag niemand. Der 9. Oktober, der Tag, an dem sich 1989 alles entschied, sollte zum Gedenktag für ganz Deutschland werden, an dem sich die Menschen in Ost und West gemeinsam und selbstbewusst der Demokratie vergewissern.

<sup>9</sup> Vgl. Montagsdemos: Protestgruppen stimmen sich ab, in: Leipziger Volkszeitung vom 23. 8. 2004, S. 11.

<sup>10</sup> Neues Deutschland vom 23. 8. 2004, S. 1 und 2.

<sup>8</sup> T. Hollitzer/R. Bohse (Anm. 1), S. 448.

## Leipziger Protokoll

Am 16. Oktober 1989 stand ich nachmittags vor der Nikolaikirche. Sie zu betreten war nicht möglich. Es galt wohl noch immer, was ich später in einem chiffrierten Fernschreiben der SED-Bezirksleitung Leipzig an Egon Krenz las, nämlich dass vorbeugende Maßnahmen gegen „negativfeindliche Handlungen von Kräften des politischen Untergrunds im Bereich der Leipziger Innenstadt (Schwerpunkt Nikolaikirche, Thomaskirche und Reformierte Kirche) durch Mitglieder der Partei in Größenordnungen zu ergreifen sind, die das Auftreten konterrevolutionärer und rowdyhafter Elemente ausschließen. Dazu sind am 9. Oktober 1989 – 15.00 Uhr – aus dem Stadtparteiaktiv, dem sozialistischen Jugendverband, der Gewerkschaft 5 000 Partei-, FDJ- und Gewerkschaftsmitglieder auf dem Vorplatz der Nikolaikirche zu formieren. Bei diesem Einsatz ist zu sichern, daß mit Öffnung der Nikolaikirche zum ‚Gebet‘ sofort 2 000 Parteiaktivisten im Innenraum Platz nehmen und der Zugang negativer Kräfte weitgehend eingeschränkt wird. Die Mitglieder der Partei und FDJ, die nicht im Kircheninnern Platz finden, übernehmen den Auftrag, die Formierung negativer Kräfte auf dem Kirchplatz zu verhindern. Es ist eine Reserve von 500 Genossen zu schaffen, die bei beabsichtigten Veranstaltungen in der Thomas- und Reformierten Kirche sofort zum Einsatz kommen kann.“

Ich ging in das gegenüberliegende Fachbuch-Antiquariat, wo ich mich manchmal aufhielt. Über das Pflanzenbuch in meiner Hand hinweg blickte ich immer wieder auf den Kirchplatz. Zu zweit und zu dritt standen einige mit dem Rücken zum Schaufenster, trafen wie zufällig aufeinander, sahen sich verunsichert um. Einzelne Leute strichen über den Vorplatz, kamen wieder zurück. Ein hagerer Mann mit grimmigen Zügen und strenger Entschlossenheit schaute auf die Uhr. Ich blätterte und bewunderte die farbigen Abbildungen eines Ginkgobaumes. In einem Fachbuch der ehemaligen Leipziger Firma Bleichert, die einst Seilbahnen baute, in der DDR hieß sie „TAKRAF Paul Fröhlich“, sah ich mich in einer Gondel zwischen Eisgletschern zur Zugspitze oder zwischen Palmen und Meeresrauschen auf den Zuckerhut fahren.

Als ich erneut nach draußen blickte, sah ich bereits eine Menschenmenge. Jugendliche direkt vor dem Kircheneingang winkten keck einer Kamera entgegen. Auch ich hatte ihr Rotieren auf dem Dach des gegenüberliegenden Pelzzentrums registriert. Gespannt wartete jeder auf das Ende des Friedensgebets. Von westlichen Kameraleuten nicht die geringste Spur. Sie hatten strikte Auflagen, sich außerhalb der Hauptstadt nicht mehr in Richtung „Realexistierendes“ zu begeben.

Langsam verließ ich das Antiquariat. Es waren inzwischen vielleicht ein- oder zweihundert Menschen versammelt, manche von ihnen gewiss jene Beorderten. In wenigen Minuten, aus der Kirche tretend, würden sich die frommen Genossen unter das Volk mischen. Doch wie wollten sie in dem Gewimmel ihre Parteilichkeit beweisen? Ihren Klassenstandpunkt? Den meisten, nahm ich an, waren diese Gedanken nur peinlich, und sie würden eilig weggehen.

Jemand tippte mich von der Seite an. Sylvia Kabus stand neben mir, außer Atem. Von wo war sie gekommen? Ich ging mit ihr zurück ins Antiquariat und besprach das dritte Heft unserer illegalen Literatur-Zeitschrift „Umfeldblätter“. Sie hatte mir die dafür in Frage kommenden neuen Texte von dem Physiker Karl-Peter Dostal, der an der Karl-Marx-Universität lehrte, Aphorismen von Horst Drescher und den Essay „Die maßlose Gesellschaft“ von Winfried Völlger mitgebracht. Völlger, der in Halle lebte, hatte diesen Essay als Diskussionsbeitrag im Mai 1989 anlässlich der Tage der Kinder- und Jugendliteratur, die im Bezirk Leipzig stattfanden, gelesen, und es hatte sich sofort herumgesprochen: Ich warf einen kurzen Blick auf Völlgers Seiten – und sofort hakten sich einige Sätze bei mir ein: „Wo der Handlungsspielraum sich verengt, wo das Meer Freiheit durch immer perfektere Reglementierungen eingeengt wird zur schmalen Fahrrinne, wo also Freiheit verloren geht, verlieren die ethischen Werte ihren Sinn als Navigationsinstrumente, sie büßen ihre soziale Funktion ein. Es kommt zur ethischen Inflation.“

Unmerklich, ich traute meinen Augen kaum, hatte sich der Platz mit Menschen gefüllt, die von der Ritterstraße, Goethestraße, Reichsstraße sternför-

mig herbeieilten. Da gingen die Türen von St. Nikolai auf. Die ersten strömten heraus, sahen sich verstört um. Schwerfällig aussehende Männer von kleinem Wuchs, ältere Jahrgänge, in Mänteln, mit Aktentasche. Stets ihr sächsischer Akzent, singend und schleppend, in meinen Ohren. Ein bleicher dicker Mann, der mit abwesender Miene vor sich hinstarrte. Das kreisrunde Gesicht von glatter, glänzender Haut. Vielleicht hatte er vorher in irgendeinem Amt, einer Abteilung gearbeitet, war nun benommen. Oder ich täuschte mich und es war der Bischof persönlich?

Sie tauchten unter in der anschwellenden Menge. Unversehens standen wir in einer Drängelei und hatten kaum noch Platz für den kleinsten Schritt. Eingeklemmt zwischen Schultern, Rücken und Ellenbogen. Die ersten Chöre: „Neues Forum zulassen!“, als wäre es bereits eine Größe mit festen Strukturen. Andere riefen „Gorbi, Gorbi!“ Der Perestroika-Vater erschien uns wie ein Schutzheiliger für den Fall, dass bei den Machträgern die Glühfäden im Gehirn durchbrannten.

Langsam begriffen wir, dass wir uns nicht bewegen, sondern gedrückt, getragen, gehoben wurden und Teil eines ganz anderen Körpers waren, der sich Zentimeter für Zentimeter in Richtung Ritterstraße, Grimmaische Straße wälzte. Aber da ließ die Kraft hinter uns plötzlich nach. Ein kleiner leerer Raum um uns. Eine Luftblase, zum Atmen. In der Grimmaischen stauten wir uns erneut, in eine noch größere Menge hineingepresst, die sich vom Markt zum Karl-Marx-Platz drängte. Staunen, gegenseitiges Anstaunen, dass jeder zu den vielen gehörte. Wir sind das Volk, unkten manche. Das war der erste unerhörte Eindruck. Vielleicht, weil jeder den anderen bislang für einen Opportunisten, Duckmäuser, Feigling, für einen Begrabenen gehalten hatte.

Eine Gruppe mit Kameras, in Kutten, mit Schals und langen Haaren. Ein Filmer rief: „Wir sind von Babelsberg!“ Sie wurden von einigen argwöhnisch bäugt. Die Stadt voller Dissidenten, dachte ich, spontan und friedlich. Hiergebliebene! Ein Mann neben mir reckte sich: sein langer Hals und sein nach hinten gedrehter Kopf. Er versuchte abzuschätzen, wie viele es sein könnten. Sprünge, erstaunte Ausrufe. Bis ich ebenfalls – nach hinten blickend – sprang. Jeder fühlte sich wie berauscht und neu beatmet. Gemeinsam nun in einer einzigartigen, nie dagewesenen Konkretheit. Qualität und Selbstbewusstsein zugleich. Waren es bereits Fünftausend? Hunderttausend?

Gleich würden wir die Goethestraße überqueren, eingekleimt, ohne eigentlich gehen zu können. Über-

all Menschen. Wenn sie heute nicht eingreifen, dann haben wir gewonnen, dachte ich, kann es am nächsten Montag zu einer noch größeren Demonstration kommen. Doch als Held fühlte sich keiner. Die meisten wunderten sich wohl nur über sich selbst, über ihre Neugier, über die abgeschüttelte Angst und plötzlich aufgekommene Zivilcourage. Sie zeichnete sich als Freude in den Gesichtern ab und würde sich langsam auf die noch Unentschlossenen übertragen. Irgendetwas Neues schien anzufangen, gepaart mit Hunger nach Aktion, das Bedürfnis, sich auf die Straße und nur auf die Straße zu begeben. „Keine Gewalt! Neues Forum zulassen! Erich, laß die Faxen sein, hol die Perestroika rein! Stasi raus! Schließt euch an!“ Zehntausende drückten sich mit einem Mal präziser aus als vierzig Jahre Gesellschaftswissenschaften. Die Theoretiker hatten längst vergessen, dass es jenes Volk noch gab, stets unter Verschluss gehalten in Reagenzglas und Glaskolben, kampagnegeschützt, im Labor für Endzeitexperimente.

Wie hatte der Medizinstudent bei meiner Kontaktstunde über die erste größere Demonstration gesagt? „Nirgends einer, der anführte. Jeder ein Anführer durch sein Dabeisein.“ Keiner hatte einen Stein in der Hand. An den Springbrunnen in der Grimmaischen Straße hätte man sich nur zu bücken brauchen. Steine waren so reichlich vorhanden, daß sie etliche Lastwagen hätten füllen können.

Plötzlich, nur wenige Meter von uns entfernt, das erste Transparent. „Jetzt oder nie, Freiheit und Demokratie!“ Sofort sprang ein junger Mann daran hoch und zerrte es herunter. Demonstranten griffen ein, ein Handgemenge. Schließlich konnte es zurückerobert werden, die beiden Träger streckten es mit freudigem Gesicht wieder hoch. Beifall und Jubelschreie. Es bildete sich sogar eine Gasse, durch die der Provokateur, ohne angegriffen zu werden, entschwinden konnte.

Nicht die leisesten Anzeichen von Gewalt. Doch aus den Lautsprechern des Stadtfunks ertönten ständig Mahnungen von Funktionären und Persönlichkeiten, ausgehend vom Krisenstab der SED-Bezirksleitung, um beschwörend und mit indirekten Drohungen von einem Weitergehen abzuraten. Der Vorsitzende der liberalen Blockpartei pries sich in voller Inbrunst an, jederzeit für einen Gedankenaustausch zur Verfügung zu stehen, als hätte er vorher keine Zeit dafür gehabt, keine Gedanken besessen, als wäre er, der stets wie alle anderen Blockfreunde so beredt geschwiegen hatte, nun mutig und aufrichtig geworden und bereit, geeignete Sätze zu produzieren, die hätten

beeindrucken können. „Aber nicht auf der Straße!“ lockte er. Der Gewandhaus-Kapellmeister Kurt Masur verblüffte mit der simplen Erkenntnis, „dass bei uns vieles in Bewegung geraten ist, und dass es gut ist, dass es in Bewegung geraten ist. (. . .) Man darf mit seiner Meinung nicht hinterm Berg halten.“ Ins Gespräch wollte auch er kommen.

Der Wahrener Pfarrer Gottfried Schleinitz zitierte die Bibelworte: „Suchet der Stadt Bestes!“ und gab den Demonstranten zu bedenken, ob jenes das Beste sei, was auf der Straße ausgehandelt werden solle. Erneut zitierte er die Bibel: „Suchet Frieden und jaget ihm nach. Wem jagt ihr nach, oder was jagen wir?“ Er nannte den Propheten Jeremia und den Apostel Paulus. Sie waren vor Jahrtausenden ebenso ohnmächtig gewesen wie er in dieser Minute. Eindringlich bat er: „Aber wirklich keinerlei Gewalt. Was uns bleibt, ist die unbewaffnete Hoffnung.“ Pfarrer Schleinitz hat selbst an den Demonstrationen teilgenommen und war über seine Worte, als er sie im Stadtfunk hörte, erschrocken. Stunden zuvor, „von Angst beherrscht, sie war greifbar und begründet“, wie er mir später sagte, hatte er sie aufs Band gesprochen und den Krisenstab in der SED-Bezirksleitung gebeten, sie nur bei äußerster Gefahr zu senden. Die richtigen Worte zur falschen Zeit, am falschen Ort, resümierte er hinterher seine Botschaft.

Ich hatte es auch so empfunden, denn keiner der Demonstranten drohte mit der Faust. Ein jeder war überzeugt davon, sich auf dem richtigen Weg zu befinden. Die ersten Pfiffe dann, als einer der SED-Sekretäre davon sprach, dass viele den in Gang gekommenen Dialog angenommen hätten. Die Pfiffe wurden lauter, als der alte Agitator von Frieden, Freiheit und Demokratie sprach. Mit autoritärem Pathos rief er: „Unsere Partei bekennt sich zu Veränderungen und will sie. Dafür ist die Straße weder Ort noch Mittel, deswegen bitten wir Sie: Gehen Sie besonnen und ruhig auseinander, damit gemeinsames Handeln möglich wird.“ Es klang dennoch wie eine Polizeistimme, auffordernd. Nichts war in den vergangenen Jahren mehr beschworen worden als das „gemeinsame Handeln“. Sie prallten ab, diese Worthülsen, und riefen nur Kopfschütteln hervor.

Wie aus einer Wand tretend, sah ich vereinzelt Jugendliche. Ihre Arme lösten sich vom Körper. Einer winkte. Andere fassten Mut, traten aus der Masse, begannen lachend loszulaufen. Für Sekunden – wie erstarrt sah ich es – stand eine Komposition von sechs, sieben jungen Leuten mitten auf dem Georgiring, direkt vor der Post. Ob diese ihre

Schritte in zehn oder 20 Jahren als Denkmal nachgestaltet werden würden: Schritte aus dem Stein? Manche Autofahrer kurbelten das Fenster herunter, lächelten. Ich glaubte zu träumen. Lief wie in den Siebzigern jeweils zum Mai-Ersten mitten auf dem Georgiring. Damals waren noch dreihundert- bis vierhunderttausend Herbeibefohlene an der Ehrentribüne vorbeimarschiert, waren wir alle noch *Revolutschonöre*. Ikonografie und Spruchbänder für die großen Erfolge. Ich schrieb an meinem Buch „Im Schatten der Kolossalfiguren“: Höfisches Gewinke / zu den Spitzen des Bezirks / treppauf / ordensbeschuppte Militärs / unhörbar klatschend / Phlegma-Gesichter / die gelangweilte Blicke durch Lider filtern / fischäugig über Brillen hinweg.

Jetzt standen an der Stelle, wo einst die Tribüne war, nur zwei Rentnerinnen und ein Rentner mit einem Terrier abgewandt vor dem Deli-Feinkost und schauten verwundert zu den Demonstranten. Beim Erreichen der Fußgängerbrücke, die wir „Blaues Wunder“ nannten, winkten uns Schaulustige zu. „Schließt die Lücke – runter von der Brücke!“ In breiter Front, fast beide Fahrbahnen ausfüllend, schwenkten die Demonstranten ein zum Dittrichring. Nirgends ein Transparent. Eine gespenstische Masse, begierig in Erwartung der Stasi-Zentrale.

„Stasi in die Volkswirtschaft! Pressefreiheit! Reisefreiheit!“ Zwei junge Frauen neben mir jaulten wie Wildkatzen. Ihre Gesichter puterrot, ihre Stirnadern geschwollen. Es war nicht mehr die Entspantheit der Physiognomien wie noch vor wenigen Minuten auf dem Georgiring, am Hauptbahnhof oder unter dem „Blauen Wunder“. Hier, an der „Runden Ecke“, kam in alle Gesichter eine andere Dynamik, entlud sich eine Energie, die in dieser Heftigkeit und Stärke keiner erwartet hätte. Eine Rollstuhlfahrerin drohte mit der Faust und blies ständig ihre Trillerpfeife. Wir klatschten ihr entgegen. Sie rief: „Ich bin sechsundsiebzig und laufe noch wie geschmiert!“

Das Pfeifkonzert wurde schriller. Ich schloss die Augen. Meine Schultern brannten. Dann wieder die vielen Gesichter. Nirgends ein Mund, den nicht die Bitterkeit eines Fluches bewegte. Schreie aus der Tiefe des Bauches, verzerrte Gesichter. In diesem Moment wusste ich, dass sich das unheimliche Haus, vor dem wir standen, das Bollwerk der Gewalt, von diesem Orkan der Wut und des Hasses nicht mehr erholen würde. Obwohl es fest und uneinnehmbar im Dunkeln stand, ohne Licht in den Fenstern. Doch wer ahnte nicht, dass sich hinter diesen Mauern dienstbare Ohren befanden. Sie

würden den Protest bis nach Wandlitz weiterleiten, in geheime Zimmer, vollgestopft mit Elektronik.

Jetzt werden sie in ihren allwissenden Kollektiven sitzen und zittern, dachte ich, so als würde ein Meteorit aus der grenzenlosen Weite des Himmels langsam und unabwendbar auf sie zu rasen. Sie werden ihre hermetische Welt nicht mehr verstehen, ihre Weltanschauung, in der sie gefangen leben, ohne wirklich ihr eigenes Land zu erkennen. Nester von Kerzen. Ihre Flammen mahnten zur Besonnenheit. Das Neue Forum hatte eine Menschenkette vor dem Haupteingang dieser Bezirksbehörde gebildet. Einige Personen, die ich kannte, hatten dort ihre Familienangehörigen an die Hand gefasst. Riefen besänftigend den in Hitze gekommenen Gesichtern entgegen: „Geht weiter!“ Wer fühlte nicht, dass in dieser Erregung alle Hemmungen überwunden waren. Heute weiß ich, wie richtig das Neue Forum damals gehandelt hat, als es das Gebäude schützte. Denn für die Objektverteidigung hatte es klare Befehle gegeben. „Wenn Mitarbeiter angegriffen worden wären, ich weiß nicht, wie ich mich entschieden hätte“, sagte später der Leiter der Bezirksverwaltung, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, in einem Interview.

Im Hintergrund, auf der rechten Seite des Gebäudes, nur eine kleine Berufsriege von Bewachern in Drilllichzeug. Ohne Helme, Visier und Nackenschutz. Ohne „Bunanudeln und RW“ (Reizwurfkörper). Ohne Pistolen und Hunde. Ohne Schützenpanzer. Ohne Stahlkolosse mit Räumpflügen. Ohne MP mit je sechzig Schuss Munition, wie sie noch wenige Tage zuvor zu sehen gewesen waren. Diese Riege wirkte harmlos, schüchtern. „Zieht Euch um!“ Die MfS-Soldaten sahen uns an, lächelten, als wollten sie sagen: Seht, wir sind nicht mehr bewaffnet. Sind schon halb umgezogen. Stehen nur noch da.

Unsere Lungen waren erschöpft. Mit unverbrauchter Energie und Frische tobte der Orkan hinter uns weiter, ungebrochen grell, elementar. Sylvia und ich waren am neuen Gebäude des Datenzentrums vorbeigelaufen. Kein Licht in den schmalen Fensterschlitz. Was wird mein Etagennachbar, Professor für Bauwesen, jetzt denken und tun, kam es mir in den Sinn, der Direktor dieses Hauses. Wird er sich noch im Gebäude befinden, in erhöhter Alarmbereitschaft? Aus dem Dunkeln herunterblicken auf das konterrevolutionäre Treiben? Einige Wochen später fragte ich ihn im Hausflur danach, und er bestätigte mir, dass er tatsächlich dort gewesen sei. Unbegreiflich für ihn, dass sein „Rad der Geschichte“ plötzlich Achsenbruch hatte.

Vor der Thomaskirche vereinzelte Polizisten. Demonstranten diskutierten mit ihnen. Wir kommen wieder! Ja, das werden wir, sagte ich. Sylvia verabschiedete sich von mir. Sie hatte ihren Trabant am Hauptbahnhof abgestellt. Mein Auto stand am Dimitroff-Museum. Nur wenige Fahrzeuge begegneten mir auf der Heimfahrt. Als ich kurz nach 21 Uhr zu Hause war, rief ein Korrespondent aus Amsterdam an. Er fragte, ob ich auch schwarz-rot-goldene Fahnen gesehen hätte. Ich war perplex und erzählte, dass nach Meinungsfreiheit und nach Demokratie gerufen worden sei. Er wollte sich wieder melden.

Am nächsten Tag Empörung in fast allen Zeitungen. Aufgrund der Demonstration sei der Verkehr zusammengebrochen. Trotz der Aufrufe von Leipziger Persönlichkeiten habe sich wieder ein Zug formiert. Transparente seien aufgetaucht: Dialog statt Gewalt! Mehr tun für die Umwelt! Transparente hatte ich nicht gesehen. Die „Volkszeitung“ schimpfte, dass Demonstranten immer wieder Abkürzungen durch Grünanlagen suchten. Als ungereimt empfand sie auch, dass manche Berufsverbot für einen Kommentator des DDR-Fernsehens gefordert hätten. Gemeint war Karl-Eduard von Schnitzler. Die „Volkszeitung“ konnte nicht fassen, daß viele Bürger, die sie als ihr Volk interviewen wollte, nicht bereit waren, etwas zu sagen, als sie bemerkten, dass es Reporter eben jenes Blattes waren.

Wie falsch war auch die Berichterstattung über die Situation vor der Stasi-Zentrale: Volkspolizisten, die den nahe gelegenen Gebäudekomplex der Behörde der Deutschen Volkspolizei sichern, schlägt ein gellendes Pfeifkonzert entgegen. Erst in einem hinteren Komplex, im Barfußgässchen, befand sich der Eingang der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. Warum sollte ausgerechnet sie mit Pfiffen und Buh-Rufen belagert worden sein? Zuletzt das Lamento, dass zweieinhalb Stunden keine Straßenbahnen über den Ring hatten fahren können. Die Zeitung ließ sogar den Technischen Direktor der Verkehrsbetriebe sprechen. 320 Fahrten waren ausgefallen. Tausende – vor allem Mitarbeiter von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen – hätten vergeblich auf ihre Bahn gewartet. Aber an den Haltestellen war niemand zu sehen gewesen. Alle waren demonstrieren.

Im Radio forderte plötzlich sogar das Politbüro eine umfassende Volksaussprache, „um das weitere Gedeihen des sozialistischen Vaterlandes zu gewährleisten“. Als sei der bisherige Sozialismus attraktiv und bedürfe noch einer Steigerung, wäh-

rend sich seine Repräsentanten in eine hoffnungslose Sackgasse manövriert hatten. Und die Greise riefen: „Dialog ist unsere Politik!“ Hatte es je einen Dialog gegeben mit den Ureinwohnern von Wandlitz? Auch die SED-Bezirksleitung sagte jetzt, dass ein „offenherziges und vertrauensvolles Aufeinanderzugehen“ unerlässlich sei, davon habe sie sich auch am letzten Montag leiten lassen. Gemeint war die Erklärung vom 9. Oktober im Leipziger Stadtfunk, die jedoch in fünf Sätzen nur das wiedergab, was Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen, das Neue Forum, die vielen Pfarrer der Stadt und Landesbischof Hempel stets forderten: „Keine Gewalt! Besonnenheit, friedliches Sprechen.“ Nur wurde ihnen die Öffentlichkeit verweigert.

Umso verwirrt und unsicherer war die örtliche Bezirksbehörde des Ministeriums für Staatssicherheit, wie sich später erwies. Ihr Leiter verstand nicht, „warum nicht einer von den drei beteiligten Herren der SED-Bezirksleitung den allgewaltigen und gefürchteten Stasi-Chef angerufen und gesagt hat: Mach alles, damit es nicht zur Konfrontation kommt. Es lag doch mit in meiner Hand, was gemacht wurde. Ich hätte doch diese riesige Last der Verantwortung mittragen müssen, wenn ein Demonstrant oder einer von den MFS- und VP-Leuten die Nerven verloren hätte.“ Zumindest hatte der General seinen Leuten verboten, Waffen zu tragen, und zwar „gegen die Dienstvorschriften des Ministers“.

Erst durch den Druck der Straße und durch neue Anweisungen der Parteileitungen probierten viele Genossen und Professoren erstmalig den öffentlichen Dialog als neue soziale Verhaltensform, den zwei Generationen in ihren Lebenserfahrungen, aber auch in ihren Verhaltensmotiven nicht gekannt hatten. Tatsächlich schien es, als gestatte die Situation ihnen für Sekunden eine historische Erfrischung, eine persönliche Belebung. Wie schön klangen nun ihre Sätze, als sie feststellten, eine Presse zu benötigen, in der das Volk mit seinen Erfahrungen zu Worte käme. Auch die SED-Bezirksleitung sprach mit den Leipzigern, als seien es ihre vertrautesten Freunde. Geduld und Beharrlichkeit forderten sie plötzlich und ein gütliches Aufeinanderzugehen. Herrschte auch nicht immer Einigkeit in den Wegen, so doch im Ziel der Gespräche: Wie gestalten wir für uns eine attraktive sozialistische DDR, der keiner mehr den Rücken kehrt?

Dennoch distanzieren sie sich immer heftiger von denjenigen, die nun begannen, um den Kern dieser Stadt zu laufen. Auf den Ring gingen die Verführten, in die Hörsäle und Foren strömten die ehrlich Gesonnenen, die Intelligenteren. Ich hielt mir fast die Ohren zu, so diskussionsfreudig waren auf einmal die jahrzehntelangen Schweiger der SED, CDU, LDPD, NDPD. Sie spannten all ihre Künstler und andere Persönlichkeiten ein, um sich an die Spitze der Bewegung zu befördern und Dialoghäuser zu schaffen. Dialog war in wenigen Tagen zu einem Schlagwort geworden. Es klang schon wieder wie eine Kampagne: sich verpflichtet zu fühlen, sich stets verpflichtet zu fühlen zu dem, was alle für ihre Pflicht hielten. Wie sollten wir diesem zunehmenden Willen zum Gespräch Glauben schenken, für Besseres zu streiten, wenn die Forderungen des Neues Forums weiterhin verschwiegen wurden? Es war nicht zugelassen und wurde ständig bedroht. Am 19. Oktober, bei einer Diskussion in der Moritzbastei mit 1 500 Teilnehmern, erhob sich aus einem heftigen Disput die Forderung nach Zulassung des Neues Forums. Doch ihre Vertreter wurden nicht in das Präsidium gelassen, weil Roland Wötzel, Bezirkssekretär der SED, sich nicht mit einer „staatsfeindlichen Organisation“ an einen Tisch setzen wollte. Hatte er sich nicht am 9. Oktober in dem gemeinsamen Aufruf für Dialog ausgesprochen? Was war davon übriggeblieben?

Das Neue Forum wird bald zugelassen, sagte mir Wolfgang E. Schütte, ein Schriftstellerkollege. Wir trafen uns zufällig vor der Hinrichschen Buchhandlung in der Mädlerpassage. Aber nur als Partei, fügte er hinzu. Als Partei verstehen wir uns weniger, sagte ich. Mehr als Bewegung bewegter Bürger mit Zivilcourage. Gewiss nicht als Ergänzung zum Blockflötenspiel in der Nationalen Front. Das war doch 1949. Ein Anachronismus. Ich lachte ihn an und sah ein unergründliches Funkeln der vergrößerten Augen hinter seiner eloxierten Brille.

Zu Hause erreichte mich der Anruf eines weiteren Kollegen, Mitglied der LDPD. Seine plötzliche Freundlichkeit kam mir vor wie Geschmuse. Er wolle mich demnächst besuchen und doch noch den „Aufruf unterschreiben“. Ob Bürgerbewegung oder Partei. Eine neue Fahne, regenbogenfarben, war das Neue Forum allemal. Sie war ein Flattern zwischen Empörung und Mut.

# Die Konstruktion der Ostdeutschen

## Diskursive Spannungen, Stereotype und Identitäten seit 1989

Mit der Maueröffnung am 9. November 1989 begann in der Beziehungsgeschichte der Deutschen aus der Bundesrepublik bzw. West-Berlin und denen aus der DDR ein neues und recht dynamisches Kapitel. Zu seiner Vorgeschichte gehörte nicht nur der während der Leipziger September-Proteste von 1989 intonierte Sprechchor „Wir wollen raus!“, sondern auch der Ruf „Wir wollen rein!“, mit dem im Dezember 1989 die Einwohner aus den bayerischen Nachbardörfern an dem für sie immer noch unpassierbaren Grenzzaun nahe des westthüringischen Grenzdörfchens Ketten rüttelten. In diesen Monaten war man neugierig aufeinander, relativ offen, und viele waren gerührt.

Bald wurden die Westdeutschen mit jenem Etikett belegt, das man in West-Berlin bis dahin den aus dem Bundesgebiet Zugezogenen gegeben hatte: „Wessis“. Die Ostdeutschen wurden entsprechend „Ossis“ genannt. Die im offiziellen Sprachgebrauch genutzte Bezeichnung, welche die Bürgerinnen und Bürgern „aus den alten Bundesländern“ von jenen „aus den neuen Bundesländern“ unterschied, fand in der Alltagssprache nicht nur wegen ihrer politisch-korrekten Umständlichkeit kaum Eingang, sondern wohl auch, weil viele Menschen aus den „alten Ländern“ in den Ostdeutschen die „alten“, weniger modernisierten Deutschen sahen, während man selbst sich eher „neu“ und modern fühlte. Zudem sprach für die Wessi-Ossi-Entgegensetzung, dass sie terminologisch auf die Wurzeln der Differenzen zwischen den beiden Bevölkerungsteilen verwies. Beide waren zwar mental „von einem Stamme“, repräsentierten letztlich jedoch unterschiedliche Varianten des Deutschseins im 20. Jahrhundert: die Menschen in den alten Bundesländern die – im Sinne der Nachkriegssystematik – westliche Variante und die ehemaligen DDR-Bürger die östliche.

Bei der Thematisierung der Wessi-Ossi-Fraktionen, die man in den letzten 15 Jahren verfolgen konnte, ging es häufig nicht nur um den Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen. Vielfach waren die Spannungen durch andere Konflikte verstärkt oder überhaupt verursacht – etwa durch kulturelle

Konflikte zwischen verschiedenen Milieus, durch Generationskonflikte oder durch Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse, durch den Abstand von Wohlhabenden und weniger Besitzenden und schließlich durch politische und ideologische Konflikte. Gerne und bis heute anhaltend werden diese Spannungen oder Konfliktlinien mit dem Etikett „West-Ost-Unterschiede“ – also der, wie es in der Sprache der Politiker heißt, noch „unvollendeten inneren Einheit“ – belegt.

Wenn die West-Ost-Fraktionen der neunziger Jahre thematisiert werden, hört man – zumindest im Osten – rasch das Stereotyp vom „Besserwessi“ und allerlei schlimme Beispiele von seinem Wirken. Diese sollen hier nicht angezweifelt werden.<sup>1</sup> Vielmehr soll zunächst in Erinnerung gerufen werden, welche Botschaft „die Ostdeutschen“ in den Jahren 1989/90 an „die Westdeutschen“ sandten und welche Haltung sich mit einer gewissen Berechtigung die (Besser-)Wessis von den Ossis erhoffen konnten. Schließlich waren es doch die Ostdeutschen, die 1989 zu Tausenden in den Westen geflohen waren, die in den beiden Parlamentswahlen 1990 das konservative Parteienbündnis für den schnellen Beitritt und die Währungsunion wählten – und nicht die west-ostdeutsche SPD oder die PDS, die autonome Demokratisierung und wirtschaftliche Sanierung der DDR im Rahmen einer Konföderation und schließlich eine gleichberechtigte und durch eine west-ostdeutsche Volksabstimmung legitimierte Vereinigung vorschlugen. Konnte man, als nun dieses von einer großen Mehrheit der Ostdeutschen gewählte Szenario der Übernahme des westdeutschen Modells exerziert wurde, von jenen nicht erwarten, dass sie dankbar und kritiklos das westdeutsche System, die Schulung durch seine Aufbauhelfer mitsamt deren Lebensweisheiten und Geschmacksvorstel-

1 Die ostdeutschen Gegendiskurse zu den westdeutschen Ost-Diskursen werden hier nicht thematisiert. Vgl. Thomas Ahbe, Ostalgie und die Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerungen, in: Hochschule Ost, 10 (2001) 1–2, S. 143–156; ders., Arbeit am kollektiven Gedächtnis. Die Fernseh-Shows zur DDR als Effekt der vergangenheitspolitischen Diskurse seit 1990, in: Deutschland Archiv, 36 (2003) 6, S. 917–924.

lungen übernehmen würden? Man sollte den Westdeutschen, die den Osten zu verstehen suchten oder dort auf die eine oder andere Art agierten, die Berechtigung für diese Erwartungshaltung nicht absprechen.

Bald zeigte sich jedoch, dass die Interaktion zwischen West- und Ostdeutschen dieser Erwartungshaltung nicht entsprach und stattdessen von großen Spannungen begleitet war. Um die Ursachen dieser Spannungen zu erklären, sollten, bevor von Identität, dem viel zitierten gelebten Leben und von entwerteten Biographien gesprochen wird, vor allem die typischen sozialen Rollen, in denen Westdeutsche und Ostdeutsche in den neunziger Jahren interagierten, analysiert werden. Die Situation war notwendigerweise asymmetrisch. Die Spitzen- und die Leihbeamten auf der mittleren Ebene, die entscheidenden Personen in der Treuhandanstalt, die Liquidatoren, Sanierer, Privatisierer, Investoren und Kapitaleigner, Chefs in Produktion, Handel und Versicherung, die Instrukteure, Ausbilder und Evaluatoren, die Immobilienbesitzer und Vermieter waren meist Westdeutsche – und die Verwalteten, die Lohnabhängigen, die Empfänger von Weisungen, die Entlassenen, die Angeleiteten und Evaluierten, die auf jeder Ebene Lernenden, die Mieter und Besitzlosen waren die Einheimischen, die Ostdeutschen.<sup>2</sup>

Obwohl das Projekt „Aufbau Ost“ riesige Steuermittel verschlang (und verschlingt) und die Ergebnisse der Privatisierungen im Osten aus der Sicht der öffentlichen Hand als „Verlust“ zu sehen war, erbrachten diese Investitionen in den Augen der Westdeutschen und im Vergleich zu ihren eigenen Aufbauerefolgen keinen wirtschaftlichen Aufschwung, wenig Zufriedenheit, Zuversicht, sozialen Frieden und Legitimitätsgewinn für das neue System. Es stellte sich die Frage, ob die „Brüder und Schwestern“ doch nur entferntere Verwandte seien und ob die Effekte von vier Jahrzehnten DDR-Sozialisation eventuell unterschätzt wurden.

<sup>2</sup> Die durch die Privatisierungspolitik seit 1990 zunehmende Polarisierung bei Besitz, Vermögen und Kapital illustrieren beispielsweise Angaben über das Grundvermögen. Im Jahr 1993 entsprach das Grundvermögen der Ostdeutschen 6 % desjenigen der Westdeutschen; vgl. Ulrich Busch, Vermögensdifferenzierung und Disparität der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland, in: Berliner Debatte Initial, (1996) 5, S. 103–119. Nach einer Übersicht des DIW betrug die Ost-West-Relation beim Geldvermögen 32:100, beim Haus- und Grundbesitz 37:100 und beim Gebrauchsvermögen 71:100, vgl. Leipziger Volkszeitung vom 29. 7. 1999, S. 1.

---

## Effekte der DDR-Sozialisation

---

Die Wissenschaften haben der Erforschung von Vergangenheit und Gegenwart der Ostdeutschen große Aufmerksamkeit geschenkt, etwa durch den Förderschwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Sozialer und Politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft“ oder durch die Installation der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Inzwischen kann gesagt werden, dass die Ostdeutschen im Prozess der Transformation erschöpfend beschrieben worden sind.<sup>3</sup> Das gilt auch für die bis heute erkennbare Spezifik der sozialisatorischen Muster, der Wert- und Sinnvorstellungen der ostdeutschen Bevölkerung. Sie ist eher unspektakulär.

In empirischer Sicht unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche bei weitem nicht so sehr voneinander, wie man es angesichts der Klischees, die den medialen Diskurs beherrschen, erwarten könnte. Das zeigt sich, wenn ein auf der Basis der speyerischen Wertetypen vorgenommener Vergleich vorgenommen wird. Mit diesem Zugriff wird rekonstruiert, wie sich die Verteilung von Personen auf die fünf definierten Wertetypen in verschiedenen Gesellschaften zu unterschiedlichen Zeiten darstellt.<sup>4</sup> Der Befund für das Jahr 1990 zeigt, dass auf der grundsätzlichen Ebene die Verteilung der Wertetypen in Ost- der in Westdeutschland ganz ähnlich ist. Der Wertewandel als internationales Phänomen hat also auch „hinter der Mauer“ stattgefunden – freilich mit DDR-typischen Besonderheiten. Damals erwies sich, dass die Ostdeutschen *etwas* konventioneller als die Westdeutschen sind. Zudem sind sie *viel öfter* materialistisch-hedonistisch und *viel seltener* nonkonform-idealistisch orientiert als die Westdeutschen und schließlich *viel seltener* perspektivlos-resigniert. Die letzten drei Befunde widerspiegeln die Stagnation der DDR auf allerdings hohem sozialstaatlichen Niveau. Schon drei Jahre nach dem Beitritt der Ostdeutschen zur Bundesrepublik änderte sich das Bild: Die Ostdeutschen waren *etwas weniger* kon-

<sup>3</sup> Ein Überblick und eine Bewertung zu den KSPW-Berichten findet sich in: Berliner Journal für Soziologie, (1997) 4, S. 609–618 und 619–630; ein weiterer Rückblick bei Raj Kollmorgen, Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen 2001. Vgl. auch Thomas Bulmahn, Vereinigungsbilanzen. Die Deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften, Berlin (WZB) 1996.

<sup>4</sup> Vgl. Thomas Gensicke, Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Opladen 1998, S. 89.

ventionell und *weniger* materialistisch-hedonistisch orientiert. Die Gruppe der perspektivlos resignierten Ostdeutschen hat sich hingegen verdoppelt, während sich die bei den Ostdeutschen ohnehin größte Gruppe der „aktiven Realisten“ noch einmal vergrößert hat. Dieser Wertetyp, der sowohl hedonistische Impulse wie die einer anstrengungsbereiten, gewissermaßen disziplinierten Selbstverwirklichung vereint, gilt als der modernste und zukunftsfähigste Wertetyp.

Obwohl die ostdeutsche Bevölkerung von ihrer Wertestruktur also gut in die Marktwirtschaft „passt“ und sich dabei nur wenig von der westdeutschen Bevölkerung unterscheidet, zeigt sie bei den gesellschaftsbezogenen Werten eine ungleich größere Distanz zu den Gegebenheiten. Obwohl nur ein Bruchteil „am liebsten die DDR wieder haben“ will<sup>5</sup> und eine wachsende Mehrheit im Nachhinein „die Einführung einer politischen Ordnung nach westlichem Vorbild“ für richtig hält,<sup>6</sup> stehen die Ostdeutschen im Detail den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des vereinigten Deutschlands distanzierter oder kritischer gegenüber als der westdeutsche Durchschnitt. Eine „gute Meinung“ über das westliche Wirtschaftssystem hatten 1990 noch 77 Prozent; im Jahr 1997 war die Gruppe der Befürworter auf 22 Prozent zusammengeschrumpft.<sup>7</sup> Die Frage, „ob die bundesdeutsche Demokratie die beste Staatsform ist“, bejahten 1997 nur noch 33 Prozent der Ostdeutschen, der höchste Wert lag in den Jahren 1990 und 1992 bei jeweils 41 Prozent. Die Westdeutschen hingegen halten die bundesdeutsche Demokratie mehrheitlich für „die beste Staatsform“. Die Zustimmungsraten schwankten hier zwischen 1990 und 1997 kaum und lagen bei etwa 70 Prozent.<sup>8</sup>

Das Demokratieverständnis der Ostdeutschen schließt neben politischen Rechten auch soziale mit ein, wie der „Sozialreport 2002“ belegt. Die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit sind bei den Ostdeutschen deutlich anders als bei den Westdeutschen. „Bei über 88 % der Ostdeutschen kollidieren die sozialen Unterschiede in der Bundesrepublik mit ihrem Gerechtigkeitsempfinden, während 46 % der Westdeutschen sie im großen und ganzen als gerecht ansehen.“<sup>9</sup> Insbesondere

schreiben die Ostdeutschen dem (Sozial-)Staat größere Verantwortlichkeiten für soziale Gerechtigkeit und Absicherung der Menschen zu.<sup>10</sup>

Ein Überblick über die Besonderheiten ostdeutscher Wertvorstellungen kommt nicht ohne den Rekurs auf die These aus, dass die hohe Quote fremdenfeindlicher Gewalttaten in den neuen Bundesländern ein Effekt der spezifischen DDR-Sozialisation sei. Die Relevanz dieser These entspricht allerdings nicht den Ergebnissen der empirischen Werteforschung, sondern ihrer Funktion in den politischen und ideologischen Deutungskämpfen um den Status der DDR und der Bundesrepublik. Untersuchungen der Werteforschung konnten die kurzschlussige Folgerung, dass die autoritären Herrschaftsformen in der DDR autoritäre Persönlichkeiten hervorgebracht hätten, nicht bestätigen.<sup>11</sup> Auch manche Spekulation über eine typisch ostdeutsche Indifferenz gegenüber dem Nationalsozialismus wurden empirisch eindeutig widerlegt; im West-Ost-Vergleich zeigte sich eher das Gegenteil.<sup>12</sup>

Walter Friedrich überprüfte die Spekulation von der strukturellen Produktion fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Einstellungen in der DDR anhand von Daten aus den sechziger bis neunziger Jahren. Wenn der unterstellte Zusammenhang zwischen DDR-Sozialisation und der Ausbildung rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Einstellungen tatsächlich bestünde, so folgte Friedrich, müssten sich anhand der Daten vier Arbeitshypothesen verifizieren lassen: *Erstens* müssten diese Einstellungen in der Hoch- und Stabilitätsphase der DDR stärker ausgeprägt gewesen sein als in der Niedergangs- und Instabilitätsphase. *Zweitens* müssten ältere und mittlere Jahrgänge, die der DDR-Sozialisation länger ausgesetzt waren, stärker rechtsextremistische und ausländerfeindliche Einstellungen zeigen als jüngere. *Drittens* müsste die Identifikation mit System und

(Hrsg.), Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument, Berlin 1999, S. 169–203, hier: S. 160.

10 Vgl. Markus Gangl, Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und neuen Ländern, in: Walter Müller (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik, Opladen 1999, S. 169–203.

11 Vgl. Hendrik Berth/Wolf Wagner/Oliver Decker/Elmar Brähler, Und Propaganda wirkt doch! . . . ? Eine empirische Untersuchung zu Autoritarismus in Deutschland und zur Überprüfung von Theorien über die Entstehung von Einstellungsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler (Hrsg.), Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall, Berlin 1999, S. 141–159; Wolf Wagner, Kulturschock Deutschland, Hamburg 1996; ders., Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick, Hamburg 1999, S. 111–116.

12 Vgl. W. Wagner, Kulturschock 1999 (ebd.), S. 116 ff.

5 Im Jahr 2002 sind das 10 Prozent der Ostdeutschen; vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport 2002. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2003, S. 54.

6 1995 waren das 77 %, vgl. T. Gensicke (Anm. 4), S. 186.

7 Vgl. ebd., S. 186.

8 Vgl. ebd., S. 187.

9 Jürgen Hofmann, Ostdeutsches Wir-Bewußtsein: Altlast oder Transformationseffekt?, in: Heiner Timmermann

Ideologie der DDR mit der Ausprägung der genannten rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Einstellungen korrelieren. *Viertens* müssten Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nach dem Verschwinden der DDR kontinuierlich zurückgehen. Alle vier Arbeitshypothesen wurden falsifiziert.<sup>13</sup>

Ein deutlicher Unterschied zu den Westdeutschen zeigt sich in der „subjektiven Schichteinstufung“ der Ostdeutschen. Dabei wird ermittelt, zu welchen Anteilen sich die Bevölkerung eines Territoriums welchen sozialen Schichten zurechnet. Erfasst werden subjektive Zurechnungen, nicht objektive Daten über die Sozialstruktur einer Bevölkerung. Im Jahr 1992/93 ordnete sich eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen (61 Prozent) der Unter- und Arbeiterschicht und eine Minderheit (37 Prozent) der Mittelschicht zu. Zur Oberschicht zählten sich zwei Prozent. Bei den Westdeutschen ist das ganz anders: Die Mehrheit (57 Prozent) ordnete sich der Mittelschicht zu, nur 29 Prozent der Unter- und Arbeiterschicht. 14 Prozent sahen sich der Oberschicht zugehörig. Zehn Jahre später, im Jahr 2002, sah die Verteilung immer noch so aus.<sup>14</sup> Interessant ist, dass die Sozialstruktur in den alten und neuen Ländern nicht so differiert, wie es die Erhebung der subjektiven Schichteinstufung suggeriert. In einem Modell über die reale Schichtung der westdeutschen Bevölkerung kommt Rainer Geißler zu dem Ergebnis, dass schon die westdeutschen Randschichten, die un- und angelernten Arbeiter, die ausführende Dienstleistungsschicht und die Facharbeiter, etwa 48 Prozent der Bevölkerung ausmachen, wobei die 12 Prozent „Arbeiterelite“ noch nicht eingerechnet waren.<sup>15</sup> Bei den subjektiven Zurechnungen der Westdeutschen definiert sich die Mehrheit jedoch als zur Mitte gehörig. Ganz anders der Osten. Hier bietet sich, wenn es um die subjektiven Zurechnungen zur Mittelschicht oder zur Unter- und Arbeiterschicht geht, ein geradezu spiegelverkehrtes Bild: Die große Mehrheit rechnet sich im Osten den Arbeiterschichten zu.

Natürlich liegen die Ursachen hierfür nicht in der Sozialstruktur; die ist in Ost und West annähernd ähnlich. Die Ergebnisse widerspiegeln vor allem die gültigen Wertvorstellungen der beiden Teilsellschaften. Die west- wie die ostdeutsche Bevöl-

kerung ordnet sich mehrheitlich jenen gesellschaftlichen Schichten zu, die in ihren Gesellschaften als maßgeblich, als stilbildend gelten und durch die dominierenden Diskurse als „ehrbare Stützen“ der Gesellschaft ausgegeben wurden. In den Einordnungen der Ostdeutschen spiegelt sich sowohl das durch die Offizialdiskurse erzeugte Prestige der „Arbeiterklasse“ und die ihr zugeschriebenen Werte und Lebensformen wie auch die faktische alltagskulturelle Dominanz und Maßgeblichkeit der Lebensformen und Wertvorstellungen der kleinbürgerlich-materialistischen Milieus in der DDR wider. Im Zusammenfließen des herrschenden Mythos von der Arbeiterklasse mit der alltagskulturellen Dominanz der proletarisch bis kleinbürgerlich-materialistischen Kultur bildete sich in Ostdeutschland eine, wie es Wolfgang Engler formulierte, „arbeiterliche“ Gesellschaft heraus: „Die Ostdeutschen lebten in einer Gesellschaft, in der die Arbeiterschaft sozial und kulturell dominierte und die anderen Teilgruppen mehr oder weniger ‚verarbeiterlichter‘. Es wäre eine Absurdität zu behaupten, die ostdeutschen Arbeiter hätten die politische Herrschaft ausgeübt. Aber das soziale Zepher hielten sie in der Hand. Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die Alltagsriten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeitenden Klassen. (. . .) Gemessen (. . .) am Aristokraten wie am Bürger, erschien der arbeiterliche Mensch als wahres Glückskind der Geschichte. Er mußte nichts sein, um etwas zu werden, nichts werden, um etwas zu sein, denn alles, was er sein und werden konnte, war er bereits: ein anerkanntes Mitglied des Gemeinwesens. Er war ökonomisch unabhängig, existentiell von vornherein gesichert und wußte vom Kampf um soziale Anerkennung nur vom Hörensagen.“<sup>16</sup>

Die Rede von alltagskulturellen Dominanzwechseln in Gesellschaften wird gerade durch die Beschreibungen der Gegner und Verlierer der neuen Entwicklungen beglaubigt. Im Falle der DDR waren das vor allem bürgerlich orientierte Personen oder Gruppen, deren symbolisches und kulturelles Kapital in der „arbeiterlichen Gesellschaft“ rapide an Kurs verlor. Eine entsprechende Beschreibung auf Basis dieser Verlusterfahrung liest sich so: „Sittenerfall – Der ganze bürgerliche Plunder, über Bord mit ihm. Knicks und Verbeugung der Kinder: ein Zeichen der Verkrüppelung. Aufstehen vor Älteren, Vorgesetzten: ein Überrest des Untertanengeistes. Wir alle sind ‚per Du‘,

13 Vgl. Walter Friedrich, Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Erziehungsprodukt der autoritären DDR?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 46/2001, S. 16–23.

14 Vgl. G. Winkler (Anm. 5), S. 48; T. Gensicke (Anm. 4), S. 134 und 148.

15 Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1996, S. 86.

16 Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 200, 205 f.

denn wir sind alle in der Gewerkschaft. Bei Tisch benehmen wir uns, wie es in einer Proletarierküche üblich ist. Mit Schürze und Hausschuhen auf die Straße, mit dem Blaumann ins Gasthaus, die Arbeitskleidung ist ein Ehrenkleid. Bunte Perlon-schürzen überfluten Fabriken, Läden, Ambulatorien und Kontore. Bald bemerkt niemand mehr, wie häßlich sie sind. (...) Zur neuen Art des Zusammenlebens gehört, daß man anders miteinander redet als früher. Man spricht deftig, grob und geradezu, nennt das offen und ehrlich.“<sup>17</sup>

Diese spezifischen Verhältnisse in der DDR, die Aufwertung der Arbeiter- und Volksschichten in den Offizialdiskursen, in den Diskursen der Wissenschaft und Bildung, haben offensichtlich sozialisatorische Langzeitwirkung. Denn obwohl heute das Prestige der Arbeiterschichten viel geringer ist, hat sich die subjektive Zuordnung der Ostdeutschen auch in den neunziger Jahren nicht an die westdeutsche Normalverteilung angeglichen. Die „alten Werte“ sind insofern subjektiv noch etwas wert. Das kann man als ein Stück DDR im Alltag ihrer ehemaligen Bevölkerung deuten.

---

## West-Ost-Unterschiede im Alltagshandeln

---

Anhaltende Ost-West-Unterschiede zeigen sich auf der Ebene des Alltagshandelns. Diese Unterschiede sind allerdings ein schon viel vermitteltes Echo der spezifischen Sozialisationsverhältnisse in der DDR als etwa Unterschiede in der subjektiven Schichteinstufung.

Wolf Wagner zeigte, auf welche typische, und von den westlichen Standards abweichende Weise die Ostdeutschen im Alltag kommunizieren. In Alltagsgesprächen oder bei einem Smalltalk neigen Ostdeutsche beispielsweise stärker dazu, über Mängel, Missstände oder auch eigene Probleme zu reden, während Westdeutsche lieber mit der Thematisierung von leichten und nichtigen Dingen das Gespräch eröffnen. In ihren jeweils eigenen Kulturen funktioniert das gut. Im Osten erzeugt man durch die ostdeutsche Art zu kommunizieren „Nähe und Solidarität“, man nimmt das Gegenüber als „offen und leutselig“ wahr. Die Westdeutschen erzeugen auf ihre eigene Art nicht minder entspannende „positive Stimmung“, die es erlaubt,

17 Irene Böhme, Jugendbande oder der mißbrauchte Idealismus, in: In Sachen Erich Honecker. Kursbuch 111, Berlin 1993, S. 13–23, hier: S. 18 f.

sich gegenseitig als „geistreich und diskret“ wahrzunehmen und zu inszenieren. Erst wenn Ost- und Westdeutsche gemeinsam auf die Anforderungen der Kommunikationssituation mit den jeweils in ihren eigenen Kulturen angemessenen Kommunikationsstilen reagieren wollen, kommt es zu Friktionen. Ostdeutsche beschwerten sich über Westdeutsche, die „oberflächlich und abweisend“ seien, und diese wiederum nennen die Ostdeutschen „larmoyant und unersättlich“.<sup>18</sup>

Ähnlich zeigen sich Ost-West-Differenzen bei der Interpretation von Karrierewegen. Wenn Westdeutsche oft den Arbeitsplatz oder -ort wechseln, gelten sie für andere Westdeutsche eher als zielstrebig und flexibel, als eine motivierte und hochwertige Arbeitskraft. In der DDR waren Arbeitsplatzwechsel eher mit Versagen oder anderen Stigmata verbunden. Denn wer in der DDR „gut“ war, blieb oder stieg an Ort und Stelle auf, wer „schwierig“ war, wurde „weggelobt“. Aus dieser so vorgeprägten Ost-Perspektive galten die im Osten ankommenden Wessis als „abgeschobener Ausschuss“, während die verstetigten Ostdeutschen den mobilen Westdeutschen wiederum als der „zurückgebliebene Ausschuss“ gelten mussten.

Während in ostdeutschen Gruppen die Tendenz zum Ausgleich, zu Kompromissen, Harmonie aber auch zum Überdecken von Konflikten vorherrscht, ist das Verhalten in westdeutschen Gruppen stärker auf miteinander konkurrierende Individualitäten orientiert. In der gegenseitigen Wahrnehmung führt das dazu, dass die Ostdeutschen die Westdeutschen als „aggressiv, dominant und unsensibel“ wahrnehmen, während sie die Eigengruppe als „freundlich, solidarisch und harmonisch“ beschreiben. Die Westdeutschen hingegen empfinden diese Art von Harmonie als „feige und scheinheilig“, während sie ihre Art der Kommunikation als „offen, mutig und authentisch“ bezeichnen.<sup>19</sup>

Diese „typisch“ west- bzw. ostdeutschen Stile in der Alltagskommunikation ähneln sich darin, in unterschiedlichen Sozialräumen jeweils funktional gewesen zu sein. Sowohl bei Ost- wie bei Westdeutschen hatte sich ein Verhalten habitualisiert, das von den gesellschaftlichen Strukturen nahegelegt wurde. Die spezifischen sozialisatorischen Muster bildeten die unterschiedlichen Funktionsweisen der Macht und der Chancenzuteilung in den verschiedenen Sektoren der beiden Gesellschaften ab – und reproduzierten diese. Die Friktionen werden mit dem Modell des „Kultur-

18 W. Wagner, Kulturschock 1999 (Anm. 11), S. 139.

19 Ebd., S. 144.

shocks“ konzeptualisiert: Die Angehörigen der beiden Gruppen wenden die Formen des „richtigen“ und freundlichen Handelns an, dennoch misslingt die Interaktion. Das Ergebnis dessen ist, dass man sich selbst „gut und richtig“ findet und die anderen „seltsam, unverständlich, doof“.<sup>20</sup>

---

## Die selektive Popularisierung der wissenschaftlichen Ergebnisse durch den Mediendiskurs

---

Was die Sozialwissenschaften seit den frühen neunziger Jahren gleichermaßen umfänglich wie differenziert an Befunden zu Sozialisation, Verhalten, Wertvorstellungen und Weltansicht „der Ostdeutschen“ zusammengetragen haben, wurde im medialen Diskurs nur selektiv verbreitet. Innerhalb des der Marktlogik unterworfenen Mediendiskurses ist der nüchternen Ausgewogenheit wissenschaftlicher Studien ohnehin kaum gerecht zu werden. Zudem dürfte das Personal in den Medien zumeist weder die Zeit noch die Voraussetzungen haben, nachzuvollziehen, was in der interpretativen Sozialwissenschaft zum Üblichen gehört: experimentell andere Perspektiven einzunehmen und diese zu verstehen. Medien bedienen – von Qualitätszeitungen bis zu Boulevardblättern – die Erwartungen und die Weltansicht ihres Publikums. Interessant ist, *was* zur Grundtendenz der alltäglichen medialen Thematisierung ostdeutscher Eigenarten gehört, welche Dispositionen der Ostdeutschen, oft in zugespitzter Form, in das Stereotyp von „den Ostdeutschen“ Eingang fanden und welche nicht.

Deutlich präsent sind Wahrnehmungen, die Wolf Wagner als Effekte des Kulturschocks schilderte und die lediglich die westdeutsche Seite der Stereotypisierungen darstellen: Demgemäß wird der ostdeutsche Habitus als steif, altmodisch, verklemmt, naiv, konfliktscheu, opportunistisch, larmoyant und immobil konstruiert. Bei der Erklärung der fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalttaten in Ostdeutschland wird die fachwissenschaftlich widerlegte<sup>21</sup> Spekulation, dass das ein Sozialisationseffekt von DDR-Strukturen sei, als Tatsache behandelt. Der Befund, dass die ostdeutsche Gruppe von der Verteilung der Wertetypen psychologisch passfähig für die Marktwirtschaft ist: aktiv, leistungsbereit, autonom und

initiativ, findet kaum Eingang. Die hinsichtlich der subjektiven Schichtestufung deutlich gewordene Selbstverortung und entsprechende habituelle Inszenierung einer großen Mehrheit der Ostdeutschen als Angehörige nichtbürgerlicher Schichten wird zwar prägnant in das Stereotyp von den Ostdeutschen integriert, jedoch nur als Makel, Defizit und ästhetische Zumutung.

Die empirische Verifizierung dieses ersten Eindrucks vom westdeutschen Ost-Diskurs mittels einer systematischen Analyse der Konstruktion der Ostdeutschen in den Mediendiskursen steht noch aus.<sup>22</sup> Möglich ist jedoch jetzt schon ein Blick auf Phasen der Intensivierung der Konstruktion, auf prägnante Beiträge, Publikationen oder Thesen aus dem wissenschaftlichen Diskurs, die im medialen Diskurs großes Echo auslösten. 1992 war es die Analyse von Arnulf Baring: „Die heutige Lage in der ehemaligen DDR ist in der Tat vollkommen anders als bei uns 1945. Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzerrt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verunzert. Jeder sollte nur noch ein hirnloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe. Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist über weite Strecken völlig unbrauchbar. (...) Wir können den politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben, alles verzeihen und vergessen. Es wird nichts nützen; denn viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen könnten.“<sup>23</sup>

Im selben Jahr grenzte sich Monika Maron drastisch von ihren Landsleuten ab: „Sturer Trotz und peinliche Beflissenheit sind überhaupt die prägenden Züge derzeitigen ostzonalen Verhaltens.“ Die wohl gefüllten Einkaufswagen – „ekelhaft große Fleischpakete oder ein süßes balkanesisches Perlgesöff namens Canei“ – repräsentierten deren Geschmack und Mentalität. „Ich bin an ihrer Dumpfheit und Duldsamkeit, an ihrer Duckmäuserei und ihrem feigen Ordnungssinn oft verzweifelt.“<sup>24</sup> 1993 amüsierte eine Autorengruppe um

---

22 Das wird im Rahmen eines deutsch-österreichischen Forschungsprojektes zur Konstruktion der Ostdeutschen in westdeutschen und österreichischen Mediendiskursen geschehen.

23 Arnulf Baring, Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991, S. 59.

24 „Peinlich, blamabel, lächerlich“. Monika Maron über das neue Opfergefühl ihrer ostdeutschen Mitmenschen, in: Der Spiegel, Nr. 35/1992, S 136–141.

20 Ebd., S. 199.

21 Vgl. W. Friedrich (Anm. 13).

Klaus Bittermann das Publikum mit der Bestandsaufnahme „Der rasende Mob. Die Osis zwischen Selbstmitleid und Barbarei“<sup>25</sup>. Das Titelbild ging durch die Presse: Es zeigt einen an den typischen Jesus-Latschen als Ossi erkennbaren Mann. Er trägt ein Trikot der deutschen Fußballnationalmannschaft und eine ausgebeulte, im Schritt durchnässte Jogginghose. Den rechten Arm zum Hitlergruß erhoben, blickt er trunken und stier in die Kamera.

Die Klage vieler Westdeutscher, dass sie trotz mehrjährigen Aufenthaltes in Ostdeutschland bei den Einheimischen keinen Anschluss gefunden hätten, wurde in den neunziger Jahren oft erhoben. Man finde keinen Zugang zu ihren „kleinen, privaten Cliques“, schrieb „Der Spiegel“ anlässlich des resignierten Resümeees, das ein westdeutscher Leihbeamter nach seiner vierjährigen Tätigkeit als Innenstaatssekretär Sachsen-Anhalts zog: „Wir Nachkriegsdeutschen aus Ost und West werden niemals ganz zusammenwachsen. Den Jüngeren mag es besser ergehen. Wer jemals eine Kantine im Osten besucht hat, weiß, wovon ich rede. Den Ostler erkennt man bereits bei Betreten des Raumes: Wie in der Kneipe oder im Restaurant duckt er sich zunächst, als warte er darauf, ‚platziert‘ zu werden. Hat er sich dann zu einem Westkollegen an den Tisch gesetzt, beginnt dieser locker draufloszuplaudern. Der Ostler dagegen schaut erst einmal um sich, wer am Nebentisch mithören könnte. Die Angst scheint immer noch allgegenwärtig. Es herrscht das Prinzip Misstrauen, im Kleinen wie im Großen.“<sup>26</sup>

Wenig später erschien der Bericht einer Frau, die aus Wuppertal nach Frankfurt/Oder umsiedelte, weil ihr Mann dort die Chefarztstelle antrat. Gabriele Mendling veröffentlichte ihr Buch unter dem Pseudonym Luise Endlich – „Der Name Endlich, weil es eine Frau aus dem Westen endlich wagt, den Mund aufzumachen.“<sup>27</sup> Die Integration in der ostdeutschen Provinz, die Kommunikation mit den Einheimischen misslingt. Ihrem Bericht nach bewegen sich die Einheimischen so: „Unerwartet fuhr frühmorgens knatternd ein Auto auf das Grundstück. Zwei Männer in Arbeitskleidung versuchten sich an uns vorbeizuschleichen, sahen uns mit schiefen Blicken an und gaben uns die Hände. ‚Firma Härend – wir sind die Teppichleger‘ kratzte sich der eine am Ohr,

während der andere schnell im Haus verschwand.“ Ein vierter „scharrte mit dem Fuß im Lehm Boden“ während er von der Autorin zurechtgewiesen wird. Die Einheimischen zogen „Grimassen“, noch häufiger wird „breit gegrinst“. Der Text transportiert eine starke Empörung darüber, dass die Menschen und Zustände nicht so sind, wie zu Hause gewohnt, zeigt aber auch die Unfähigkeit der Ich-Erzählerin, mit dem Fehlen eines mittelständisch bis kleinbürgerlichen Milieus souverän umzugehen. Sie produziert einen geradezu sozialrassistischen Text, der an den Einheimischen kein gutes Haar lässt. Das Buch verkaufte sich über 60 000 Mal.

Konfliktträchtig waren auch zwei von Wissenschaftlern geäußerte Hypothesen, bei denen es um mehr als nur private Umgangsprobleme ging – nämlich um die in Ostdeutschland viel stärker als im Westen auftretenden fremdenfeindlichen und rechtsextremen Gewalttaten. Der westdeutsche Kriminologe Christian Pfeiffer trieb sozialisationstheoretische Ursachenforschung.<sup>28</sup> In einem „Spiegel“-Artikel nannte er die „autoritäre Gruppenerziehung“<sup>29</sup> als eine Ursache für die „Ich-Schwäche“. Die Anpassung an den Gruppenzwang in Krippe, Kindergarten und Schule mindere die moralische Innensteuerung und fördere die Gewaltbereitschaft der Fehlsozialisierten. Im westlichen Mediendiskurs wurde diese Hypothese gerne rezipiert, berührte sie doch wesentliche Reibungsflächen zwischen dem ostdeutschen Lebensmodell, nach dem auch Mütter volle Berufstätigkeit anstreben und die Kinder in die Kinderkrippe, Kindergarten und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen geben, und dem westlichen Modell, nach dem die individuelle und häusliche Betreuung unter Hintansetzung der beruflichen Verwirklichung der Mutter als Normalität gilt. Eine von Pfeiffers Thesen, nach der es in der DDR üblich gewesen sei, elf Monate alte Babys auf den Topf zu zwingen, damit man sie im 13. Monat windelfrei in die Krippe bringen konnte, wurde in Ostdeutschland mit dem Etikett „Töpfchen-These“ ironisiert. Für die Fachwissenschaft blieb Pfeiffers Hypothese, die institutionalisierte DDR-Erziehung als Erklärung für die hohe fremdenfeindliche Gewaltbereitschaft im Osten zu nutzen, umstritten. In der ostdeutschen Bevölkerung schlugen die Wogen hoch, sah man hier doch einen Frontalangriff auf

25 Hrsg. von Klaus Bittermann, Berlin 1993.

26 Das Prinzip Misstrauen, in: Der Spiegel, Nr. 34/1998, S. 47.

27 Luise Endlich, NeuLand. Ganz einfache Geschichten, Berlin 1999; die folgenden Zitate auf den Seiten 41, 77, 82, 104 und 133.

28 Vgl. Christian Pfeiffer/Peter Wetzels, Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland. Ein Thesenpapier auf Basis aktueller Forschungsbefunde, in: APuZ, B 26/99, S. 3–22.

29 Anleitung zum Haß, in: Der Spiegel, Nr. 12/1999.

die eigenen Lebenswerte. Nach 7526 empörten Anrufen bei der „Magdeburger Volksstimme“ organisierte die Zeitung ein Streitgespräch mit Pfeiffer. Die Stimmung gibt schon die Überschrift des Berichtes der FAZ ausreichend wieder: „In der Löwengrube“<sup>30</sup>. Ein ähnlich geteiltes und starkes Echo fand im Jahr 2000 ein Thesenpapier, in dem die Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland als Produkt der DDR-Sozialisation gedeutet wurde.<sup>31</sup>

Eine ähnliche Konfliktstruktur ergab sich 1999 nach der Veröffentlichung von „Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl“<sup>32</sup>. Der Autor fragt, warum der „Aufschwung Ost“ ausbleibt. Um diese Frage zu klären, wendet er sich den „existentiellen Lebensphilosophien der Bevölkerung“ der DDR zu, die ganz offensichtlich die „deutschen Stammlande“ wie durch einen „langwährenden Krieg niedergemacht“ und auf das Niveau der „dritten Welt“ heruntergebracht habe. Das Buch mit der programmatischen Forderung nach einem „Ende der Schonzeit“ wurde im westdeutschen Diskurs, dessen Publikum vom anhaltenden ostdeutschen Wirtschaftsdesaster genervt war, begeistert besprochen, es verkaufte sich über 35 000 Mal. Roethes Erklärungsversuche und Lösungsvorschläge sind heute sehr modern: Das Bestreben des ostdeutschen Proletariats, die „Arbeitsfron“ abzuschütteln, habe lange Tradition und sei auch heute noch eine Gefahr. Letztlich habe dieses Proletariat die DDR ruiniert: „Das Proletariat, kaum zur Herrschaft gekommen, hatte nichts anderes im Sinn, als Mühsal und Last abzuschütteln und den jüngst gewonnenen Status auszukosten (...). Millionen von Werktätigen waren sich sicher in dem Glauben, daß nun die Arbeitsfron vorbei sei.“ Die herrschenden Kommunisten seien nach dem 17. Juni 1953 gewissermaßen erpresst worden, denn nun habe sich „ein neuer, gleichwohl uneingestandener und latent bleibender Gesellschaftsvertrag (her-

ausgebildet) (...): Wir, die Arbeiter und Bauern, erklären, die Macht der Partei nicht herauszufordern. Wir werden loyal sein, wenn ihr uns dazu zusichert, uns zu versorgen und von der Arbeitsfron zu befreien.“ Die Schuld könne nicht bei den in der DDR Herrschenden, sondern müsse bei den Beherrschten gesucht werden: „Die Masse der DDR-Bevölkerung hatte den Sirenenklang der sozialistischen Rundumversorgung wohl verstanden (...). Hätte das System zur Arbeit zwingen sollen, um schuldlos zu bleiben?“

Dass der Verfall der eigenen Kultur durch die initiativlosen ostdeutschen Landsleute verursacht werden könnte, beschäftigte im Jahr 2001 auch einen Leitartikler der FAZ: „Dabei hat der tatsächliche Aufschwung Ost etwas Künstliches. Denn ihm folgt kein Aufbruch der Menschen. Schon holt sich die Natur eben erst erschlossene, aber ungenutzte Gewerbegebiete zurück. Das voller Elan vor ein paar Jahren eröffnete Gasthaus steht schon wieder leer. Am neu gebauten Parkplatz senken sich längst die Steine ab.“<sup>33</sup> Hier werden starke Kollektivsymbole benutzt: Die Kultur fällt an die Natur zurück, wenn sie durch Bürger- oder Kolonistenfleiß nicht ständig reproduziert wird.

---

## Die Konstruktion der Ostdeutschen: Regeln eines Diskurses

---

Die Konstruktion der Bilder, Vorstellungen oder Stereotype von den Ostdeutschen verlief in den neunziger Jahren unter ganz bestimmten Bedingungen. Diese beeinflussten die inhaltliche Qualität der Stereotypenkonstruktion ebenso, wie sie zu deren Verbreitung und Geltung beitrugen.

*Erstens:* Die Interpretation der vermuteten Andersartigkeit der Ostdeutschen geschah zunehmend unter den Auspizien der Fragestellung, warum das, was bislang erfolgreich funktionierte und weitgehend akzeptiert wurde, nämlich soziale Marktwirtschaft und Demokratie, bei den Ostdeutschen nicht ebenso funktionierte und von ihnen nicht gleichermaßen wie im Westen angenommen wurde. Diese Fragestellung fokussierte das Interesse auf die Aufdeckung jener Eigenarten, die für diese Dysfunktionen verantwortlich sein könnten, also auf die Defizite der Ostdeutschen.

30 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 12. 3. 1999, S. 5.

31 Vgl. Patrice G. Poutrus/Jan C. Behrends/Dennis Kuck, Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: APuZ, B 39/2000, S. 15–21; kritisch hierzu W. Friedrich (Anm. 13). Ein Versuch, auf die Einwände zu reagieren: Jürgen Danyel, Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 23–40.

32 Thomas Roethe, Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/M. 1999; die folgenden Zitate auf den Seiten 7, 17, 29, 34 und 41–43.

33 Frank Pergande, Künstlicher Aufschwung Ost, in: FAZ vom 26. 4. 2001, S. 1.

*Zweitens* war damit ein psychologisierender Fokus eingenommen. Es ging um „Prägungen“, „Sozialisation“, „seelische Deformation“, „Mentalität“, „Verhaltensweisen“, also um Konstrukte, die sich nur schwer mit Fakten und Daten operationalisieren lassen – ganz anders als beispielsweise zeitgeschichtliche Untersuchungen zu institutionellen Strukturen oder zur Herrschaftsausübung in der DDR. Dennoch fühlten sich viele Disputanten zur Erörterung dieser „weichen Faktoren“ berufen. Ein Grund dafür könnte sein, dass die Konzentration auf die Defizite ostdeutscher Sozialisation den Disputanten die kritische Reflexion des politischen und wirtschaftlichen Systems, mit dem sie sich identifizierten, weitgehend ersparte.

*Drittens* gab und gibt es enorme strukturelle und personelle Asymmetrien bei der Erörterung der Frage, welche Eigenheiten den Ostdeutschen und ihrer Alltagskultur zuzuschreiben sind. Die überregionalen Medien sind westdeutsche, und die für das ostdeutsche Fünftel der Bevölkerung produzierten Regionalmedien gehören westdeutschen Eigentümern und werden westdeutsch geführt. In den Geistes- und Sozialwissenschaften der neuen Bundesländern dominiert westdeutsches Personal<sup>34</sup>, ebenso an anderen Schaltstellen der Gesellschaft.<sup>35</sup>

*Viertens*: Auch wenn das ostdeutsche Fünftel der Bevölkerung die kleinere und auch strukturell in jeder Hinsicht die schwächere Gruppe ist und hierzu insbesondere auf der medialen Ebene keinen Gegendiskurs entfalten konnte – und insofern als „Diskurs-Opfer“<sup>36</sup> anzusehen ist, sind doch auf

einer symbolischen Ebene auch die Westdeutschen Opfer geworden – Opfer der Ostdeutschen.

Was tat – um in diesem Sprachbild zu bleiben – der Osten dem Westen und die Ost- den Westdeutschen an? – Die Ostdeutschen grenzten sich von den Westdeutschen und ihrer Lebensweise relativ stark ab, obwohl der größte Teil der Ostdeutschen sich für die rasche und vollständige Übernahme des westdeutschen Modells entschieden hatte und die Westdeutschen im Osten – als Aufbauhelfer, als Vorgesetzte in der Administration und als Akteure in der Wirtschaft – nun genau diese Wahlentscheidung umsetzten. Darüber hinaus verweigern die Ostdeutschen mehrheitlich den Institutionen der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates ihr Vertrauen.<sup>37</sup> Demokratie und soziale Marktwirtschaft haben im Osten ein anderes als das vertraute Gesicht, sie funktionieren hier nicht mit den gewohnten Effekten. Die Westdeutschen hingegen hatten mit diesem System über mehrere Generationen hinweg stabile Erfolge erzielt. Sie schrieben diese Erfolgsgeschichte vor allem „ihrer“ damals „richtig getroffenen Entscheidung“ für das „richtige“ System zu – weniger der historischen Sondersituation in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Ihr Selbstbild und ihre Wertvorstellungen waren eng mit diesem wirtschaftlichen und politischen Erfolgsmodell verbunden. Durch die Misserfolge dieses Systems im Osten waren die Westdeutschen in diesem wichtigen Teil ihrer Wir-Identität nachhaltig in Frage gestellt worden. Diese Konstellation ist bis heute nicht geeignet, das Verhältnis zwischen der west- und der ostdeutschen Bevölkerungsgruppe zu entspannen. Erfolg verbindet, Misserfolg trennt. Von „Brüdern und Schwestern“ war sehr bald keine Rede mehr.

Der oben vorgenommene tentative Zugriff auf die affektive Ebene fragt danach, inwieweit der Beitritt der Ostdeutschen die Westdeutschen vereint hat. Mit Blick auf die anderen Deutschen im Osten schienen auch die bis dahin in verschiedenen Diskursen der bundesdeutschen Gesellschaft stark differenzierten Gruppen stärker zusammenzufinden. Ein westdeutscher Beobachter sprach rückblickend von einem „Konsensschwall“<sup>38</sup>, der den 1989 erreichten Stand einer differenzierten und kritischen Selbstreflexion der politischen Kultur der Bundesrepublik fortspülte. Die Fremd-

34 Nach den Massenentlassungen und Neugründungen sind in der Wissenschaftslandschaft der neuen Bundesländer die C4-Professuren zu 79 Prozent von Westdeutschen besetzt, auf der Ebene der C3-Professuren Ostdeutschlands finden sich 47 Prozent Ostdeutsche. Von allen Professorinnen und Professoren, die in den Jahren von 1994 bis 1999 in den neuen Bundesländern berufen wurden, kamen lediglich 5,8 Prozent aus den neuen Bundesländern selbst. Vgl. Arno Hecht, Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration, Leipzig 2002, S. 171.

35 Vgl. hierzu die Repräsentation von Ostdeutschen in den Elitepositionen Deutschlands, wie sie 1995 erhoben wurde: Jörg Machatzke, Die Potsdamer Elitenstudie. Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorff (Hrsg.), Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 35–68.

36 „Jeder von uns lebt innerhalb bestimmter historischer Erzählungen, ja, er ist ein Konstrukt derselben – Erzählungen über unser Volk, unsere Kultur, Region, Familie und dergleichen mehr. Mein Vermögen, in der Gegenwart eine moralische Identität zu erlangen, ist aufs Engste mit meiner Beziehung zu den Erzählungen der Vergangenheit verknüpft.“ Kenneth J. Gergen, Erzählung, moralische Identität und historisches Bewußtsein, in: Jürgen Straub (Hrsg.), Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte. Erinnerung, Ge-

schichte, Identität 1, Frankfurt/M. 1998, S. 170–202, hier: S. 199 f.

37 Vgl. T. Gensicke (Anm. 4), S. 202 f.

38 So Lutz Niethammer im Januar 1998 auf einer Konferenz an der TU Dresden.

heitserfahrungen mit den Ostdeutschen ließen nicht nur die Westdeutschen sich einander näher fühlen, sondern machten auch drastisch deutlich, inwieweit sich viele als kapitalismuskritisch verstehende Linke inzwischen mit der Bundesrepublik identifiziert hatten. Ehemalige Maoisten fanden sich mit hanseatischen Unternehmern, ehemalige Spontis mit süddeutschen Liberalen und einstige Jusos mit rheinischen Konservativen im gemeinsamen Kopfschütteln über die Ostdeutschen. Nichts hat die Westdeutschen so geeint wie der Beitritt der Ostdeutschen. Möglicherweise ist dieser von den Begriffen und Metaphern uniforme und auch affektiv gleich gestimmte Diskurs zu den Ostdeutschen eines der noch unbekanntesten Dokumente westdeutscher Wir-Identität.<sup>39</sup>

In einem derart aufgeladenen Spannungsverhältnis<sup>40</sup> dient eine bestimmte tendenziöse Konstruktion vom *Anderen* der Stabilisierung des *Selbst*, also der eigenen personalen und der Wir-Identität. Das, was man dem *Anderen* zuschreibt, ist oft die negative Form dessen, was man selbst gerne darstellt, beziehungsweise worauf man stolz ist. Alteritäten sind keine objektiven Eigenschaften, sie existieren nur „in der intersubjektiven Interaktion, bei der sich erst das Selbst und dann das Andere, das Eigene und Fremde, in einer Kommunikationssituation modellieren können (. . .) und sich das Ich als das Andere eines anderen Ich erlebt. (. . .) Diese kommunikative Relationierung läßt sich auch auf eine kollektive Ebene übertragen.“<sup>41</sup> Das

39 Jener Teil von personaler oder individueller Identität, welcher sich im Bezug zu anderen Gruppen bildet, wird mit unterschiedlichen Beschreibungen und Begriffen belegt: „Der Begriff der ‚Wir-Schicht‘ markiert eine Schicht im Persönlichkeitsaufbau, wo der einzelne sich als Bestandteil einer größeren Überlebensgruppe vorstellt, fühlt und begreift. (. . .) Natürlich ist hier die Verflechtung von ‚Ich‘ und ‚Wir‘ voller Spannungen, Brüche und Konflikte, aber dies ist nur die eine Seite verborgener Loyalitäten, langer Anhänglichkeiten und heftiger Gefühlsladungen.“ Heinz Bude, Die „Wir-Schicht“ der Generation, in: Berliner Journal für Soziologie, (1997) 2, S. 197–204. Andere Autoren rubrizieren „Wir-Ich-Beziehungen“ von Personen unter dem Terminus „kollektive Identität“: „Unter einer kollektiven oder Wir-Identität verstehen wir das Bild, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich deren Mitglieder identifizieren. Kollektive Identität ist eine Frage der Identifikation seitens der beteiligten Individuen. Es gibt sie nicht ‚an sich‘, sondern immer nur in dem Maße, wie sich bestimmte Individuen zu ihr bekennen. Sie ist so stark oder schwach, wie sie im Denken und Handeln der Gruppenmitglieder lebendig ist und deren Denken und Handeln zu motivieren vermag.“ Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1999, S. 32.

40 Paradigmatisch wurde beispielsweise: Norbert Elias/J. L. Scotson, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/M. 1990.

41 Guy P. Marchal, Das Geschichtsbild vom Bauernvolk und der Mythos vom Tell: Alteritätsbehauptung und Auskristallisierung eines Identifikationskerns, in: Hans-Joachim

Bild, dass sich die Westdeutschen von den Ostdeutschen machten und machen, ist zu großen Teilen eine Alteritäts-Konstruktion. Den Ostdeutschen werden jene Eigenschaften zugeschrieben, welche die Westdeutschen – wenn man ihrem Eigenbild folgt – erfolgreich abgelegt haben, nämlich Autoritarismus und gefügte Verantwortungslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Indifferenz gegenüber dem Nationalsozialismus.

Die westdeutschen Ost-Diskurse sind durch unterschiedliche Konjunkturen und Themen geprägt und weisen bei aller Varianz doch immer wieder gleichbleibende Muster, Diskursregeln<sup>42</sup>, auf, nach denen sie die Eigenarten der Ostdeutschen konstruieren. Zu diesen Regeln gehört die Erzeugung einer oft impressionistisch aufgeladenen und quasi ontologisierten Andersartigkeit und Fremdheit im Bild von den Ostdeutschen. Hierbei scheint es sich um Fremdheit in unfreundlicher, frustrierender, belästigender und – womöglich – gefährlicher Form zu handeln. Diese Wahrnehmung scheint fest verbunden zu sein mit der Gewissheit, dass diese andersartigen Ostdeutschen die letzten Relikte dessen sind, was den Westdeutschen wirklich Angst macht: die kommunistische deutsche Diktatur. Die DDR fällt gewissermaßen aus den „historischen Groß Erzählungen“, aus dem verbreiteten Bild von deutscher Geschichte und dem deutschen Selbstverständnis heraus.<sup>43</sup> Die DDR ist das ganz Andere. Fast scheint es, als sehe man in der vor 15 Jahren von ihrer Bevölkerung wegde-

Gehrke (Hrsg.), Geschichtsbilder und Gründungsmythen. Würzburg 2001, S. 119–137, hier: S. 119. Vgl. auch Berit Pleitner, Die „vernünftigen“ Deutschen. Deutsche Identitätskonstruktionen in den 1850er und 60er Jahren, in: Michael Einfalt/Joseph Jurt/Daniel Mollenhauer/Erich Pelzer (Hrsg.), Konstrukte nationaler Identität. Deutschland, Frankreich und Großbritannien (19. und 20. Jahrhundert), Würzburg 2002, S. 171–188; Alois Hahn, Die Soziale Konstruktion des Fremden, in: Walter M. Sprondel (Hrsg.), Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion, Frankfurt/M. 1994, S. 140–163.

42 „Diskurse unterscheiden sich voneinander durch die Regeln, denen sie folgen, nicht durch die Gegenstände die sie hervorbringen. Der Gegenstand kann gleich bleiben, obwohl die Regel, nach der er gebildet wird, jeweils eine andere ist. Das heißt: verschiedene Diskurse problematisieren aufgrund unterschiedlicher Regeln ein und denselben Gegenstand auf je unterschiedliche Weise.“ Hannelore Bublitz, Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit, in: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. I: Theorien und Methoden, hrsg. von Reiner Keller u. a., Opladen 2001, S. 225–260, hier: S. 256.

43 Vgl. hierzu Konrad H. Jarausch, Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – was wird aus der DDR-Geschichte?, in: Jens Hüttmann/Peer Pasternack/Ulrich Mähler (Hrsg.), DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschule und politischer Bildung, Berlin 2004, S. 81–99.

monstrierten Diktatur immer noch eine Gefahr, die mit ihnen als Traditionsträgern überschätzten, ehemaligen Bürgern viel Unheil über die Bundesrepublik bringen kann.<sup>44</sup> Man wundert sich über „die kollektive destruktive Kraft“<sup>45</sup>, die der kleinen Gruppe der DDR-Sozialisierten heute noch zugeschrieben wird.

Denn 15 Jahre nach der Öffnung der Mauer und dem Beginn vom Ende der DDR scheinen die Stereotypen von den Eigenarten der Ostdeutschen noch so frisch wie zu Beginn der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte. Der jüngste Anlass, über die Sozialisation der Ostdeutschen zu sprechen, sind die in Ostdeutschland besonders massiven Proteste gegen die Durchsetzung der „Hartz-IV“-Gesetze. Bei der medialen Begleitung der ostdeutschen Proteste erklärt man dem Publikum, dass die Ostdeutschen aufgrund ihrer Herkunft aus dem Staatssozialismus von der falschen Annahme ausgingen, dass der Staat für die Arbeit verantwortlich sei. Die Darstellung der Protestler als typisch ostdeutsche politische Analphabeten, als Besitzstandswahrer, als Problemursache dient dazu, eine Debatte über die Situation und verschiedene politische Möglichkeiten mit deren

44 Die satirische Überhöhung dieser Befürchtungen liest sich so: „Auch der Kapitalismus passt dem Zonen-Bewohner nicht mehr, seit es aus dem Geldhahn nicht mehr so munter plätschert wie am Anfang, und deshalb sägt er emsig und unermüdlich an den Grundfesten des Systems. Er ist damit ziemlich erfolgreich, auch wenn der Zoni den Kapitalismus noch nicht zum Einsturz bringen konnte, seien Sie sicher, er arbeitet daran.“ Klaus Bittermann, *Jenseits der Zivilisation. Die Rache der Zonen-Zombies*, in: ders. (Hrsg.), *It's a Zoni. Zehn Jahre Wiedereinigung. Die Ossis als Belastung und Belästigung*, Berlin 2000. S. 7–34, hier: S. 34.

45 T. Roethe (Anm. 32), S. 17.

Umgang zu vermeiden. Auch in diesem Zusammenhang funktioniert die Thematisierung der ostdeutschen Eigenarten als Stellvertreterdiskurs.

Die Ostdeutschen haben in den zurückliegenden Jahren bei ihrer Etablierung in einer völlig anderen wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Welt enorme und konstruktive Anpassungsleistungen vollbracht. Sie zeigten und zeigen Realitätssinn, Risiko- und Anstrengungsbereitschaft, Mobilität und Flexibilität. Über 22 Prozent der einst in der DDR Beschäftigten arbeitet heute in einem für sie völlig neuen Sektor – im Dienstleistungssektor. Die Gruppe der Selbständigen hat sich in den ersten fünf Jahren nach dem Beitritt fast verdreifacht. Vergleichbare Veränderungsschübe im Erwerbsleben hat noch kein Teil einer deutschen Bevölkerung erlebt. Das alles spielt in der aktuellen öffentlichen Diskussion aber noch immer eine marginale Rolle.

Es stellt sich die Frage, ob diese spezifische Wahrnehmung und diskursive Konstruktion der Ostdeutschen alternativlos war oder ob unter anderen historischen Bedingungen ein anderer Blick möglich gewesen wäre. Kontrafaktisch zum Verlauf des Transformationsprozesses könnte man sich das Szenario einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte denken. In diesem Falle würde aller Wahrscheinlichkeit nach weniger intensiv über die Andersartigkeit der Ostdeutschen und ihre sozialisatorische Mitgift gesprochen werden, und wenn, dann sicher in dem Sinne, dass die Ostdeutschen etwas Anderes und Bereicherndes in die Bundesrepublik eingebracht hätten. Der heute als defizitär dastehende Ostdeutsche, dem das Scheitern des „Aufbaus Ost“ zugeschrieben wird, wäre dann vielleicht der „fremde Freund“.

## Opfer-Täter-Gesprächskreise nach dem Ende der DDR

Spätestens seit der Arbeit der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission gibt es die Vorstellung, dass sich Gesellschaften auf ähnliche Weise „heilen“ lassen wie Individuen.<sup>1</sup> Das Herausfinden und Benennen der Wahrheit soll zu Verzeihung und Versöhnung führen. Versöhnung hat dabei mehrere Dimensionen: die Versöhnung mit sich selbst, mit anderen Menschen und zwischen Gruppen. In der christlichen Religion resultiert Versöhnung aus der Vergebung durch Gott. In säkularen Gesellschaften sprechen wir von der politischen Dimension dieses Prozesses, wie ihn Hannah Arendt formuliert hat: „Gäbe es nicht eine Mitwelt, die unsere Schuld vergibt, wie wir unseren Schuldigern vergeben, könnten auch wir uns kein Vergehen und keine Verfehlung verzeihen, weil uns, eingeschlossen in uns selber, die Person mangeln würde, die mehr ist als das Unrecht, das sie beging.“<sup>2</sup>

Für die politische Dimension der Versöhnung nach dem Ende der DDR beschreibt der Theologe Ralf Wüstenberg die Einsicht in die Akten der Staatssicherheit als symbolische Handlung und Heilritual.<sup>3</sup> Damit verbindet er eine Veränderung in der Gesellschaft, die sich über die Anerkennung des Einzelschicksals vollzieht. Die betroffene Person, welche die Akten einsieht, erlebt, dass ihr Anliegen von der Gesellschaft ernst genommen wird, indem diese die juristischen und räumlichen Möglichkeiten dafür schafft. Diese Integrationserfahrung bietet den Rahmen für die Konfrontation mit der Aktenwahrheit und der Auseinandersetzung mit den eigenen Erinnerungen. Damit soll das Loslassen und Reinigen von belastenden Erfahrungen erleichtert werden. Die Gesellschaft nimmt die Geschichte von Individuen in ihr soziales Gedächtnis auf und verändert sich. Die Vorstellung der Reinigung der Gesellschaft spiegelt sich in dem Begriff

der „Lustration“<sup>4</sup> wider, der die „Säuberung“ der Gesellschaft durch die Überprüfung ehemaliger Parteikader und mit dem Geheimdienst verstrickter Personen meint, wie er z. B. im deutschen Stasi-Unterlagen-Gesetz geregelt ist.

Reichen Akteneinsichts- und Überprüfungsverfahren aus, damit sich eine Gesellschaft nach staatlich angeordneten Menschenrechtsverletzungen selbst „heilen“ kann? Wie können neue Diktaturen verhindert werden? Um uns dieser Frage anzunähern, sollen Forschungsergebnisse aus der Untersuchung von Opfer-Täter-Gesprächskreisen nach dem Ende der DDR mit Prozessen persönlicher und gesellschaftlicher Heilung verglichen werden, wie sie in internationalen Opfer-Täter-Begegnungsprojekten praktiziert werden. Mein Vergleichskriterium ist der Transfer von Interaktionsprozessen in Täter-Opfer-Begegnungen auf die gesellschaftliche Ebene.<sup>5</sup>

---

### Politische Traumatisierung

---

Die Politische Traumatisierung betrifft in unterschiedlicher Weise Opfer und Täter politisch motivierter Gewalt. Diese wird dazu genutzt, politische Macht zu erlangen oder zu erhalten bzw. oppositionelle Kräfte zu schwächen. Die Traumatisierung besteht in dem psychischen und mentalen Fortleben der Extremerfahrung, die als Konfliktsituation nicht beendet werden kann. Unbearbeitete (intrapersonale und interpersonale) Konflikte werden innerhalb von Familien und anderen Formen des Zusammenlebens unbewusst an die nächsten Generationen weitergeben und brechen wieder auf.<sup>6</sup> Die Generationsgrenzen verschwimmen, und

1 Vgl. zu den bisher weltweit stattgefundenen Kommissionen Priscilla B. Hayner, *Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions*, New York u. a. 2001.

2 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, Stuttgart 1960, S. 238.

3 Vgl. Ralf Wüstenberg, *Die politische Dimension der Versöhnung. Eine theologische Studie zum Umgang mit Schuld nach den Systemumbrüchen in Südafrika und Deutschland*, Gütersloh 2004, hier: S. 647–651.

4 Der Begriff geht auf ein römisches Reinigungsritual zurück. In griechischen Dramen wird mit „Katharsis“ operiert, welche die Läuterung des Seelen- oder Gefühlslebens meint.

5 Das Forschungsprojekt wurde durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert und ist jetzt interdisziplinär an das Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg angebunden. Die Promotionsarbeit wird 2005/06 erscheinen.

6 Vgl. Gesine Schwan, *Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens*, Frankfurt/M. 1997.

die Nachkommen tragen an den Traumatisierungen ihrer Vorfahren.<sup>7</sup> Die transgenerative Weitergabe politischer Traumata betrifft Opfer wie Täter und ihre Nachkommen gleichermaßen: Die einen quälen sich mit belastenden Erinnerungen, die anderen mit dem belastenden Gewissen. Wir unterscheiden die psychosoziale Traumatisierung von Opfern und die moralische Traumatisierung von Tätern. Politisch sind ihre Auswirkungen deshalb, weil es sich um kollektive Prägungen handelt, die sich in gesellschaftlichen Konflikten immer wieder neu aktualisieren können und somit nicht mehr das Problem von Einzelnen sind.

Die Begriffe „Opfer“ und „Täter“ sind Hilfskonstruktionen, weil eindeutige Zuschreibungen oft nicht möglich sind. In den meisten Konflikten sind die Beteiligten beides – passives Opfer und aktiver Täter. Gleichzeitig gibt es Opfer, die sich bewusst als Täter im Konflikt verstehen.<sup>8</sup> Täter wiederum sind oft in anderen Beziehungen Opfer. Beide Seiten sind in die strukturelle Gewalt<sup>9</sup> involviert gewesen. Die jeweiligen generationellen Prägungen führen dazu, dass sich Schicksalsgemeinschaften bilden. Beide Seiten der Schicksalsgemeinschaft hängen zusammen und durchlaufen dieselbe zeitgeschichtliche Situation.

Der Umgang mit Schuld und Traumatisierungen ist notwendig, um sich von den innerhalb der Schicksalsgemeinschaft festgefahrenen Täter- bzw. Opferrollen zu lösen. Einer konstruktiven Konfliktbearbeitung liegt ein psycho- und sozialdynamisches Verständnis zugrunde: Konflikte kehren immer wieder, solange sie nicht ausgetragen oder bearbeitet werden. Die Politische Traumatisierung der Opfer und der Täter betrifft in erster Linie die Störung sozialer Beziehungen. Auf der Opferseite geht diese Störung über die bekannte Posttraumatische Belastungsstörung hinaus: Das Vertrauen in Beziehungen ist grundlegend erschüttert. Das Gefühl des hilflosen Ausgeliefertseins setzt sich in alltäglichen Beziehungen fort und äußert sich in Abgrenzungsschwierigkeiten, Impulsivität sowie Problemen im Umgang mit Ärger und Wut. „Ein Teil dieser Symptome wird in der Diagnose

7 Vgl. Marianne Leuzinger-Bohleber, Transgenerative Weitergabe von Traumatisierungen, in: dies./Ralf Zwiebel, Trauma, Beziehung und soziale Realität, Tübingen 2003, hier: S. 120–122.

8 Prominentestes Beispiel in Ostmitteleuropa ist Václav Havel, der bei seiner Inhaftierung 1988 ausdrücklich auf diesen Umstand hingewiesen hatte: Václav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek 1990.

9 Strukturelle Gewalt meint alle Formen der politischen Repression, die als Legitimierung der kulturellen und personalen Gewalt auftreten. Vgl. die Gewaltdefinition von Johan Galtung, Friede mit friedlichen Mitteln, Opladen 1998.

der andauernden Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastung zusammengefasst.“<sup>10</sup>

Die Täterschaft wird häufig erst nach dem Wechsel des politischen und rechtlichen Systems zum Thema. Taten, die im alten System legitimiert waren oder aus politischen Gründen nicht strafverfolgt wurden, gelten plötzlich als verwerflich.<sup>11</sup> Die moralische Traumatisierung der Täter ist dadurch gekennzeichnet, dass das eigene Gewissen nach außen delegiert wird: „Die werden es schon wissen.“<sup>12</sup> Für jede Situation lässt sich immer jemand finden, der Verantwortung trägt oder tragen sollte. Die Politische Psychologie ortet beispielsweise in der Ausbildung von Folterern eine Traumatisierung, die das Foltern und Töten ermöglichen soll. Diese Form der Traumatisierung soll mit einbezogen werden, da es in der DDR regelmäßig zu Tötungen an der innerdeutschen Grenze kam und vor allem in den achtziger Jahren psychische Folterungen zum Machtmittel wurden. „Zersetzung“ als Unterdrückungsstrategie war ein besonderes Merkmal der Staatssicherheit, z. B. durch „die Zerstörung des Privatlebens durch demonstrative Tag- und Nachtbeobachtungen, ständige telefonische Anrufe, Annoncenkampagnen, heimliche Haus-einbrüche und das Verstellen von Gegenständen, Beschädigung privaten Eigentums, Vortäuschung außerehelicher Kontakte, verdeckt organisierte Entfremdung der Kinder von den Eltern“<sup>13</sup>. Eine andere Form der Täterschaft ist die Mittäterschaft im politischen Kontext. Die Willkür der eigenen Moral<sup>14</sup> zeigt sich an Aussagen wie „Wir konnten nichts tun“ und „Wie hättest Du denn gehandelt?“. Mittäterschaft meint die Erfahrung der eigenen moralischen Beeinflussbarkeit und Gleichgültigkeit. Sie erscheint oftmals diffus und versteckt sich hinter der Kollektivschuld: Wenn alle „irgendwie“ schuld sind, ist keiner „richtig“ schuld.

Die politische Dimension dieser Mitschuld und damit moralischen Traumatisierung wird deutli-

10 Doris Denis, Opfer staatlicher Gewalt durch die Staatssicherheit der DDR, in: Manfred Zielke/Rolf Meermann/Winfried Hackhausen (Hrsg.), Das Ende der Geborgenheit? Die Bedeutung von traumatischen Erfahrungen in verschiedenen Lebens- und Ereignisbereichen, Lengerich 2003, S. 344.

11 Vgl. Bernhard Giesen/Christoph Schneider (Hrsg.), Tätertrauma, Konstanz 2004.

12 Peter Boppel, Traumatisierungsvorgänge bei der Folterausbildung, in: Birgit Möller/Antonio Morten/Freihart Regner (Hrsg.), Politische Traumatisierung: Verfolgung, Folter, Erzwingene Migration (Forced Migration) und Möglichkeiten therapeutischer Hilfe, in: Zeitschrift für Politische Psychologie, (1999) 1/2, S. 26.

13 Sandra Pingel-Schliemann, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002, S. 358.

14 Vgl. B. Giesen/Ch. Schneider (Anm. 11), S. 23.

cher, wenn man sich mit dem Phänomen der Staatskriminalität beschäftigt. Staatskriminalität ist die Bezeichnung für systemimmanente Kriminalität, die der Herrschaftssicherung diktatorischer Systeme dient. Damit werden systematische Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen durch politische Willkür legitimiert, die nicht als Straftaten verfolgt werden – selbst wenn es innerhalb der Gesetzlichkeit möglich wäre. Zu nennen sind Menschenrechtsverletzungen wie Mord, Entführung und Zwangsadoption. Zur Staatskriminalität zählen alle Formen der politischen Verfolgung. Dies betrifft auch Akteure, die in öffentlichen Behörden angestellt sind und ihre Funktion gebrauchen, um Entscheidungen über andere zu treffen, welche wiederum nach dem Machtwechsel als politische Verfolgung, als Verletzung von Menschenrechten gelten.

Die Täter- und Mittäterschaft von Staatskriminalität kann bisher kaum angeklagt und verurteilt werden. Die ethisch-zivilgesellschaftliche<sup>15</sup> Ausrichtung der Systemumbrüche in Ostmitteleuropa hatte die Ablehnung von Tribunalen zur Folge, die das Rückwirkungsverbot der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 7, Abs. 1) umgehen würden: „Gemäß dem Prinzip des Rechtsstaats darf man keinesfalls die rückwirkende Kraft eines Gesetzes akzeptieren, die Kollektivschuld, die Aberkennung des Rechtes, sich zu verteidigen, die Nichtbefolgung von Vorschriften; daher ist das Prinzip der Unschuldsannahme unantastbar.“<sup>16</sup>

Die Tribunaldiskussion<sup>17</sup> nach dem Ende der DDR führte dazu, dass zumindest die Todesschüsse an der Mauer laut Bundesverfassungsgericht als derart unerträgliches Unrecht gelten, dass es gerechtfertigt erscheinen lasse, das Rückwirkungsverbot zu umgehen. Die Todesschüsse werden sowohl als Verstöße gegen die Menschenrechte als auch gegen DDR-Recht verstanden.<sup>18</sup> Andere Staaten haben einen überraschend einfachen Ausweg aus dem Dilemma des Rückwir-

kungsverbotes gefunden: 1994 in Tschechien und 1997 in Polen wurde die generelle Nichtverjährbarkeit von Staatskriminalität, Straftaten von öffentlichen Funktionsträgern, in der Verfassung wie im Strafrecht eingeführt: „Jeder, der eine wichtige politische Funktion übernimmt, tut dies mit dem vollen Wissen und Willen ganzer Verantwortlichkeit.“<sup>19</sup> „Diese Regelungen sollen den Amtsträgern vor Augen führen, dass Menschenrechtsverletzungen, die im Amt begangen werden, nicht ungeahndet bleiben werden.“<sup>20</sup> Polen und Tschechien haben mit diesem weltweit einmaligen Schritt gezeigt, dass es möglich ist, den bestmöglichen staatlichen Schutz vor staatsgestützten Menschenrechtsverletzungen in Verfassung und Strafrecht festzuschreiben. Diese Regelung ist eine nicht zu unterschätzende Rahmenbedingung für das Heilen von Gesellschaften und sollte daher über die Europäische Verfassung in die nationalen Gesetzgebungen einfließen.

---

## Kirchliche Gesprächskreise und Täter-Opfer-Ausgleich

---

Zur Wiederherstellung zerstörter sozialer Beziehungen bildeten sich nach dem Ende der DDR einige wenige Gesprächskreise, in denen sich ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit mit Bürgerrechtlern, politisch Verfolgten und Interessierten an einen Runden Tisch setzten, der von Pfarrern moderiert wurde. Solche Projekte fanden in Berlin, Dresden, Leipzig und Schwerin statt. Das Museum Haus am Checkpoint Charlie lud zu öffentlichen Täter-Opfer-Gesprächen ein. Hier gab es bei jedem Treffen unterschiedliche Akteure, so dass sich kaum ein Gruppenprozess entwickeln konnte, zumal die Anwesenheit der Medien immer wieder zu Eskalationen um Selbstdarstellungen führte. Meine Studie konzentriert sich deshalb auf Gesprächskreise, in denen ein kontinuierlicher Gruppenprozess stattfand. Der besondere protestantische Charakter der DDR-Revolution 1989 führte dazu, dass sich solche Projekte vorwiegend im kirchlichen Raum bildeten, von denen ich zwei in Fallstudien untersucht habe.<sup>21</sup> Meine Studie sowie der Vergleich mit dem

15 Zur Zivilgesellschaftsdiskussion vgl. Elke Fein/Sven Matzke, Zivilgesellschaft, Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa, in: Osteuropa-Institut der FU Berlin, Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft, (1997) 7.

16 Aleksander Smolar, Die Vergangenheitsbewältigung in Polen, in: Europäische Rundschau, 22 (1994) 4, S. 99.

17 Vgl. stellvertretend Petra Bock, Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, in: Deutschland Archiv, (1995) 11, S. 1171–1183, und Wolfgang Ullmann/Reinhard Dobrinski, Forum zur Aufklärung und Erneuerung (Hrsg.), Tribunale zur politisch-moralischen Beurteilung von SED-Staatskriminalität, Berlin 1998.

18 Vgl. z. B. Albin Eser/Jörg Arnold/Helmut Kreicker (Hrsg.), Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht, Freiburg 2001.

19 Lumír Crha/Jirí Pipek, Tschechische Republik, in: ebd., S. 299.

20 Eva Weigend/Andrzej Zoll, Polen, in: ebd., S. 227.

21 Aus forschungsethischen Gründen müssen die Projekte und die Teilnehmenden hier anonym bleiben. Die von mir geführten Interviews wurden mit Methoden der rekonstruktiven Sozialforschung ausgewertet und dokumentiert. Vgl.

Täter-Opfer-Ausgleich sind diskursanalytisch angelegt.<sup>22</sup>

Ein Vergleich der beiden Formen der Opfer-Täter-Begegnung zeigt, dass sich bei den Opfer-Täter-Gesprächskreisen der Diskurs auf die Täter konzentriert, während im juristisch klar definierten Täter-Opfer-Ausgleich die Tat im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. Worin ist diese Unterschiedlichkeit begründet? Im Gegensatz zu den Opfer-Täter-Gesprächskreisen ist der Täter-Opfer-Ausgleich eine Regelung im Rahmen des Strafrechtes. Unter Einbeziehung der Perspektive der Opfer soll in Zusammenarbeit mit dem Täter, dessen Tat ermittelt und verurteilt wurde, eine Wiedergutmachungsleistung erarbeitet werden. Dabei geht es um die freiwillige Übernahme von Verantwortung und den materiellen sowie immateriellen Tatfolgenausgleich, der eine Entschuldigung, ein Geschenk, Schmerzensgeld, Schadensersatz sowie Arbeitsleistungen bis zu gemeinsamen Aktivitäten mit dem Opfer umfassen kann. Vermittelt wird der Täter-Opfer-Ausgleich von beruflich dafür qualifizierten Mediatorinnen und Mediatoren. Sie haben auf das Ausbalancieren von Ungleichgewichten zwischen den Akteuren und auf Fairness zu achten. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist mit dem gemeinsamen und aktiven Wiederherstellen von Moral im Sinne von Rechtsempfinden und Gerechtigkeit verbunden. Die Tat wird in ihren Folgen für das Opfer sowie in der möglichen Wiedergutmachung verhandelt. Die gesellschaftliche Dimension dieses Prozesses liegt darin, dass die Beteiligten eigenverantwortlich, partizipativ und gemeinsam versuchen, das gebrochene Recht wiederherzustellen. Dieser Prozess bedeutet deshalb eine Stärkung des demokratischen Rechtsstaates.<sup>23</sup>

Bei den Opfer-Täter-Gesprächskreisen ist keine eindeutige Tat oder Schuld ermittelbar, was am subtilen Charakter der Staatskriminalität und ihrer Nichtverhandelbarkeit aufgrund des Rückwirkungsverbots liegt. Die Gesprächskreise vermeiden daher eine Zuschreibung von Opfer- und Täterschaft. Gleichzeitig sind die Täter diejenigen, um die sich der Diskurs dreht. Zum einen sind sie die Personen mit den interessanteren Biografien,

dazu u. a. Ralf Bohnsack, Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung, Opladen 2000.

22 Vgl. zum Konzept der kritischen Untersuchung von Diskursen Reiner Keller, Diskursanalyse, in: Ronald Hitzler/Anne Honer, Sozialwissenschaftliche Hermeneutik, Opladen 1997.

23 Vgl. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Dieter Dölling u. a., Täter-Opfer-Ausgleich. Eine Chance für Opfer und Täter durch einen neuen Weg im Umgang mit Kriminalität, Bad Godesberg 1998.

zum anderen sind sie im christlichen Kontext die Sünder, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Die Aktualisierung gemeinschaftlicher Werte, die sich beim Täter-Opfer-Ausgleich auf der Moral- und Rechteebene bewegen, erhält bei den Gesprächskreisen eine andere Richtung. Hier geht es um den Moralaspekt Idealismus. Dazu passt die Suche nach Gemeinsamkeiten zwischen den Aussagen der Bibel und des Kommunistischen Manifestes und die Überzeugung, dass diese Ideale von Staat, Regierung und Partei missbraucht wurden. Neben der Anerkennung ihrer Ideale gelingt es der Täterseite, den von den Pfarrern angebotenen Versöhnungsdiskurs zu vereinnahmen und mit Rechtfertigungs- und Legitimierungsdiskursen zu verknüpfen. Zahlreiche Betroffene haben es nicht ausgehalten, sich in dieser Atmosphäre auf die Opfer-Täter-Begegnung einzulassen.

Trotz der Dominanz der Täterseite lässt sich darauf schließen, dass einige Teilnehmende einen neuen Umgang mit der Täter-Opfer-Problematik im Sinne von konstruktiver Konfliktbearbeitung gewonnen haben. Wenn Opfer beschreiben, dass die Täterseite für sie „ein Gesicht“ bekommen hat und dadurch Angstzustände abgebaut werden konnten, oder wenn Täter durch die Konfrontation mit den Opfern ihre eigene Verantwortlichkeit im DDR-System erkennen und formulieren, dann sind das positive Heileffekte. Die Dominanz der Täterseite und das vordergründige christliche Versöhnungsangebot verhinderten, dass zu tief in emotional belastende Erfahrungen eingedrungen wurde. Die Erfahrungen wurden diskutiert – mit dem Angebot der christlichen Versöhnung, sich in der persönlichen Begegnung einzulassen auf Prozesse, zu denen auch Rechtfertigungsstrategien gehören, ja, sie sind ausdrücklich zugelassen.

Der kirchliche Raum bot mit den Gesprächskreisen einen autoritativen Rahmen für säkulare Menschen, um sich mit Verantwortung zu beschäftigen. Die Wiedergutmachungsleistung war hier schon der zwischenmenschliche Kontakt, der Begegnung als Menschen und nicht als Feinde möglich macht. Damit konnten gemeinschaftliche Prozesse in Gang gesetzt werden, die durchaus Heileffekte haben können – im Sinne einer Beruhigung oder Milderung der politischen Traumatisierungen und im Sinne der Versöhnung mit sich selbst (und Gott). Die religiöse Versöhnung suggeriert Symmetrie, sie beendet aber nicht die transgenerative Weitergabe von politischen Traumatisierungen. Um in die Gesellschaft hineinwirken zu können, sind Veränderungen auf der Ebene der kollektiven Identitäten nötig.

---

## „To Reflect And Trust“-Gruppen

---

Wenn es bei den Opfer-Täter-Gesprächskreisen um eine Milderung der Politischen Traumatisierungen ging, wie könnte ihre gesellschaftlich wirksame Bearbeitung aussehen? Einen Weg weisen die um den israelischen Psychologen Dan Bar-On entstandenen „To Reflect and Trust“ (TRT)-Gruppen. Sie entstanden aus der Arbeit mit Nachkommen von NS-Tätern und Nachkommen von Überlebenden des Holocaust, die gemeinsam versuchten, ihre Politischen Traumatisierungen aufzuarbeiten. Dabei ist auffällig, „dass die Gruppe das Konzept der Versöhnung ablehnte und die Begriffe Vertrauen und Nachdenken wählte, um die Gruppenarbeit zu beschreiben. Auch die Frage der Vergebung stellte sich in den Gruppendiskussionen nie. Das lässt sich unter anderem damit erklären, dass Versöhnung und Vergebung ein Durcharbeiten und nicht bloßes Reden erfordern. Die Begriffe Versöhnung und Vergebung sind über Generationen hinweg mit tiefreligiösen Bedeutungskonstruktionen aufgeladen worden, die für Unterschiede und sozialen Ausschluss plädieren statt für die Überbrückung der Unterschiede und sozialen Einschluss.“<sup>24</sup>

Bar-On grenzt sich von dem Diskutieren ab, das die Pfarrer der Gesprächskreise moderiert haben. Während er auf die emotional schmerzhafteste Identitätsveränderung von Opfern und Tätern zielt, versuchten die Gesprächskreise, diesen Weg indirekt zu erreichen. Die TRT-Gruppen haben sich das Ziel gesetzt, über die Opfer-Täter-Begegnung Veränderungen kollektiver Identitäten zu erreichen: „Wer bin ich, wenn ich kein Opfer/Täter bin?“ Eine Skalierung der Opfererfahrungen steht diesem schmerzhaften Prozess im Wege. Statt der üblichen eindimensionalen Identifikation mit den Opfern ist der innere und äußere Dialog von Opfern und Tätern das Ziel. Dabei werden die vorhandenen Asymmetrien nicht aufgelöst, aber es entstehen neue Symmetrien im Dialog. Dies geschieht durch das Erforschen der beschwiegene persönlichen Familien- und Gesellschaftsgeschichten. Bar-On zeigt die Verbindung von vergangenheitspolitischen Diskursen und Gruppendiskursen

---

24 Dan Bar-On, Die „Anderen“ in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung, Hamburg 2001, S. 231.

auf, während in der Opfer-Täter-Gruppe erst ein eigener Diskurs gefunden werden musste. Davor lag die Auseinandersetzung „mit dem gesellschaftlichen Schweigen und dem durch die traumatischen und moralische Last der Vergangenheit verfälschten (Schein-) Diskurs“<sup>25</sup>. Bar-On spricht vom paradoxen Diskurs, der dadurch bestimmt ist, dass erzählte Geschichten die Funktion haben, das Beschweigen bestimmter Tatsachen und Erlebnisse zu maskieren.<sup>26</sup> Über die Auseinandersetzung mit den kollektiven Erinnerungen und dem sozialen Gedächtnis<sup>27</sup> verändern sich die kollektiven Identitäten der Teilnehmenden. Dies hat zur Folge, dass viele der Teilnehmenden zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden, die weltweit in der Friedensarbeit versuchen, mit persönlicher Geschichte politischen Feindschaften zu begegnen, z. B. im Israel-Palästina- oder im Nordirland-Konflikt.<sup>28</sup>

Die TRT-Gruppen kommen in der Täter-Opfer-Begegnung über das Durcharbeiten kollektiver Identitäten zu einer Form der Friedens- und Menschenrechtsarbeit, die eine andere gesellschaftliche Dimension der Gewaltbearbeitung als der Täter-Opfer-Ausgleich aufweist. Die Bearbeitung Politischer Traumatisierungen, die mit persönlicher und gesellschaftlicher Heilung einhergeht, kann Versöhnung bewirken und die transgenerative Weitergabe von Traumata über die Bewusstmachung dieser Zusammenhänge beenden. Eine Versöhnung ohne diese Prozesse der Heilung und der Auseinandersetzung mit und Veränderung von gesellschaftlichen Vergangenheitsdiskursen kann zwar eine Beruhigung der Politischen Traumatisierung bewirken; sie bleibt dann aber der Ebene der Versöhnung mit sich selbst verhaftet, mit der eigenen Opfer- oder Tätergeschichte, und nutzt nicht das Potenzial zur Veränderung von gesellschaftlichen Legitimierungen politischer Gewalt. Eine wesentliche Rahmenbedingung, um solche Prozesse anzustoßen, wäre die generelle Unverjährbarkeit von Staatskriminalität.

---

25 Ders., Aus dem gebrochenen Schweigen werden soziale Bindungen, in: Kurt Grünberg/Jürgen Straub, Unverlierbare Zeit. Psychosoziale Spätfolgen des Nationalsozialismus bei Nachkommen von Opfern und Tätern, Tübingen 2001, S. 281.

26 Vgl. ders., Furcht und Hoffnung, Hamburg 1997.

27 Vgl. Horst-Alfred Heinrich, Kollektive Erinnerungen der Deutschen. Theoretische Konzepte und empirische Befunde zum sozialen Gedächtnis, Weinheim-München 2003.

28 Vgl. Dan Bar-On (Hrsg.), Den Abgrund überwinden, Hamburg 2000.

## Zum Stellenwert der DDR-Geschichte in schulischen Lehrplänen

Die heutige Schülergeneration hat im fünfzehnten Jahr nach der friedlichen Revolution in der DDR keine eigene Erinnerung mehr an diesen Teil der deutschen Geschichte. Was sollen die Schülerinnen und Schüler in unserem Land heute über die SED-Diktatur wissen? Welchen Beitrag kann der Schulunterricht leisten? Erwerben die Schülerinnen und Schüler hinreichende Fähigkeiten, um Lehren für die Gegenwart zu ziehen? Um der Beantwortung dieser Fragen näher zu kommen, wurde eine Lehrplananalyse vorgenommen, welche die gegenwärtig gültigen Lehrpläne der allgemein bildenden Schulen in Deutschland auf den Stellenwert des Themas SBZ/DDR hin untersuchte.<sup>1</sup>

Anstöße für eine solche Analyse ergaben sich nicht zuletzt durch kritische Äußerungen aus der Politik, der politischen Bildung sowie aus allgemeinen Vermutungen zum wenig befriedigenden Wissensstand der Schülerinnen und Schüler über den zweiten deutschen Staat. Vorausgegangene wissenschaftliche Untersuchungen konnten diesen Gegenstandsbereich bislang nicht in dieser Breite und Tiefe abbilden.<sup>2</sup>

Eine Analyse der gegenwärtigen Lehrpläne musste die nach Bundesländern und auch die nach Unterrichtsfächern bestehenden Unterschiede berücksichtigen und in Kauf nehmen. Die Ausführlichkeit der Pläne reicht von allgemeinen Hinweisen der Rahmenpläne bis zu detaillierten Darstellungen der Fachlehrpläne auf unterschiedlichen Ebenen. In die Untersuchung wurden 107 gültige Lehrpläne, die einen direkten Bezug zur DDR-Geschichte aufweisen, einbezogen. Das betraf die Lehrpläne für die Fächer Geschichte (Anteil 55

Prozent), Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Politik und verwandte Fächer (33 Prozent) sowie Deutsch und Religion. Um Vergleichbarkeit herzustellen, ging die Lehrplananalyse von der Betrachtung von fünf Geschichtsfeldern aus. Dieser Schwerpunktsetzung folgen die weiteren Darlegungen.<sup>3</sup>

---

### Der politische Neubeginn

---

Die Darstellung des politischen Neubeginns ab 1945 schließt an die Unterrichtsthemen zum Nationalsozialismus und zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg an. Die wichtigsten Schwerpunkte für den Unterricht bilden die Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen, die Vertreibung und der Wiederaufbau.

In einigen Lehrplänen wird der politische und gesellschaftliche Neuanfang als gesonderte Einheit behandelt. Abgeschlossen wird dieser Zeitabschnitt mit der Gründung der beiden deutschen Staaten. Beispielsweise heißt es im Lehrplan Geschichte für den Leistungskurs 13 aus Baden-Württemberg in der Zielstellung der LPE 13.4 „Der politische Neubeginn in Deutschland“: „Die Schülerinnen und Schüler untersuchen das Entstehen eines neuen politischen Bewusstseins in Ost und West unter den Voraussetzungen der bedingungslosen Kapitulation und erörtern die Vorstellung von der ‚Stunde Null‘ in der deutschen Geschichte. Sie verfolgen das Zusammenwirken von demokratischer Tradition und politischer Neubesinnung, von alliierten Einflüssen und deutscher Selbstbestimmung bei der Neugestaltung des politischen Lebens in den Besatzungszonen.“ Sehr differenziert werden die Ausgangsbedingungen einschließlich des politischen Neubeginns, die Weichenstellungen zur staatlichen Teilung und die

3 Im Folgenden werden in den Fußnoten folgende Abkürzungen benutzt: LPE – Lehrpläneinheit; LP – Lehrplan; RPL – Rahmenplan, IGS – Integrierte Gesamtschule; Jgst. – Jahrgangsstufe(n); Gymn. – Gymnasium; RS – Realschule; HS – Hauptschule. Für die Bezeichnungen der Bundesländer werden die offiziellen Abkürzungen verwandt.

1 Dieser Text beruht auf der Studie Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2004, 61 Seiten.

2 Vgl. Günter Buchstab (Hrsg.), Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde, Schwalbach/Ts. 1999, darin insbes. J.-D. Gauger/U. Margedant, Die Inhalte der Lehrpläne: DDR – deutsche Frage – Einheit, S. 45–66, sowie Bodo v. Borries, Geschichtliches Bewusstsein und politische Orientierung von Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland, in: Neue Sammlung, 34 (1994) 3, S. 363–382.

Gründung der beiden deutschen Staaten im Lehrplan dargestellt.<sup>4</sup>

An den Hauptschulen wird im Fach Geschichte der Zeitabschnitt des Neubeginns kürzer behandelt. So sieht der Lehrplan in Hessen für die Hauptschule in der 10. Klasse den Schwerpunkt 10.2 „Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit“ vor. Im verbindlichen Unterrichtsinhalt 1 „Aus vier Besatzungszonen werden zwei Staaten“ sollen folgende Problemkreise behandelt werden: Konsequenzen der Potsdamer Konferenz; demokratischer Neubeginn auf kommunaler und Länderebene; Politiker/innen und Parteien; unterschiedliche Entwicklungen in den Westzonen und der SBZ; Marshallplan und Wiederaufbau; Ost-West-Konflikt und Teilung Deutschlands; Entstehung zweier Staaten in Deutschland.<sup>5</sup>

Aus der Perspektive der insgesamt gesichteten Lehrpläne ergibt sich, dass die Darstellung des politischen Neubeginns im Nachkriegsdeutschland in den Geschichtslehrplänen ausführlich und ausgewogen erfolgt. Die ersten Ansätze unterschiedlicher politischer Systeme und Gesellschaftsordnungen werden allerdings lediglich angedeutet. Ein möglicher Vergleich der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands einschließlich ihrer ideologischen und politischen Grundlagen ist nur in relativ geringem Umfang ausgeführt. Der Zeitabschnitt vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten erhält in den Lehrplänen einen angemessenen Stellenwert, so dass bei seiner Umsetzung wesentliche Erkenntnisse über die Anfangsjahre der deutschen Teilung vermittelt werden können.

---

## Das Gesellschafts- und Machtsystem unter der SED-Herrschaft

---

Das Verständnis der DDR-Gesellschaft in ihrem Systemcharakter ist für die Schülerinnen und Schüler zweifellos schwierig. Es erfordert einen Blick auf die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Ausübung der politischen Macht durch die SED mit dem dazu geschaffenen Apparat. Dieser komplexen Aufgabe, die den Kern der SED-Diktatur berührt, kommen die Lehrpläne nur ansatzweise nach.

4 BW, Gymn., LP Geschichte, 1995, Leistungskurs 13.

5 HE, HS, LP Geschichte, 2002, Jgst. 5–9/10.

Der Begriff *Gesellschaftssystem* wird in den Lehrplänen insgesamt nur fünfmal benutzt. So wird im Schwerpunkt Geschichte des Lehrplans Gemeinschaftskunde der Gymnasialen Oberstufe in Rheinland-Pfalz in der 12. Klasse beim Teilthema 3 „Die Durchsetzung der Demokratie in Deutschland“ von den Schülerinnen und Schülern erwartet, dass sie den Prozess des Aufbaus und der Einbindung beider Teile Deutschlands in die unterschiedlichen Machtblöcke und Gesellschaftssysteme kennen.<sup>6</sup> Der gymnasiale Grundkurs Geschichte in Sachsen-Anhalt sieht im Kurs 4 das Thema „Deutschland im Widerstreit der Systeme“ vor. Als ein Anspruch wird formuliert, die Verflechtung der beiden deutschen Staaten vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation als herausragendes Merkmal der doppelten deutschen Zeitgeschichte zu beleuchten. Ein Ziel dabei ist es, zu „untersuchen, wie sich der Gegensatz der Gesellschaftssysteme stetig vertieft und welche Auswirkungen auf beide deutsche Staaten zu verzeichnen waren“.<sup>7</sup>

In den Real- und Hauptschullehrplänen für Geschichte wird das Gesellschafts- und Machtsystem der DDR in nur wenigen Fällen zur Behandlung vorgeschlagen. So wird in der 10. Klasse der erweiterten Realschule des Saarlandes in der Unterrichtseinheit „Vom Zusammenbruch zur Wiedervereinigung“ als eines der Lernziele die Kenntnis der „unterschiedlichen Entwicklung der beiden deutschen Staaten bis 1989“ formuliert. Als Lerninhalt wird aufgeführt: „Zweimal Deutschland: unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme“.<sup>8</sup> Zur differenzierteren Charakterisierung des Gesellschaftssystems der DDR als Machtsystem bzw. als Diktatur der SED geben die übrigen Lehrpläne wenig Anhaltspunkte.

Vor allem das gesellschaftliche Modell des Sozialismus mit seinen theoretisch-ideologischen Quellen wird in den Lehrplänen des Faches Geschichte nicht thematisiert. Ansätze finden sich eher in den Fächern Gemeinschaftskunde und Politik. So wird beispielsweise im gymnasialen Grundkurs Politik des Saarlands in der Jahrgangsstufe 12 das Thema „Marxismus-Leninismus“ behandelt. Dabei ist unter anderem das Lernziel fixiert, dass die Schülerinnen und Schüler am Beispiel eines sozialistischen Staates nachweisen sollen, wie die theoretischen

6 RP, Gymnasiale Oberstufe, LP Gemeinschaftskunde, 1998, Jgst. 11–13.

7 ST, Gymn., Rahmenrichtlinien Gymn./Fachgymn., Geschichte, 2000, Jgst. 7–10, 11–13.

8 SL, Erweiterte RS, LP Geschichte, 2002, Jgst. 10.

schen Vorstellungen von Marx und Lenin realisiert wurden („real existierender Sozialismus“).<sup>9</sup>

Zur Auseinandersetzung mit der ideologischen Komponente des Machtsystems der SED finden sich in den übrigen Lehrplänen nur wenige Hinweise. Die *Ideologie* als wesentliches Moment wird lediglich im Thüringer Geschichtslehrplan für das Gymnasium im Kurshalbjahr 12/II beim Thema „Der Weg von der Konfrontation zur Entspannung bis zum Ende des Ost-West-Konflikts“ mit der Formulierung: „Funktion und Wirksamkeit der Ideologie im System der DDR“ erwähnt.<sup>10</sup>

Eine weitere Untersuchungsfrage war es, inwieweit in den Lehrplänen mit dem Begriff *Repression* gearbeitet wird. Er wird nur in wenigen Lehrplänen aufgegriffen. Direkte Erwähnung finden Repressionen nur viermal, wobei im Lehrplan Geschichte für die Realschule in Bayern vor allem die Repressionen in osteuropäischen Ländern gemeint sind.<sup>11</sup> Das damit verbundene Thema *Verfolgung* kommt insgesamt zu kurz, der Begriff tritt in nur zwei Lehrplänen auf. So wird die Verfolgung im bayerischen Lehrplan Geschichte für die Realschule beim Thema G 10.2 „Der Ost-West-Gegensatz und die deutsche Teilung“ im Teilthema „Die Entwicklung der deutschen Teilung und die Gründung zweier deutscher Staaten“ erwähnt. Aufgeführt werden: „Die deutsche Teilung: Bi- und Trizone im Westen (gemeinsamer Wirtschaftsraum, Marshallplan, Währungsreform, soziale Marktwirtschaft); Abgrenzung der sowjetischen Zone (Zentralverwaltungswirtschaft, eigene Währung, Grenzsicherung, Verfolgung Andersdenkender); Berlinblockade.“<sup>12</sup>

Mit dem Begriff *Unterdrückung* werden relativ undifferenziert politische Prozesse sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit als auch in der Zeit der SED-Diktatur gekennzeichnet. Der Lehrplan Geschichte für die Realschule in Baden-Württemberg sieht für die Klasse 10 in der Lehrplaneinheit 1 „Die deutsche Teilung als Spiegelbild der ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West“ Hinweise zu Unterschieden in der Besatzungspolitik vor. Dabei wird auch die „Politische Unterdrückung in der SBZ“ erwähnt.<sup>13</sup> In Bayern schlägt der gymnasiale Lehrplan Geschichte für die Klasse

13 im Thema G 13.2 „Geschichte eines modernen Industriestaates: Die Bundesrepublik Deutschland“ einen Bezug zur DDR vor: „DDR als Gegenbild zur Bundesrepublik: Unterdrückung und Kontrolle, u. a. ‚planmäßiger Aufbau des Sozialismus‘, Aufstand vom 17. Juni 1953, Vorgehen gegen kritische Intellektuelle“<sup>14</sup>.

Im Hamburger Lehrplan Geschichte/Politik für die Haupt- und Realschule wird für die Sicht der „Entwicklungen nach 1949“ u. a. vorgeschlagen: „Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR im Kalten Krieg (Integration in unterschiedliche Bündnissysteme, Aufstand des 17. Juni, der Mauerbau, Unterdrückung und Bevormundung durch die SED, Vertreibungen an der innerdeutschen Grenze)“<sup>15</sup>. Im Lernbereich Gesellschaftswissenschaft für Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Regionale Schule in Rheinland-Pfalz wird beim Thema „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ als Teilziel empfohlen: „Einblick in Formen politischer Unterdrückung in der DDR“<sup>16</sup>.

Auch der Begriff der (*politischen*) *Gewalt* spiegelt sich in den Lehrplänen kaum wider. Der Rahmenplan Geschichte für das Hamburger Gymnasium formuliert für die Jahrgangsstufe 9/10 das Thema „9/10–5 Ost-West-Konflikt und deutsche Frage seit 1945“. Bei den Zielstellungen heißt es: „Den Schülerinnen und Schülern wird bewusst, dass die Geschichte Deutschlands und Europas nach 1945 in wesentlichen Teilen eine Folge des von Hitler verursachten Zweiten Weltkrieges ist. Sie erkennen die Ursachen und Auswirkungen des Ost-West-Konfliktes. Dabei wird ihnen deutlich, dass in Westeuropa ein weitgehend selbstbestimmter politischer und ökonomischer Integrationsprozess beginnt, während sich die Sowjetisierung Ostmitteleuropas mit militärischer Gewalt und gegen den Willen der betroffenen Völker vollzieht.“<sup>17</sup> Das gleiche Herangehen findet sich im entsprechenden Lehrplan für die Hauptschule.<sup>18</sup> Ein möglicher Exkurs zur Gewaltherrschaft in der DDR wird ausgespart. Die Analyse zeigt, dass die Frage der politischen Gewalt in der DDR nur sehr marginal in den Lehrplänen vertreten ist. Damit werden

9 SL, Gymn., Gesamtschule, LP Grundkurs Politik, 1995, Jgst. 12 und 13.

10 TH, Gymn., LP Geschichte, 1999, Klassenstufen 10–12.

11 BY, RS, LP Geschichte, Fachlehrplan 1993 (R 4, läuft mit Einführung R 6 aus), Jgst. 7–10. Weitere Beispiele finden sich in den Lehrplänen von BB, HH, MV.

12 Vgl. BY (ebd.).

13 BW, RS, LP Geschichte, Bildungsplan für die RS, 1994, Klasse 10.

14 BY, Gymn., LP Geschichte, 2003, Jgst. 9–13.

15 HH, Haupt- und RS, LP Geschichte/Politik, 1990, Klasse 9.

16 RP, HS, RS, Gymn., Regionale Schule, Lernbereich Gesellschaftswissenschaft, 1998, Klassen 7–9/10.

17 HH, Gymn., Sekundarstufe I, RPL Geschichte, 2002, Klassenstufen 6–10.

18 NI, HS, Geschichtlich-soziale Weltkunde, Rahmenrichtlinien für die HS, 1995, Schuljahrgänge 7–10.

Chancen vergeben, das politische System besser zu beleuchten.

Eine zentrale Funktion für den Machterhalt der SED-Diktatur hatte die *Staatssicherheit* bzw. das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* mit vielfältigen Verflechtungen innerhalb der Gesellschaft. Zu dieser Thematik finden sich in den Lehrplänen insgesamt 21 Nennungen. Diese betreffen vor allem das Fach Geschichte in den Sekundarstufen I und II. Lediglich im Fach Sozialkunde von Mecklenburg-Vorpommern wird in der Jahrgangsstufe 9 beim Thema „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“ als methodischer Hinweis „ein Gespräch mit dem Stasi-Beauftragten“ angeregt.<sup>19</sup> Im Brandenburger Lehrplan Politische Bildung für die Sekundarstufe I (Klasse 7/8) wird im Lernfeld „Demokratie“ unter der Frage „Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Systems“ bei den Inhalten und Problemen für den Unterricht „die Stasi als Staat im Staate“ erwähnt. Insgesamt fünfmal wird der Begriff MfS verwandt.<sup>20</sup> Die Geschichtslehrpläne von Mecklenburg-Vorpommern geben als „fachübergreifende und fächerverbindende Projektvorschläge“ vor, sich mit „Aufbau und Wirkung des MfS in den Nordbezirken“ zu beschäftigen.<sup>21</sup> Das ist das einzige Beispiel eines Verweises auf die regionale Relevanz des Themas Staatssicherheit. Im Thüringer Geschichtslehrplan für Gymnasium und Regelschule erfolgt beim Thema „Die deutsche Frage 1949 bis 1990 und ihre Lösung“ im Unterpunkt „DDR von der Staatsgründung bis zum Mauerbau“ der Hinweis auf das „MfS als Instrument der SED zur Herrschaftssicherung ohne parlamentarische Kontrolle“.<sup>22</sup>

Ein Blick auf die Verteilung dieser Thematik zwischen alten und neuen Bundesländern zeigt, dass eine Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit vor allem im Osten angeregt wird. Fundiertes Wissen über die Rolle des MfS in der Gesellschaft der DDR zu erwerben heißt, einen wichtigen Wesenszug der SED-Diktatur zu erkennen. Die in den Lehrplänen vorhandenen Bezüge greifen zu kurz

19 MV, Gymn., IGS, RPL Sozialkunde, Erprobungsfassung 2002, Jgst. 7–10 und MV, Regionale Schule, Verbundene Haupt- und RS, HS, RS, IGS, RPL Sozialkunde, Erprobungsfassung 2002, Jgst. 7–10.

20 MV, Gymn., IGS, RPL Geschichte, Erprobungsfassung, 2002, Jgst. 7–10; MV, Regionale Schule, Verbundene Haupt- und RS, HS, RS, IGS, RPL Geschichte (Leitlinien für den Geschichtsunterricht), Erprobungsfassung 2002, Jgst. 7–10; TH, Gymn., LP Geschichte, 1999, Klassenstufen 10–12; TH, Regelschule, LP Geschichte für die Regelschule und für die Förderschule mit dem Bildungsgang der Regelschule, 1999, Klassenstufen 5/6–9/10.

21 MV (ebd.).

22 TH (Anm. 20).

und eröffnen keinen Weg zur Auseinandersetzung mit dem Aufbau und der Funktionsweise dieses zentralen Machtinstrumentes der SED.

Andere Instrumente der Machterhaltung und Systemsicherung wie Polizei und Nationale Volksarmee werden nicht aufgeführt, also auch nicht in einen Zusammenhang zur Staatssicherheit gebracht. Lediglich im Thüringer Lehrplan Geschichte für das Gymnasium wird im Kurshalbjahr 12/II beim Lerninhalt „Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR von der Teilung über Konfrontation und Kooperation im Rahmen der bipolaren Welt von 1949 bis 1990“ der Schwerpunkt „Auseinandersetzung um Wiederbewaffnung – von der ‚Kasernierten Volkspolizei‘ zur ‚Nationalen Volksarmee‘“ aufgeführt. Im selben Lehrplan wird mit dem Hinweis auf das „Speziallager Buchenwald“ die Möglichkeit eröffnet, auf die politische Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszeit einzugehen.<sup>23</sup>

Das Gesellschafts- und Machtsystem der DDR erfährt somit in nur wenigen Fällen eine relativ geschlossene Darstellung. Die grundsätzliche Charakterisierung des gesellschaftlichen Systems mit seinen politischen, ideologischen und ökonomischen Komponenten findet zwar in Ansätzen statt, wird aber kaum detailliert ausgeführt. Die Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft seitens der Staatspartei wird nicht transparent. Das Instrumentarium der Machtsicherung kann somit von den Schülerinnen und Schülern kaum in seiner Komplexität erfasst werden. Bedenklich ist auch die Tatsache, dass aus der Behandlung des Gesellschafts- und Machtsystems in der DDR kaum Gründe für die Krise des Systems und seinen Zusammenbruch im Herbst 1989 abgeleitet werden.

---

## Gesellschaftsgeschichte der DDR

---

Die Gesellschaftsgeschichte der DDR (Alltagsgeschichte, wirtschaftliche Entwicklung, Sozialpolitik, Rolle der Frauen, Jugendbewegung, Kirche im Sozialismus) wird zwar in bestimmten Bereichen aufgegriffen, aber nur partiell in den Lehrplänen abgebildet. Am wenigsten Aufmerksamkeit erfährt die Kritik des gesellschaftlichen Modells des Sozialismus in seiner Entwicklung sowie mit seinen theoretisch-ideologischen Quellen. Einzelne Bereiche der Gesellschaftspolitik wie die Wirtschafts- und die Sozialpolitik werden in

23 TH, Gymn., LP Geschichte, 1999, Klassenstufen 10–12.

bestimmten Lehrplänen, vor allem der Sozialkunde, behandelt. Andere ausgewählte Bereiche wie Familie, Frauen und Jugend sind nicht eigenständig ausgewiesen, so dass vor allem der zweifellos die Schülerinnen und Schüler ansprechende Themenkreis Jugend nicht seiner Bedeutung nach ausgeführt wird.

Die Behandlung des Themas „Kirche im Sozialismus“ wird in wenigen Fällen von der Religionslehre aufgegriffen, kommt aber bei der thematischen Fülle dieses Unterrichtsstoffes zu kurz. Damit wird ein Ansatzpunkt nicht genutzt, der das Zusammenwirken von Opposition und Kirche im Sozialismus der DDR deutlicher machen könnte.

---

## Widerstand und Opposition in der DDR

---

Die Geschichte von Widerstand, Opposition, Dissonanz und nonkonformem Verhalten in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1989 empfiehlt sich als zentrales Unterrichtsthema für die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der deutschen Teilung. Die Lehrpläne vermitteln jedoch ein sehr unterschiedliches Bild. Einige wenden sich der Frage von Widerstand und Opposition in relativ allgemeiner Weise zu. Beispielsweise wird im hessischen Lehrplan Geschichte für die Hauptschule, Klassenstufen 9/10, im Thema 9.4 „Europa im Aufbruch – Auseinandersetzungen um die Befreiung des Menschen“ bei fakultativen Unterrichtsinhalten bzw. Aufgaben die Frage nach „Protestbewegungen in Deutschland – was erreichen sie?“ gestellt. Für die Bundesrepublik werden die Friedens- und Umweltbewegung erwähnt, für die DDR der Leitspruch „Schwerter zu Pflugscharen“ sowie der Hinweis auf die „Kristallisation einer Opposition im Schatten der Macht“.<sup>24</sup> Im Lehrplan Geschichte für die Realschule wird in der 10. Klasse unter dem Thema „Protestbewegungen in Deutschland – wen und was erreichen sie?“ der gleiche Ansatz für die Beschäftigung mit der Opposition in der DDR gewählt.<sup>25</sup>

Der Opposition in der DDR wenden sich auch die Lehrpläne anderer Fächer zu. Ein Beispiel ist der Lehrplan im Fach Sozialkunde in Thüringen. In der Klasse 12 wird das Thema „Politische Systeme und politische Partizipation“ behandelt. Als Pro-

blembereich wird genannt: „Das politische System der DDR“. Inhalte des Unterrichts sind: „Das Alltagsleben in der DDR an Beispielen; die Politik in der DDR: Rolle der SED und der Blockparteien, Mechanismen der Herrschaftssicherung, Menschenrechtsproblematik, oppositionelle Gruppen; Wirtschafts- und Sozialsystem, ökologische Situation der DDR; Ursachen der ökonomischen Krise sowie die ‚Wende‘ und der Zusammenbruch der DDR“.<sup>26</sup> Dieser Lehrplan ist ein Beispiel für die Einordnung der Frage der Opposition in der DDR in weitere unverzichtbare gesellschaftliche Zusammenhänge, aus denen heraus erst das Wirken der Opposition verständlich werden kann.

Besonderen Stellenwert beim Thema Opposition in der DDR hat der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 inne. Anlässlich des 50. Jahrestages dieses Ereignisses im Jahr 2003 wurde eine Reihe neuer Forschungsergebnisse vorgelegt, die den Aufstand neu bewerten und differenzierter einschätzen. Es ist an der Zeit, diese Ergebnisse in den Unterricht einzubeziehen und über eine Vertiefung des Themas nachzudenken sowie Lehrplanangebote und Lehrbücher dem neuen Erkenntnisstand entsprechend zu aktualisieren. Wegen der gewachsenen Bedeutung des Volksaufstandes wurde der Platz des 17. Juni 1953 in den Lehrplänen bereits näher besprochen.<sup>27</sup>

Von besonderem Interesse für den Schulunterricht zur Opposition in der DDR ist der Einfluss von Reformprozessen, die mit der Perestrojka in der UdSSR und den revolutionären Veränderungen 1989 in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas verbunden sind. Dazu finden sich in den Lehrplänen einige Ansätze wie z. B. in der bayerischen Realschule.<sup>28</sup>

Der Einfluss der internationalen Faktoren auf den Widerstand in der DDR wird auch im Rahmenlehrplan Geschichte für die Sekundarstufe I in Brandenburg berücksichtigt. Im Themenfeld „Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts“ wird als Zielstellung formuliert: „Der internationale Entspannungsprozess strahlt auf die deutsch-deutschen Beziehungen aus und ermöglicht eine Normalisierung. Die allgemeine Systemkrise in der DDR in den achtziger Jahren offenbart sich

24 HE, HS, LP Geschichte, 2002, Jgst. 5–9/10.

25 HE, RS, LP Geschichte, 2002, Abschlussprofil der Jgst. 9/10.

26 TH, Gymn., Sozialkunde, LP für das Gymn., 1999, Klassenstufen 10–12.

27 Vgl. die Expertise unter [www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de) und in überarbeiteter Fassung in der Gesamtstudie von 2004 (Anm. 1).

28 BY, RS, Geschichte, Fachlehrplan 1993 (R 4, läuft mit Einführung R 6 aus), Jgst. 7–10.

als Wirtschafts- und Glaubwürdigkeitskrise. Die Bevölkerung äußert ihren Unwillen durch eine Massenflucht im Spätsommer 1989. Die Zahl der Oppositionsgruppen, bisher im Verborgenen arbeitend, nimmt zu. Die Situation verändert sich schnell, ebenso der Staat DDR. Seine Eigenstaatlichkeit ist nicht zu erhalten.“ Bei ausgewählten Aspekten des Lebens im geteilten Deutschland weist der Lehrplan auch auf die Frage „Innerstaatliche Opposition und Anpassung“ hin.<sup>29</sup>

In weiteren Lehrplänen, etwa in der Sekundarstufe I des Landes Sachsen-Anhalt, werden in den Schuljahrgängen 9/10 fachspezifische Themen angeboten. Dazu gehört das Pflichtthema „Das vereinigte Deutschland im vereinigten Europa“. Dabei sollen „Reformanstöße und -bewegungen Osteuropas: Ausgangs- und Bezugspunkt für Opposition und Protest in der DDR“ behandelt werden.<sup>30</sup> Auch im hessischen Lehrplan Geschichte für die Hauptschule in den Klassenstufen 9/10 mit dem Thema „Die deutsche Einheit – wessen Erfolg?“ werden solche Denkanstöße zur Behandlung vorgeschlagen, etwa die „Liberalisierung in der Sowjetunion (Gorbatschow, Glasnost, Perestroika) und Auflösungserscheinungen im Warschauer Pakt“.<sup>31</sup> Insgesamt wird deutlich, dass nur wenige Lehrpläne Parallelen oder wechselseitige Einflüsse der Reform- und Oppositionsbewegung in den sozialistischen Ländern zur Darstellung des Geschichtsverlaufes in der DDR und der friedlichen Revolution heranziehen.

Die Analyse zeigt, dass die Herausbildung von Widerstand und Opposition in der DDR in den Lehrplänen nur unsystematisch widerspiegelt wird. Die historischen Quellen von Widerstand und Opposition werden kaum aufgespürt, ebenso der Umfang des Wirkens oppositioneller Kräfte in und außerhalb der SED. Widerstand und Opposition werden vorwiegend in Bezug auf die Ära Honecker thematisiert. Der Widerstand gegen die SED-Diktatur in den vierziger und fünfziger Jahren – ob als Opposition der bürgerlichen Parteien in den früheren Jahren oder als parteiinterne Opposition – wird mit Ausnahme des 17. Juni 1953 nicht behandelt. Bedenklich ist ferner, dass in den Lehrplänen der ostdeutschen Bundesländer keine regionalen Beispiele von Opposition und Widerstand (z. B. die Vorgänge um die Werdauer Ober-

schüler) aufgenommen sind. Nicht diskutiert werden die realen Möglichkeiten und Chancen, unter der Gefahr massiver Repressionen Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen zu können. Die Ergebnisse eines Reifeprozesses der Opposition in den siebziger und achtziger Jahren, auch unter dem Dach der Kirche, werden nicht ausgemacht, und neuere Forschungsergebnisse zur Entwicklung der Opposition sind in den Lehrplänen nicht zu finden.

Die Rolle der Opposition bei der friedlichen Revolution und deren Vorbereitung wird in den Lehrplänen zwar richtig dargestellt, jedoch werden die komplexeren Einflüsse endogener und exogener Kräfte bei der friedlichen Revolution (wirtschaftliche Krise; Ausreisebewegung; Perestroika und Glasnost; Entwicklungen innerhalb der Staaten des Warschauer Vertrages) nicht in ihrer Gesamtheit und wechselseitigen Verflechtung reflektiert.

---

## Die deutsch-deutschen Beziehungen und die deutsche Einheit

---

Unterrichtsthemen, welche die deutsch-deutschen Beziehungen nach der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 aufgreifen, stellen ein wichtiges Politikfeld dar, auf dem viele innen- und außenpolitische Fragen miteinander verflochten sind. Nach dem Scheitern der Wiedervereinigungsgedanken und Konföderationsvorstellungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit wird in den Lehrplänen die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten zunehmend parallel abgearbeitet. Die „offiziellen“ deutsch-deutschen Beziehungen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren finden als Spezialthema jedoch nur wenig Aufmerksamkeit. Erst die Neue Ostpolitik, die Ostverträge, der Grundlagenvertrag sowie der KSZE-Prozess rücken die gemeinsame Geschichte mit ihren Wechselwirkungen mehr in den Vordergrund. Diese Zeitabschnitte stellen entsprechend ihrer historischen Bedeutung in der Mehrzahl der Lehrpläne eine gesonderte Einheit dar.

Vor allem die gymnasialen Lehrpläne widmen sich ausführlich diesen Fragen. So wird beispielsweise im Lehrplan Geschichte für Baden-Württemberg, Jahrgangsstufe 13, das Thema „Deutschland nach 1945 im nationalen, europäischen und internationalen Kontext“ in der Kursstufe (4-stündig) behandelt. Für die dazugehörige Lehrplänein-

29 BB, Sekundarstufe I, Rahmenlehrplan Geschichte, 2002, Jgst. 7–10.

30 ST, Gymn., Rahmenrichtlinien Gymn./Fachgymn., Geschichte, 2000, Jgst. 7–10, 11–13.

31 HE, HS, LP Geschichte, 2002, Bildungsgang HS, Jgst. 5–9/10.

heit „Die staatliche Einheit“ gilt die Zielstellung: „Die Schülerinnen und Schüler erkennen und erörtern die Ursachen des Niedergangs der DDR und die Besonderheiten der friedlichen Revolution. Sie verfolgen die nationale und internationale Umsetzung der deutschen Einigung und erörtern Chancen und Probleme des vereinigten Deutschland.“ Darauf aufbauend gibt der Lehrplan folgende inhaltliche Schwerpunkte vor: „Vom Zusammenbruch des SED-Regimes zur Einigung“, „Der internationale Rahmen“, „Die nationale Gestaltung“ sowie „Chancen und Probleme des vereinigten Deutschland“.<sup>32</sup> Damit werden für den Unterricht wesentliche und fruchtbare Gesichtspunkte erfasst.

Das sächsische Gymnasium sieht im Lehrplan Geschichte für den Leistungskurs 12 die Behandlung von „Entwicklungen in Deutschland nach 1945 in ihrer europa- und weltpolitischen Bedeutung“ vor. Im Lernbereich „Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/91“ werden als Ziele und Inhalte vorgegeben: „1989: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland – 40 Jahre DDR; 1990: gesamtdeutsche Wahlen und Beitritt der DDR zum Rechtsbereich des GG (gem. Art. 23); Freistaat Sachsen als Land der Bundesrepublik Deutschland; die Wiedervereinigung Deutschlands in ihrer europa- und weltpolitischen Bedeutung; neue Mächteordnung und das Problem der Friedenssicherung“.<sup>33</sup> Der Geschichtslehrplan für das Gymnasium in Thüringen wendet sich im Kurs halbjahr 12/II mit dem Thema „Von der deutschen Frage zur deutschen Einheit – Kontinuität und Wandel vor dem Hintergrund einer bipolaren Welt“ dem deutschen Einigungsprozess zu. Die Leitfrage lautet: „Der Weg zur Einheit Deutschlands – eine friedliche Revolution?“ Behandelt werden Problemfelder wie „Staatsmacht und Bürgerbewegung; ‚Runder Tisch‘; pro und contra Wiedervereinigung; Einigungsvertrag; 2+4-Gespräche und internationale Lösung der deutschen Frage; deutsche Einheit und internationale Verantwortung; von der staatlichen Einheit zur inneren Einheit“.<sup>34</sup>

In den 10. Klassen der Sekundarstufe I werden die Fragen der deutschen Einigung zumeist als Abschluss eines umfangreichen Lehrplanteils zur deutschen Geschichte seit 1945 aufgegriffen. So wird im Rahmenplan Geschichte des Hamburger

Gymnasiums für die Jahrgangsstufe 9/10 das Thema „Der Ost-West-Konflikt und die deutsche Frage seit 1945“ als verbindlicher Unterrichtsinhalt festgehalten. In den Zielstellungen heißt es: „Die Schülerinnen und Schüler erkennen die historische Bedeutung der Epochenwende von 1989/90, die schließlich mit zur Auflösung des Sowjetimperiums beitrug. In der Auseinandersetzung mit diesem Thema begreifen sie, dass die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten im Oktober 1990 und das langsame Zusammenwachsen Deutschlands seit 1990 Teil der Überwindung der Nachkriegsstrukturen und damit des grundlegenden Paradigmenwechsels im internationalen System am Ende des 20. Jahrhunderts ist.“<sup>35</sup>

In der hessischen Hauptschule beinhaltet der Lehrplan Geschichte für die Klassenstufe 9/10 das Thema „Die deutsche Einheit – wessen Erfolg?“ mit folgenden Stichworten: „Liberalisierung in der Sowjetunion (Gorbatschow, Glasnost, Perestroika) und Auflösungserscheinungen im Warschauer Pakt; Opposition im Schatten der Macht (‚Schwerter zu Pflugscharen‘, Montagsgebete); wirtschaftliche und politische Situation in der DDR vor der ‚Wende‘, Massenflucht aus der DDR; Bürgerrechtsbewegungen; Demonstrationen und friedliche Revolution; Öffnung der Grenze und demokratischer Aufbruch/Neubeginn in der DDR (1989/90); vom Ruf ‚Wir sind das Volk‘ zu ‚Wir sind ein Volk‘; 10-Punkte-Plan (Kohl) und Rolle der Bundesregierung im weltpolitischen Kontext“.<sup>36</sup> Die Leitlinien für den Geschichtsunterricht in Mecklenburg-Vorpommern für die Haupt- und Realschule, 9./10. Klasse, sehen zur Behandlung dieser Fragen den Themenbereich „Zusammenbruch des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung 1990“ vor. Zu den Themen gehören: „Wandel und Krise im Ostblock der achtziger Jahre“, „Die friedliche Revolution in der DDR“ und „Die Wiedervereinigung Deutschlands (3. 10. 1990)“. Mit den angegebenen möglichen Unterrichtszielen wie „die Auflösung der DDR bis zur Wende des demokratischen Umbruchs 1989 wahrnehmen und beurteilen“ oder „den Weg bis zur Vereinigung verfolgen und deutsche Befürworter und Kritiker kennen lernen“ wird zu einer differenzierten Betrachtung angeregt.<sup>37</sup>

In der Erweiterten Realschule des Saarlands ist im Lehrplan Geschichte, Jahrgangsstufe 10, die

32 BW, Gymn., LP Geschichte (4-stündig), Kursstufe 13, 1995.

33 SN, Gymn., LP Geschichte, gewichtete Fassung, 2001, Klassen- und Jgst. 5–12.

34 TH, Gymn., LP Geschichte, 1999, Klassenstufen 10–12.

35 HH, Gymn., Sekundarstufe I, RPL Geschichte, 2002, Klassenstufen 6–10.

36 HE, HS, LP Geschichte, 2002, Jgst. 5–9/10.

37 MV, Regionale Schule, Verbundene Haupt- und RS, HS, RS, IGS, RPL Geschichte (Leitlinien für den Geschichtsunterricht), Erprobungsfassung 2002, Jgst. 7–10.

Unterrichtseinheit „Vom geteilten Deutschland zur neuen Bundesrepublik“ mit folgenden Lernzielen vorgesehen: „Die Schülerinnen und Schüler sollen die Rolle der DDR-Bevölkerung beim Prozess der Wiedervereinigung beschreiben, die außenpolitischen Bedingungen für den Einigungsprozess untersuchen, die auftretenden innenpolitischen Probleme nach der Wiedervereinigung erklären und die Bedeutung der Wiedervereinigung für Deutschland beurteilen.“ Die avisierten Lerninhalte wie „Massenflucht und friedliche Revolution, der außenpolitische Weg zur Einigung, Probleme der Wiedervereinigung und ihre Bewältigung“ schaffen mit der Behandlung der Begriffe „Friedensgottesdienste, Montagsdemonstrationen, ‚Wir sind das Volk‘, ‚Zwei-plus-Vier‘-Verhandlungen, Wirtschafts- und Währungsunion, PDS, deutsche Einheit, Stasi-Akten, Einigungsvertrag, Nationalfeiertag; Aufbau Ost, Reformkommunismus“ und mit dem Hinweis auf eine Zeitzeugenbefragung eine gute Basis für die Behandlung dieses historischen Zeitabschnittes.<sup>38</sup>

Große Aufmerksamkeit wird in den Lehrplänen dem Verlauf der Erhebung der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 gewidmet. Im Zusammenhang mit der friedlichen Revolution wird verstärkt auch auf die Rolle der Opposition verwiesen. Die einzelnen Etappen der friedlichen Revolution, von der Zuspitzung der Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung über die Abstimmung mit den Füßen und die Montagsdemonstrationen bis zum Fall der Mauer, werden aufgezeigt. Das Zustandekommen und die Ergebnisse der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen, der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Bedeutung des 3. Oktober 1990 als Tag der Deutschen Einheit werden in den Lehrplandokumenten durchgehend gewürdigt.

Der Verlauf und die Ergebnisse der friedlichen Revolution haben in den Lehrplänen verdientermaßen breiten Raum erhalten. Dabei werden sowohl die historischen Abläufe als auch die politischen Grundprozesse hervorgehoben. Eine stärkere Darstellung der Entwicklungen bei der Schaffung der deutschen Einheit und des beginnenden Zusammenwachsens in den neunziger Jahren nehmen vor allem diejenigen Lehrpläne vor, die in jüngerer Zeit in Kraft gesetzt worden sind.<sup>39</sup> Der die getrennte Geschichte abschließende Zeitraum der friedlichen Revolution in der DDR und der

Prozess der Wiedervereinigung erfahren eine vom Umfang her gesehene hohe Bewertung. Die nach dem 3. Oktober 1990 eingeleiteten Entwicklungen in den neuen Bundesländern werden jedoch in unterschiedlicher Weise und mit differenzierten Akzenten behandelt. Schwierigkeiten des Zusammenwachsens werden jedoch nicht durchgehend in den Lehrplänen aufgegriffen.

---

## Geschichtswissen und mündige Bürger

---

Die Komplexität des politischen Geschehens in der Gegenwart und die Probleme der Zukunft setzen hohe Maßstäbe an die politische Bildung und an das Geschichtsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler. Der sich vollziehende Generationswechsel lässt die Erinnerungen verblassen, Nostalgie und Verdrängung behindern den Umgang mit einem wichtigen Teil der deutschen Geschichte. Es wäre unverantwortlich, Defizite im historisch-politischen Wissen zur deutschen Geschichte zuzulassen, weil dadurch das Profil der heutigen Schüler als mündige Bürger von morgen Schaden nehmen würde. Das Wissen über die DDR-Geschichte und über die Entwicklung Deutschlands von 1945 bis 1989/90 gehört zu den unverzichtbaren Bausteinen des Geschichtsbewusstseins der Jugend. Bei der Notwendigkeit von Bildungsreformen, der Einführung von Bildungsstandards und der Positionierung Deutschlands als Bildungsland im internationalen Vergleich dürfen die historischen Kenntnisse nicht ins Hintertreffen geraten.

Die Erstellung qualifizierter Lehrpläne, ihre zielgerichtete Umsetzung und Weiterentwicklung sind wichtige Schritte zur Vermittlung von Wissen über die DDR und damit zur deutschen Geschichte. Darüber hinaus sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, die Aufnahme des aktuellen Forschungsstandes in den Schulbüchern zu evaluieren und den von den Schülerinnen und Schülern erreichten Wissensstand zu erfassen. Gleichzeitig sollte mehr Wert darauf gelegt werden, die akademische Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer besser durch entsprechende Lehrangebote zur Geschichte der DDR an den Universitäten zu unterstützen.<sup>40</sup>

---

<sup>40</sup> Vgl. Peer Pasternack, Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000 (HoF-Arbeitsberichte 5/01). Unter Mitarbeit von Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, hrsg. vom HoF Wittenberg, Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 2001.

<sup>38</sup> SL, Erweiterte RS, LP Geschichte, 2002, Jgst. 10.

<sup>39</sup> Vgl. z. B. BB, Gymnasiale Oberstufe, Geschichte, Verbindliche curriculare Vorgaben für den Unterricht in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe, 2003, Klassenstufen 12–13, sowie die Lehrpläne Geschichte von TH.

Michael Gehler

# Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa

Ursachen – Verlauf – Folgen

Ende der achtziger Jahre gaben die kommunistischen Herrschaftssysteme in Europa ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Geschwindigkeit auf.<sup>1</sup> Zu diesem Fiasko hatten die Dauerkrise des Staatssozialismus sowie die Entspannungspolitik des KSZE-Prozesses beigetragen.<sup>2</sup> Die Reformbestrebungen unter Michail Gorbatschow in der Sowjetunion verliehen den Andersdenkenden in den sozialistischen „Bruderstaaten“ politische Motivation und moralische Legitimation. Das „Umbruchjahr“ 1989 war Ergebnis der „erfolgreich gescheiterten“ Revolution der kommunistischen Selbstüberwindung.“<sup>3</sup>

Die deutschen Ereignisse stehen in der Mitte, aber nicht im Mittelpunkt dieses Beitrags. Die Deutschen machten bei den Umstürzbewegungen nicht den Anfang, sondern sie folgten den Polen und Ungarn. Der Fall der Mauer in Berlin am 9. November 1989 entwickelte Schubkraft für die Umwälzungen in der Tschechoslowakei und Rumänien.

---

## Polen: lang anhaltende und versandete Revolution

---

In Polen sollte die erste organisierte Massenopposition ihren reformpolitischen Anfang nehmen.<sup>4</sup> Die siebziger Jahre standen im Zeichen von Preiserhöhungen, Versorgungsengpässen und Repressionen. 1976 gründeten Jacek Kuroń und Adam Michnik das „Komitee zum Schutz der Arbeiter“ (KOR) für inhaftierte Dissidenten und erreichten

eine Amnestie.<sup>5</sup> Die Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyła zum Papst Johannes Paul II. 1978 und sein Besuch in Polen im Jahr darauf stimulierten eine religiöse Erneuerungsbewegung.<sup>6</sup>

Im Zuge einer erneuten Preis- und Inflationswelle seit Sommer 1980 folgten Streiks.<sup>7</sup> Die Regierung antwortete mit der Zulassung freier und unabhängiger Gewerkschaften. Am 17. September 1980 gründete sich *Solidarność*.<sup>8</sup> Unter dem Ministerpräsidenten (1981–1985) und Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) (1981–1989) General Wojciech Jaruzelski hielten die Krisenerscheinungen an. Wachsender Druck der *Solidarność* mit ihrem populären Führer Lech Wałęsa, fortgesetzte Streiks, die zunehmende Paralyse des ökonomischen Systems und eine drohende militärische Intervention der UdSSR führten am 13. Dezember 1981 zur Ausrufung des Kriegsrechts. Ein „Militärrat der Nationalen Rettung“ unter Vorsitz Jaruzelskis übernahm die Kontrolle. Streiks wurden untersagt, Tausende interniert, betrieblicher Widerstand unterdrückt und die *Solidarność* am 8. Oktober 1982 aufgelöst. Am 31. Dezember 1982 wurde das Kriegsrecht ausgesetzt und am 21. Juli 1983 aufgehoben. Zwar wurden alle Internierten freigelassen, doch blieben Einschränkungen wie das *Solidarność*-Verbot bestehen. Wałęsa erhielt den Friedensnobelpreis, den er aufgrund eines Ausreiseverbots jedoch nicht annehmen konnte.<sup>9</sup> Die Entführung und Ermordung des Warschauer Priesters Jerzy Popiełuszko<sup>10</sup>

5 Vgl. L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 225.

6 Vgl. Jan Siedlarz, *Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945–1989*, Paderborn 1996.

7 Vgl. Ben Fowkes, *Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa*, Mainz 1994, S. 170–176.

8 Vgl. Timothy Garton Ash, *The Polish Revolution. Solidarity*, New York 1985; August Pradetto, *Techno-bürokratischer Sozialismus. Polen in der Ära Gierek (1970–1980)*, Frankfurt/M.–Bern–New York–Paris 1991; ders., *Bürokratische Anarchie. Der Niedergang des polnischen „Realsozialismus“*, Wien–Köln–Graz 1992.

9 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 177–178, 191.

10 Vgl. Leonid Luks, *Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945–1989. Die Anatomie einer Befreiung*, Köln–Weimar–Wien 1993.

1 Vgl. Steven Saxonberg, *The Fall. A Comparative Study of the End of Communism in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland*, Amsterdam 2001.

2 Vgl. Ivan T. Berend, *Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the periphery to the periphery*, Cambridge 1996, S. 222–253.

3 Ludger Kühnhardt, *Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang*, München 1994, S. 233–256, hier: S. 243, 250.

4 Vgl. I. T. Berend (Anm. 2), S. 254–266.

durch den Staatssicherheitsdienst am 19. Oktober 1984 löste neue Demonstrationen aus. Ministerpräsident Zbigniew Messner konnte die Krise nicht überwinden. Seine marktorientierte Reform wurde durch ein Referendum im November 1987 abgelehnt.<sup>11</sup> Im August 1988 brachen erneut landesweite Streiks aus, die erst eingestellt wurden, nachdem die Wiederzulassung der Solidarność zugesichert worden war.

Von Februar bis April 1989 fanden am „Runden Tisch“ Gespräche zwischen der neuen Regierung Mieczyslaw Rakowski (1989–1990),<sup>12</sup> Kirche und Opposition statt, an dem die Kommunisten die Macht teilen und dann abgeben mussten. Die Kapitulation der PVAP<sup>13</sup> führte zur Legalisierung von Solidarność und der Bildung einer zweiten Parlamentskammer. Im Juni 1989 fanden halbfreie Parlamentswahlen statt. Sie führten zu einem großen Sieg der Opposition: Das Bürgerkomitee Solidarność bildete mit der Vereinigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei eine Koalition.<sup>14</sup> Am 24. August 1989 wurde der katholische Publizist Tadeusz Mazowiecki als Nachfolger des Generals Czeslaw Kiszczak erster nichtkommunistischer Regierungschef in Osteuropa seit vierzig Jahren.

Am 6. November 1989 schlug das ZK der PVAP vor, die Begriffe „Diktatur des Proletariats“ und „proletarischer Internationalismus“ zu eliminieren und die parlamentarische Demokratie als Staatsform zu etablieren. Parallel konstituierten sich neue Parteien. Antisowjetische Gewaltakte nahmen zu. Am 29. Dezember wurde die „führende Rolle“ der PVAP bei einer Gegenstimme aus der Verfassung gestrichen und die Staatsbezeichnung „Republik“ eingeführt. Im Januar 1990 löste sich die PVAP auf. Teile ihrer Mitglieder gründeten die „Sozialdemokratie der Republik Polen“ (SdRP). Im Mai folgten freie Kommunalwahlen. Am 7. Dezember 1990 wurde Wałęsa zum Staatspräsidenten gewählt.<sup>15</sup> Die Begriffe „links“ und

11 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 192.

12 Vgl. Mieczyslaw F. Rakowski, Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks, Hamburg 1995.

13 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 193.

14 Vgl. Jerzy Maćków, Polen im Umbruch: Die Wahlen 1989. Politische Hintergründe, Verlauf, Analyse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 20 (1989) 4, S. 561–580.

15 Vgl. Jerzy Maćków, Polens Weg zur Dritten Republik, in: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden 1992, S. 69–101, hier: S. 73–78, 84–85; Jan Sokol, Ostmitteleuropa: ein Prüffeld demokratischer Institutionen, in: ebd., S. 131–138, hier: S. 131; Helga Hirsch, Der problematische Rollenwechsel. Macht, Parteien und Po-

„rechts“ blieben unklar,<sup>16</sup> wodurch die Entstehung eines bipolaren Parteienspektrums erschwert wurde. Unter Mazowiecki herrschte noch relative Einmütigkeit: Die Reformen wurden allseits unterstützt. Der Zusammenhalt schwand, und Solidarność spaltete sich.<sup>17</sup>

Dem raschen Systemwechsel 1989 folgte in den neunziger Jahren ein lang anhaltender Systemwandel ohne durchgreifende Erfolge. Es blieb das Dauerproblem ökonomischer Reformen.<sup>18</sup> Weil Staats- und Ministerpräsident mit ähnlichen Kompetenzen ausgestattet waren, agierten quasi zwei Regierungen. Das Zweikammersystem mit Sejm (Volksvertretung) und Senat (Oberhaus) schuf eine „Institutionenkonkurrenz“<sup>19</sup>. Aufgrund der Instabilität und der Unbeweglichkeit des politischen Systems trat eine wirtschaftliche Besserung nur äußerst schleppend ein.<sup>20</sup> Der neue Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki (1991) hielt zwar am Reformkurs fest, doch Unbeholfenheit und Untätigkeit der Bürokratie wie die ökonomische Systemkrise blieben bestehen.<sup>21</sup> Solidarność verlor infolge ihrer Einbindung in die Regierungspolitik an Ansehen und Einfluss.

Die ersten freien und demokratischen Parlamentswahlen am 27. Oktober 1991 – die letzten in einem ehemaligen sowjetsozialistischen Staat Europas<sup>22</sup> – brachten bei einer Beteiligung von 43,2 % keine klare Mehrheit. 29 Parteien und Gruppierungen zogen in den Sejm ein. Die verspätete Wahl und

litik in Polen 1989–1992, in: Margarditsch A. Hatschikjan/Peter R. Weilemann (Hrsg.), Parteienlandschaften in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien 1989–1992, Paderborn u. a. 1994, S. 41–81.

16 Vgl. Edmund Wnuk-Lipiński, Polnische Paradoxien, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (ebd.), S. 116–121, hier: S. 119.

17 Vgl. Andrzej Rychard, Zur Ungleichzeitigkeit wirtschaftlicher und politischer Reformen, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 122–124, hier: S. 122 f.

18 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 191; Siegfried Baske (Hrsg.), Polen im Übergang zu den 90er Jahren, Berlin 1992; Erwin Oberländer (Hrsg.), Polen nach dem Kommunismus, Stuttgart 1993; Holger Burmeister, Politische Partizipation als Element der Transformationsprozesse in Polen (1989–1991), Frankfurt/M.–Bern–New York–Paris 1995.

19 Jacek Kurczewski, Parlamentarismus des polnischen Adlers, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 109–115, hier S. 111–113.

20 Vgl. J. Maćków (Anm. 15), S. 69–101, hier: S. 95; Włodzimierz Borodziej, Polen zwölf Jahre nach 1918, nach 1945 und nach 1989: drei disparate Bilanzen, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Nach der Diktatur. Demokratische Umbrüche in Europa – zwölf Jahre später, Köln–Weimar–Wien 2003, S. 35–51, hier: S. 47.

21 Vgl. Jan Lityński, Politik zwischen Versprechungen und Verantwortung, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 102–108, hier: S. 106.

22 Vgl. J. Maćków (Anm. 15), S. 69.

die komplexe Parteienkonstellation bremsten das Reformtempo. Demokratische Union (DU), Solidarność und die Bürgerallianz Zentrum (POC) zählten zu den Verlierern, das postkommunistische Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), die nationale Katholische Wahlaktion (WAK) und die eher antireformerische Konföderation des Unabhängigen Polens (KPN) zu den Gewinnern. Das Ergebnis spiegelte die Unentschiedenheit zwischen Systemreform und Rückkehr zum alten Regime. Ministerpräsident einer Mehrparteienkoalition wurde Jan Olszewski, der einerseits die marktwirtschaftlichen Reformen des Finanzministers Leszek Balcerowicz zu mildern, andererseits die Beseitigung des alten Staatsapparats einzuleiten versuchte.<sup>23</sup> Nach Olszewskis Abberufung im Juni 1992 wurde Hanna Suchocka (Demokratische Union) im Juli Ministerpräsidentin einer Koalition von sieben aus der Solidarność hervorgegangenen Parteien.<sup>24</sup>

Ein Regierungsprogramm zur „Allgemeinen Privatisierung“ von circa 600 Staatsbetrieben mit der Ausgabe von Volksaktien wurde im April 1993 vom Sejm gebilligt. Nach einem Misstrauensantrag der Solidarność-Fraktion gegen die Regierung Suchocka erklärte diese im Mai 1993 ihren Rücktritt. Die Wahlen vom September gewannen ein Linksbündnis und die Polnische Bauernpartei. Der neue Ministerpräsident Waldemar Pawlak trat aufgrund von Differenzen mit Wałęsa und infolge eines erneuten Misstrauensantrags bald zurück. Sein Nachfolger Józef Oleksy (SRP) gab auf, nachdem gegen ihn der Verdacht der Spionage für den sowjetischen Geheimdienst aufkam. Der neue Ministerpräsident Włodzimierz Cimoszewicz führte ein Koalitionskabinetts aus Linksbündnis und Bauernpartei an. Bei der Präsidentenwahl im November 1995 setzte sich der Vertreter der Linksallianz Aleksander Kwaśniewski gegen Wałęsa durch, sah sich jedoch nach der Parlamentswahl vom 21. September 1997 im Sejm einer konservativ-liberalen Mehrheit gegenüber.

Außenpolitisch orientierte sich Polen nach Westen. Die im Osten Deutschlands stationierten 300 000 Sowjetsoldaten erzeugten Unsicherheit.<sup>25</sup> Im November 1990 wurde der Deutsch-Polnische Grenzvertrag unterzeichnet, der die Oder-Neiße-Linie als definitive Grenze bestimmte. Im Juni 1991 folgte ein Nachbarschaftsvertrag mit der

Bundesrepublik.<sup>26</sup> Eine Aktivierung der Nachbarschaftspolitik führte zur Beteiligung an der Visegrad-Gruppe (gemeinsam mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn). 1991 trat Polen dem Europarat bei und schloss ein EG-Assoziationsabkommen. 1994 stellte es den EU-Beitrittsantrag<sup>27</sup> und wurde 1999 NATO-Mitglied. Im Mai 2004 folgte der EU-Beitritt.

---

## Ungarn: rasche, stille und paktierte Revolution

---

Nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand 1956 wurde Janos Kádár, gestützt auf die Rote Armee, Erster Sekretär des ZK der neu begründeten Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP). Er leitete zunächst eine scharfe Verfolgungswelle ein. Ab 1962/63 setzte ein Kurs der inneren Versöhnung mit dem Ziel der Integration in die „sozialistische Staatengemeinschaft“,<sup>28</sup> eine Politik der „erfolgreichen Depolitisation und der gelegentlichen Zugeständnisse“<sup>29</sup> ein. Unter Gewährung wirtschaftlicher Eigeninitiativen verbesserte sich in den siebziger Jahren die sozioökonomische Lage. Es kam auch zu einer geistig-kulturellen Liberalisierung mit entpolitizierender konsumtiver Wirkung und dezentralisiertem und pseudopluralistischem Profil („Gulaschkommunismus“). Das reformierte Wirtschaftssystem avancierte zum erfolgreichsten der Comecon-Länder.<sup>30</sup>

Bereits vor Gorbatschows Amtsantritt existierten in Ungarn reformkommunistische Bestrebungen. Sie führten zur Anpassung der Preispolitik an das Weltmarktniveau (1980), zur Aufnahme des Landes in den Internationalen Währungsfonds und die

26 Vgl. Jan-Pieter Barbian/Marek Zybur (Hrsg.), *Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1999.

27 Vgl. Zbigniew Czachór, *Ist Polen reif für die Europäische Union?* (ZEI discussion paper C 24), Bonn 1998.

28 Heiner Timmermann (Hrsg.), *Ungarn nach 1945*, Saarbrücken 1990; vgl. I. Berend (Anm. 2), S. 267–277; Péter Tölgyessy, *Die „ausgehandelte“ Revolution zwischen Apathie und Zivilgesellschaft*, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 33–45, hier: S. 33.

29 László J. Kiss, *Warum scheiterte der „Gulaschkommunismus“? Eine Anatomie des Kádárismus*, in: Jürgen Elvert/Michael Salewski (Hrsg.), *Der Umbruch in Osteuropa*, Stuttgart 1993, S. 121–133, hier: S. 121 f.

30 Vgl. ebd., S. 123–124, 129–130; György Dalos, *Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn*, Bremen 1986; ders., *Vom roten Stern zur Stephanskronen. Essays*, Frankfurt/M. 1997; P. Tölgyessy (Anm. 28), S. 34–36.

23 Vgl. ebd., S. 96–101; J. Lityński (Anm. 21), S. 105.

24 Vgl. L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 227; ebenso J. Kurczewski (Anm. 19), S. 109.

25 Vgl. Edmund Wnuk-Lipiński, *Polnische Paradoxien*, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 116–121, hier: S. 118.

Weltbank (1982), zur Gründung einer ungarisch-dänischen Joint Venture (1984) und zur Reform des Bankwesens (1987). Unter Ministerpräsident Károly Grósz kam es zu einer Steuerreform und zur Öffnung des politischen Systems. Parallel zur Reformpolitik von oben entwickelte sich die Reformbewegung von unten.<sup>31</sup> Aufgrund der schrittweisen Reformen seit 1987/88 konnte der Transformationsprozess zwischen Regime und Opposition paktiert, der Systemwechsel friedlich und rasch durchgeführt, gesetzlich und verfassungsmäßig mit Menschenrechten, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit abgesichert sowie daraus entstehende wirtschaftliche Probleme reduziert werden. Der Weg zu einer „gemischten Ökonomie“ aus Plan- und Marktwirtschaft wurde durch Rezső Nyers, dem Reformler und Staatsminister der ersten postkadaristischen Regierung, geebnet.<sup>32</sup> Nach dem erzwungenen Rücktritt Kádárs als Generalsekretär der USAP am 22. Mai 1988 übernahm Grósz die Parteiführung, musste jedoch aufgrund seiner mangelnden Reformbereitschaft sein Amt an Miklós Németh abtreten.<sup>33</sup>

Bereits am 27. September 1987 war das Ungarische Demokratische Forum (UDF) gegründet worden. Weitere Parteien entstanden: der Bund der Freien Demokraten (BFD) am 13., die Partei der Kleinen Landwirte (FKgP) am 18. November 1988 und die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) am 11. Mai 1989. Im Januar 1989 verzichtete die USAP auf ihre Führungsrolle in Staat und Gesellschaft. Ihre Machtstellung war vorher bereits gebrochen.<sup>34</sup> Der Oppositionelle Runde Tisch löste das Regime ab. Der Nationale Runde Tisch führte Opposition und Kommunisten zusammen, um am 18. September 1989 die Republik zu proklamieren sowie die gesetzlichen Grundlagen für ein Mehrparteiensystem zu schaffen. Der Kompromiss ermöglichte die Direktwahl eines interimistischen Präsidenten, des Reformsozialisten Imre Pozsgay.<sup>35</sup>

Neue Institutionen waren Ausdruck der Transition. Am 13. Juni 1989 begannen Verhandlungen am Nationalen Runden Tisch über Verfassungsänderungen, die ein Verfassungsgericht, einen Rechnungshof, eine Nationalbank sowie ein Wahlgesetz

hervorbrachten.<sup>36</sup> Die Legalisierung der Demokratie erfolgte durch Elitenübereinkünfte.<sup>37</sup> Der Übergang zum Verfassungsstaat verlief auf parlamentarischem Wege so geräuschlos, dass von einer „stillen Revolution“ gesprochen wird. Am 16. Juni 1988 war es zu einer verbotenen Demonstration zum Gedächtnis des 1958 hingerichteten Imre Nagy gekommen.<sup>38</sup> Parallel zum politischen Wandel vollzog sich die offizielle Revision des Geschichtsbildes von 1956.<sup>39</sup> Das Verhältnis der USAP zur sowjetischen Intervention stellte sich neu.<sup>40</sup> Sie bekannte sich im Februar 1989 zum Mehrparteiensystem, verzichtete im April auf den demokratischen Zentralismus, schaffte im Mai das System der Nomenklatura ab, rehabilitierte im Juni die 1956er Revolutionäre, gestattete das Begräbnis von Nagy als Staatsakt und unterzeichnete am 13. September mit der Opposition eine Vereinbarung über freie Parlamentswahlen. Die USAP trug damit selbst zu ihrer Delegitimierung bei.<sup>41</sup>

Vor dem Hintergrund des zerfallenden Ostblocks orientierte sich Ungarn stärker nach Westen. Ab 2. Mai 1989 setzte der Abbau der Sperranlagen an der Grenze zu Österreich ein. Am 27. Juni folgte die symbolische Öffnung des Eisernen Vorhangs durch die Außenminister Ungarns und Österreichs, Gyula Horn und Alois Mock, die vor laufenden Kameras den Zaun durchschnitten. Das Bild wurde zur Ikone des ausklingenden Kalten Kriegs. Die Vorgänge führten im Sommer und im Frühherbst 1989 zur Fluchtwelle von DDR-Bürgern. Horn ließ am 10./11. September 1989 offiziell die Grenze zur freien Ausreise öffnen, was binnen weniger Stunden rund 12 000 Ostdeutschen die Ausreise ermöglichte und den politischen Zusammenbruch der DDR einleitete.<sup>42</sup>

Nach der Selbstauflösung der USAP am 7./8. Oktober 1989 entstand die Ungarische Sozialdemokratische Partei (USP) unter Vorsitz von Nyers. Am 23. Oktober erfolgte die Namensänderung zur „Republik Ungarn“. Am 10. März 1990 wurde der vollständige Abzug der sowjetischen Truppen ver-

31 Vgl. Sándor Kurtán (Hrsg.), Vor der Wende. Politisches System, Gesellschaft und Reformen im Ungarn der achtziger Jahre, Wien-Köln-Graz 1993; P. Tölgyessy (Anm. 28), S. 37.

32 Vgl. I. Berend (Anm. 2), S. 321–322.

33 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 195.

34 Vgl. P. Tölgyessy (Anm. 28), S. 38.

35 Vgl. Imre Kónya, Oppositionelle und Reformler, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 46–54, hier: S. 50–52.

36 Vgl. P. Tölgyessy (Anm. 28), S. 43; I. Kónya (Anm. 35), S. 46 f., 53.

37 Vgl. Imre Pozsgay, Geschichte: Eine Frage der Perspektive, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 55–62, hier: S. 59.

38 Vgl. Attila Rácz, Verfassungsrechtliche Veränderungen und die Durchsetzung des Parlamentarismus in Ungarn, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 55–62, hier: S. 63–68; B. Fowkes (Anm. 7), S. 196.

39 Vgl. L. Kiss (Anm. 29), S. 133.

40 Vgl. I. Pozsgay (Anm. 37), S. 57.

41 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 196.

42 Vgl. Andreas Oplatka, Der Eiserner Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter, Zürich 1990.

einbart, der am 17. Juni 1991 beendet war. Die ersten freien Wahlen seit 1947 fanden im März und April 1990 mit 65 bzw. 44 Prozent Beteiligung statt. Das UDF gewann mit 47,7 Prozent der Stimmen und erhielt 164 Abgeordnete. Ministerpräsident einer Koalitionsregierung von UDF, FKgP und KDNP wurde am 23. Mai der Christdemokrat Jozsef Antall (UDF), der am 21. Dezember von Péter Boross abgelöst wurde. Am 2. März 1990 wählte das Parlament den Liberalen Arpad Göncz (BFD) zu seinem Präsidenten und am 3. August zum Staatspräsidenten.<sup>43</sup>

Neben einem Minderheitengesetz vom 7. Juli 1993 wurde ab 1994 auf gemeindepolitischer und gesamtstaatlicher Ebene ein Selbstverwaltungssystem für nationale und ethnische Minoritäten eingerichtet.<sup>44</sup> Bei der Parlamentswahl im Mai 1994 gewann die oppositionelle USP die absolute Mehrheit, gefolgt vom BFD, während das UDF auf den dritten Platz abrutschte. Eine Koalition aus sozialistischen und liberalen Politikern (USP und BFD) machte Horn (USP) am 15. Juli 1994 zum Ministerpräsidenten, der eine Phase der innenpolitischen Beruhigung und der wirtschaftlichen Stabilisierung einleitete. Die Gesellschaft teilte sich in bürgerliche und postkommunistische Kräfte, Menschen mit zwei Vergangenheiten, zwei Wertesystemen und zwei Zukunftsbildern. Die Wirtschaftsleistung erfuhr im Vergleich zu den Vorwendezeiten eine erhebliche Steigerung.<sup>45</sup> Obwohl die Marktwirtschaft funktionierte, verschlechterten sich die Lebensverhältnisse für viele.<sup>46</sup>

Parallel zur innenpolitischen Entwicklung erfolgte eine institutionelle West- und Europaorientierung.<sup>47</sup> 1990 wurde Ungarn in den Europarat aufgenommen, 1991 schloss es Assoziierungsabkommen mit der EG und 1992 den ungarisch-deutschen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Außenpolitisch war Ungarn bestrebt, die aufgrund von Minderheitenproblemen belasteten Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu ver-

43 Vgl. András Körösnéyi, Relative Stabilität, strukturelle Dilemmata. Parteien, Eliten, Gesellschaft und Politik in Ungarn 1989–1992, in: M. Hatschikjan/P. Weilemann (Anm. 15), S. 11–39.

44 Vgl. Jozsef Bayer/Rainer Deppe (Hrsg.), Der Schock der Freiheit. Ungarn auf dem Weg in die Demokratie, Frankfurt/M. 1993.

45 Vgl. Mária Schmidt, Ungarn zwölf Jahre nach 1918, nach 1945 und nach 1989, in: H.-J. Veen (Anm. 20), S. 85–99, hier: S. 97–98.

46 Vgl. Tibor Dömötörfi, Drei historische Umbrüche und die ungarische Gesellschaft, in: H.-J. Veen (Anm. 20), S. 101–110, hier: S. 107.

47 Vgl. Gabor Erdödy, Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns (ZEI discussion paper C 2), Bonn 1998.

bessern, was durch einen Grundlagenvertrag mit der Ukraine 1992, mit der Slowakischen Republik und Kroatien 1995 gelang. 1994 trat Ungarn dem Partnerschaftsprogramm (PIP) der NATO bei, und 1997 wurde das Beitrittsprotokoll für den NATO-Beitritt 1999 unterzeichnet. Nach dem Antrag auf Vollmitgliedschaft 1994 begannen 1998 Beitrittsverhandlungen, die am 1. Mai 2004 zur Aufnahme Ungarns in die EU führten.<sup>48</sup>

---

## DDR: Revolution nach Dienstschluss mit gesamtstaatlicher Einheit

---

Ab Mitte der achtziger Jahre sah sich das SED-Regime im Zuge des KSZE-Nachfolgeprozesses und internationalen und inneren Drucks zu Zugeständnissen an Regimekritiker gezwungen. Durch Beschluss des Staatsrats wurde 1987 die Todesstrafe abgeschafft. Ein Gesetz ermöglichte 1988 die gerichtliche Nachprüfung von bestimmten Verwaltungsentscheidungen. Diese Konzessionen reichten jedoch nicht mehr aus. Der „Gorbis-Effekt“ und die Verweigerung durchgreifender Reformen stimulierten den Widerstand. Systemdefizite wurden immer deutlicher.<sup>49</sup>

Die gesellschaftlichen Spannungen verstärkten sich. Im Mai 1989 wiesen Bürgerrechtler massive Fälschungen bei der Kommunalwahl nach.<sup>50</sup> Die Unzufriedenheit mit dem sozialistischen Alltag, der wirtschaftliche Niedergang und der Unmut gegen zusätzliche Beschränkungen der Reisefreiheit zählten zu den Auslösern des Protests, der sich zu einer breiten und gewaltlosen Bewegung auswuchs. Neue Parteien und demokratische Organisationen bildeten sich: Demokratie Jetzt am 12., das Neue Forum am 19. September, der Demokratische Aufbruch am 2. und die Sozialdemokratische Partei der DDR am 7. Oktober 1989. Bestärkt durch die Veränderungen in den sozialistischen Nachbarstaaten führten Massendemonstrationen zur Demontage der SED.

Vorentscheidend war die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger sowie der Exodus zehntausender DDR-Flüchtlinge über Ungarn und die ČSSR, die ihre Ausreise in die

48 Vgl. Alexander Petsche, Der Weg Ungarns in die Europäische Union, Frankfurt/M.–Bern–New York–Paris 1997.

49 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 197f.

50 Vgl. Richard Schröder, Repräsentationsauffassungen und Parlamentarisierung in der DDR: Quellen, Formen und Folgen, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 145–161, hier: S. 146.

Bundesrepublik erzwangen. Flankiert wurden diese Vorgänge durch den disziplinierten Massenprotest bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Städten. Die „Urlaubsrevolution“ außerhalb war begleitet von der „Feierabendrevolution“ innerhalb der DDR.<sup>51</sup> Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung in Berlin am 8. und 9. Oktober 1989 waren gekennzeichnet von vehementen Protestaktionen und brutalem Polizeieinsatz. Erich Honecker trat am 18. Oktober zurück. Sein Nachfolger Egon Krenz kündigte eine „Wende“ an; es gelang jedoch keine Stabilisierung der Verhältnisse. Am 23. Oktober demonstrierten in Leipzig 250 000, am 4. November auf dem Alexanderplatz in Berlin 500 000 Menschen. Die Staatssicherheit war nicht mehr in der Lage, die Proteste einzudämmen. Am 7. November trat die Regierung Stoph zurück.

Die Maueröffnung am 9. November bedeutete die „unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates“.<sup>52</sup> Sie führte zwar zu einer Entlastung des massiv unter Druck geratenen Regimes, nahm aber gleichzeitig die staatliche Einheit mit der Bundesrepublik vorweg. Der Ruf nach Bürgerrechten und freien Wahlen sowie die Forderung nach Auflösung des SED-Regimes („Wir sind das Volk“) wurden nach dem 9. November von den Leitsprüchen „Deutschland einig Vaterland“ und „Wir sind ein Volk“ abgelöst. Die politischen Forderungen wurden zunehmend von nationalen Motiven überlagert – eine Parallele zum 17. Juni 1953. Weder die seit dem 13. November amtierende Übergangsregierung unter Hans Modrow noch die vorsichtig agierende Regierung in Bonn konnten sich der nationalen Sogwirkung entziehen. Bundeskanzler Helmut Kohl schlug am 28. November in einem „Zehn-Punkte-Plan“ eine Konföderation vor, die in zehn bis 15 Jahren die Wiedervereinigung ermöglichen sollte.<sup>53</sup> Doch die Initiative zur deutschen Einheit ging von den Menschen im Osten aus, die Umsetzung erfolgte durch die Politik der Bundesrepublik.

Am 3. Dezember 1989 trat das ZK der SED geschlossen zurück. Zwölf Mitglieder (u. a. Honecker und Stoph) wurden aus der Partei ausgeschlossen, vier wegen Amtsmissbrauchs verhaftet. Drei Tage später erklärte Krenz seinen Rücktritt als Staatsratsvorsitzender. Die Blockparteien

beendeten ihre Mitarbeit in der Nationalen Front. Auf einem Sonderparteitag der Ost-CDU sprach sich ihr Vorsitzender Lothar de Maizière gegen den Sozialismus und für die deutsche Einheit aus. Zur selben Zeit benannte sich die SED unter ihrem neuen Vorsitzenden Gregor Gysi zur Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) um. Der seit Dezember tagende Zentrale Runde Tisch in Berlin förderte unter Moderation der Evangelischen und Katholischen Kirche den friedlichen Übergang.<sup>54</sup> Die führende Rolle der SED wurde aus der Verfassung gestrichen, das Verbot von Privateigentum an ausgewählten Produktionsmitteln aufgehoben sowie ein Bündel von Gesetzen zur Demokratisierung und Einführung freier Wahlen erlassen, die zur ersten frei gewählten Volkskammer führten und den raschen Beitritt zur Bundesrepublik und zum Grundgesetz gestatteten. Die Wahl vom 18. März 1990 brachte einen überraschend klaren Sieg der konservativen Allianz für Deutschland aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch (48,1 Prozent), während die SPD nur 21,8 Prozent und die PDS 16,3 Prozent erzielten. Die Koalitionsregierung unter Ministerpräsident de Maizière verfolgte das Ziel eines föderativen Staatsaufbaus und der raschen deutschen Einheit auf der Basis von Artikel 23 des Grundgesetzes.

Die am 1. Juli 1990 in Kraft getretene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion laut Staatsvertrag vom 18. Mai war der erste Schritt zur Implementierung der Marktwirtschaft und der politischen Einigung. Die Gründung der Treuhandanstalt wurde von den Ostdeutschen jedoch rasch als Inbegriff des Kapitalismus erfahren,<sup>55</sup> begünstigte sie doch den Ausverkauf der DDR-Wirtschaft und führte ihren raschen Zusammenbruch herbei. Die Volkskammer erklärte am 23. August den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, was im Einigungsvertrag vom 31. August besiegelt wurde. Am 3. Oktober 1990 vollzog sich die staatliche Einheit.

Die Ablehnung der Staats- und Regierungschefs der EG wich allmählicher Akzeptanz, die ihren Ausdruck im Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland am 12. September 1990 fand. Die UdSSR, die noch im Frühjahr die Neutralität Deutschlands angestrebt hatte, gab ihren Widerstand gegen eine Einbeziehung des ehemaligen DDR-Territoriums

51 Vgl. L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 260; R. Schröder (Anm. 50), S. 146–147.

52 Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen–Wiesbaden 1992.

53 Vgl. Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 54–58.

54 Vgl. Rolf-Dieter Günther, Die Öffentlichkeitsfunktion des Zentralen Runden Tisches der DDR, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 162–169, hier: S. 165–167.

55 Vgl. L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 265; R. Schröder (Anm. 50), S. 147.

in den NATO-Geltungsbereich auf.<sup>56</sup> Es folgte die Suspendierungserklärung der Alliierten bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzes vom 1. Oktober 1990 und der Deutsch-Polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990. Der äußeren Einigung im Kontext der europäischen Integration stand der weit beschwerlichere Weg zur inneren Einheit gegenüber. Erst in den Folgejahren sollte deutlich werden, welche Verwerfungen die Jahrzehnte der Teilung angerichtet hatten. In der öffentlichen Debatte überwogen die „Kosten der Einheit“ ihre Vorteile.

---

## ČSSR: sanfte Revolution mit staatlicher Sezession

---

Im Zuge der KSZE-Schlussakte entwickelte sich in der ČSSR die insbesondere von Tschechen getragene Bürgerrechtsbewegung Charta 77. In der Slowakei blieb sie ohne größeren Widerhall. Ihre Sprecher waren Jiri Hájek und Václav Havel. Das Regime unter Gustav Husák reagierte mit Verhaftungen. Den Reformkurs von Gorbatschow lehnte die KPČ unter Generalsekretär Milos Jakeš ab. Im Oktober 1988 trat Ministerpräsident Lubomir Štrougal zurück. Reformversuche von oben blieben wirkungslos.<sup>57</sup>

Seit Ende Oktober 1989 kam es in Prag und Brünn zu Demonstrationen. Höhepunkt war die Kundgebung am 17. November 1989 zum Gedenken des 50. Jahrestages der Ermordung des Prager Studenten Jan Opletal durch die Nationalsozialisten, bei der die Freilassung politischer Gefangener, die Entlassung Jakeš' und ein Ende der kommunistischen Herrschaft gefordert wurden. Die Polizei knüppelte die Kundgebung nieder. Dies steigerte die Studentendemonstration zum Massenprotest, was zum Generalstreik und schließlich zum Einlenken der Regierung führte. Am 19. November sprach sich das ZK der KPČ für den „Dialog“ aus. Die „sanfte“ oder „samtene Revolution“ bewirkte die rasche Umgestaltung des politischen Systems.<sup>58</sup> Die Revo-

lution in der ČSSR, so manche Beobachter, sei eine Art Volksfest und dann ein „Umsturz als Beginn einer langfristigen, komplizierten, sogar schmerzhaften Transformationsperiode“ gewesen.<sup>59</sup>

Das am 19. November 1989 gegründete Bürgerforum (OF) mit Vertretern der Charta 77 um Havel und die slowakische Partnervereinigung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN) wurden zu Plattformen der demokratischen Protestbewegung. Am 20. November trat das Politbüro, am 24. November das gesamte ZK mit Jakeš zurück. Das OF begann mit dem als „Reformer“ geltenden Ladislav Adamec (KPČ), dem Ministerpräsidenten der Föderalregierung, zu verhandeln, der versprach, weder Gewalt anzuwenden noch den Ausnahmezustand zu verhängen. Sein Vorschlag vom 3. Dezember einer Regierungszusammensetzung von Kommunisten und Vertretern der Opposition im Verhältnis von 15:5 wurde abgelehnt. OF und VPN forderten Neuwahlen bis Juli 1990. Unter dem Druck der Öffentlichkeit trat Adamec am 7. Dezember zurück. Die Machtbasis der KPČ zerfiel. Der Reformkommunist Máriaň Čalfa formte am 10. Dezember als Ministerpräsident erstmals eine nichtkommunistisch dominierte Koalitionsregierung der „nationalen Verständigung“. Nach der Reorganisation der nationalen Regierungen ging die Verantwortung auf das OF über. Während die Legislative unangetastet blieb, kam es im Bereich der Exekutive zu Veränderungen. Kompromittierten Abgeordneten wurden ihre Mandate entzogen, führende KPČler wie Jakeš, Jan Fojtík oder Vasil Bilák von ihren Funktionen entbunden. Am 29. Dezember strich das Parlament den Führungsanspruch der KPČ aus der Verfassung. OF-Sprecher Havel wurde nach dem Rücktritt von Staatspräsident Husák am gleichen Tag vom Parlament einstimmig zu dessen Nachfolger gewählt.<sup>60</sup> Alexander Dubček war am 28. November 1989 zum Parlamentspräsidenten gewählt worden.

Der Prager Runde Tisch beschloss Wahlen noch vor dem Juli 1990. Am 20. April folgte die Umwandlung der ČSSR in einen föderativen Staat und die Umbenennung in Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR), um die

56 Vgl. Valentin Falin, Politische Erinnerungen, München 1993, S. 482–500; Joachim Scholtyseck, Die Außenpolitik der DDR, München 2003, S. 128–134.

57 Vgl. Zdeněk Sládek, Der tschechoslowakische Realsozialismus. Seine Destabilisierung und sein Zusammenbruch, in: J. Elvert/M. Salewski (Anm. 29), S. 108–120, hier: S. 111–113, 119; Vilém Prečan, Charta 77 (1977–1989). Od morální k demokrácké revoluci, Scheinfeld–Bratislava 1977.

58 Vom „Glanz des samtene Kitsches“ des November 1989 in der ČSSR, der inzwischen zur „Restauration“ umgedeutet wird, spricht Miroslav Kunštát, Die demokratischen Umbrüche und der Prager Frühling in der Tschechoslowakei –

jeweils zwölf Jahre später, in: H.-J. Veen (Anm. 20), S. 75–84, hier: S. 81–82; Magarditsch A. Hatschikjan, Von der „sanften Revolution“ zur „sanften Scheidung“. Politik, Parteien und die Wahlen in der CSFR 1989–1992, in: ders./P. Weilemann (Anm. 15), S. 83–126; Christiane Brenner, Der zweite Weg zur Revolution von 1989? Über die neuen Arbeiten Milan Otáhal, in: Bohemia, 36 (1995), S. 420–425.

59 Z. Sládek (Anm. 57), S. 120.

60 Vgl. Milan Otáhal, Die „samtene“ Revolution – ohne Alternative?, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 125–130, hier: S. 126–128.

Gleichberechtigung beider Volksgruppen zu betonen. Nach den freien Wahlen zum Bundsparlament (der Volks- und Nationenkammer) im Juni 1990 formten OF und VPN unter Vladimír Mečiar (Austritt am 6. März 1991) eine Koalition mit der slowakischen Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) aus dem tschechoslowakischen Wahlbündnis Christdemokratische Union (KDU). Die neue Regierung unter Čalfa (seit 1990 VPN) legte den Schwerpunkt auf Wirtschaftsreformen, Föderalisierung und kommunaler Selbstverwaltung. Wie in Polen kam es zur Zersplitterung der Oppositionsbewegung. Im März und April 1991 spalteten sich OF und VPN in verschiedene Parteien, darunter die Bewegung für die demokratische Slowakei (HZDS) unter Mečiar und die rechtsliberale Demokratische Bürgerunion.<sup>61</sup>

Mit der Selbstauflösung des Warschauer Pakts und des RGW (1991) orientierte sich die ČSFR nach Westeuropa.<sup>62</sup> Der Nachbarschaftsvertrag mit der Bundesrepublik am 27. Februar 1992 leitete die Normalisierung der Beziehungen ein. Es blieb bei der ethnischen Asymmetrie von neun Millionen Tschechen und vier Millionen Slowaken, während die 400 000 Ungarn, 500 000 Roma und Sinti sowie die polnischen, rumänischen und deutschen Minoritäten vergessen blieben. Der Kompetenzstreit zwischen Tschechen und Slowaken blockierte die rasche Lösung von Fragen der Wirtschaftsgesetzgebung. Durch Restitutionsforderungen wurde der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft belastet.<sup>63</sup>

Seit 1991 formierten sich in der Slowakei separatistische und nationalistische Gruppierungen. Bei den Wahlen im Juni 1992 siegte die HZDS. Mečiar wurde Ministerpräsident und forcierte die Unabhängigkeit. Mit dem neuen tschechischen Ministerpräsidenten Václav Klaus konnte er sich nicht auf die Weiterexistenz der ČSFR einigen. Die Slowakei, die bereits seit 1969 als sozialistische Republik „Autonomie“ besessen hatte, proklamierte am 17. Juli 1992 ihre Selbständigkeit. Daraufhin trat Havel als Staatspräsident der ČSFR am 20. Juli 1992 zurück. Ohne Volksabstimmung trat die Auflösung der Konföderation am 1. Januar 1993 in Kraft.<sup>64</sup> Obwohl die Slowakei bemüht war,

Anschluss an die westliche Staatengemeinschaft zu finden,<sup>65</sup> war ihr Ansehen durch innenpolitische Turbulenzen, die populistische Politik Mečiar und die schlechte Lage der ungarischen Minderheit beeinträchtigt. Im Zuge veränderter Konstellationen traten Tschechien und die Slowakei am 1. Mai 2004 der EU bei.

---

## Rumänien: verspätete und gewaltsame Revolution

---

Das rumänische Regime unter Nicolae Ceaușescu lehnte Gorbatschows Reformen kategorisch ab.<sup>66</sup> Gestützt auf den Geheimdienst Securitate hatte er seit den siebziger Jahren eine Diktatur mit Nepotismus und Personenkult aufgebaut. Außenpolitisch stilisierte sich Ceaușescu als Rebell im sozialistischen Lager und praktizierte einen Kurs der „Öffnung nach allen Seiten“. Die miserable ökonomische Lage, die neostalinistische Herrschaftspraxis und Menschenrechtsverletzungen steigerten den Unmut. Die Einebnung von ca. 7 000 Dörfern und die Umsiedlung von Rumäniendeutschen und -ungarn zur besseren Kontrolle, Landgewinnung und zum Aufbau von „Agrozentren“ führten zu internationaler Kritik. Regimekritiker formierten eine oppositionelle Bürgerbewegung.<sup>67</sup>

Studenten und Arbeiter protestierten am 15. November 1987 in Kronstadt. Das Regime schlug die Unruhen mit eiserner Faust nieder. Im Zuge der Umstürzbewegungen in Mittel- und Osteuropa lösten die von der ungarischen Minderheit getragenen und blutig erstickten Aufstände in Temesvar und Arad am 16./17. Dezember 1989 eine Massenerhebung aus. Ceaușescu wurde bei einer Kundgebung ausgepöflet und mit offenem Aufruhr bedroht. Große Teile der Armee stellten sich auf die Seite der Protestierenden. Am 21. Dezember kam es in Bukarest zu Straßenkämpfen mit der Securitate. Tags darauf wurde Ceaușescu von einer parteiinternen Gegenelite im Zuge

61 Vgl. Miroslav Kubin, Zur Überlast der untrainierten Demokratien, in: U. Thaysen/H. M. Kloth (Anm. 15), S. 139–144, hier S. 140.

62 Vgl. Franz X. Keilhofer, Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik, Stuttgart 1995.

63 Vgl. M. Kubin (Anm. 61), S. 141.

64 Vgl. Karl Peter Schwarz, Tschechen und Slowaken. Der lange Weg zur friedlichen Trennung, Wien 1993; Jirzi Musil (Hrsg.), The end of Czechoslovakia, Budapest–London–New York 1995.

65 Vgl. Peter Fleissner (Hrsg.), The Transformation of Slovakia. The Dynamics of Her Economy, Environment and Demography, Hamburg 1994; Werner Weidenfeld (Hrsg.), Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Strategien für Europa, Gütersloh 1996.

66 Vgl. Georges Castellan, Histoire de la Roumanie, Paris 1984; Ion Bulei, Kurze Geschichte Rumäniens, Bukarest 1998; Horst G. Klein/Katja Göring, Rumänische Landeskunde, Tübingen 1995; Ekkehard Völkl, Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Regensburg 1995.

67 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 201–202.

einer Palastrevolte gestürzt, mit seiner Frau Elena am 23. Dezember auf der Flucht verhaftet und am 25. Dezember in Târgoviște von einem Militärgericht verurteilt und hingerichtet. Als neue Regierung fungierte die Front der Nationalen Rettung (FSN), die am 26. Dezember den Putschistenführer und Reformkommunisten Ion Iliescu zum provisorischen Staatspräsidenten ernannte. Die Opfer der Aufstände beliefen sich auf über 1 000 Personen.<sup>68</sup>

Iliescu hob die Umsiedlungsgesetze auf und kündigte freie Wahlen an. Der Staat hieß fortan „Republik“. Ende 1989 wurde die Nationale Bauernpartei-Christdemokraten (PNTCD) neu begründet. Massenproteste und eine Resolution des Runden Tisches führten zur Einsetzung eines Provisorischen Rats der Nationalen Einheit mit 30 Parteien und Gruppierungen. Doch Kämpfe in Siebenbürgen zwischen Rumänen und Rumänen-ungarn im März sowie zwischen antikommunistischen Demonstranten und Sicherheitskräften im Juni 1990 verdeutlichten die explosive Lage. Im Mai wurde Iliescu als Kandidat der FSN zum Staatspräsidenten gewählt; die FSN wurde stärkste Fraktion im Parlament. Die neue Verfassung von 1991 bedeutete zwar die formelle Beseitigung der Diktatur; Politik und Ökonomie blieben aber weiter in Händen ex-kommunistischer Eliten, während die im Bündnis Demokratische Konvention zusammenschlossene Bürgeropposition unterdrückt wurde. Der Wechsel von Ministerpräsident Petre Roman zu Theodor Stolojan verdeutlichte die instabile Situation, die von ökonomischer Misere, politischen Gegensätzen und ethnischen Konflikten gekennzeichnet war.<sup>69</sup>

Am 24. Juni 1991 verurteilte das Parlament einstimmig die Annexion Bessarabiens durch die UdSSR (1940) und erkannte die Unabhängigkeit Moldawiens an (27. August). Im April 1992 spaltete sich die FSN. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Herbst 1992 gewann Iliescu. Die Regierung Nicolae Văcăroiu war mit einer rasanten Inflation konfrontiert, die 1993 ihren Höhepunkt erreichte. Von April bis Sommer 1995 folgten Streiks und Massendemonstrationen. Bei der Präsidentschaftswahl im November 1996 gewann der Kandidat der Demokratischen Konvention, Constantinescu, der erstmals nach 1989 demokratisch legitimierte Macht ausübte. Inge-

samt entsteht das Bild einer „unvollendeten Revolution zwischen Diktatur und Demokratie“.<sup>70</sup>

1993 unterzeichnete Rumänien ein EG-Assoziationsabkommen (in Kraft 1995). Es wurde Mitglied des PfP-Programms der NATO (1994) und des Europarats (1995). Am 15. Januar 2000 begannen EU-Beitrittsverhandlungen. 2004 wurde es Mitglied der NATO, 2007 soll die Aufnahme in die EU erfolgen.

---

## 1989 – eine Bilanz

---

Hintergründe und Folgen der Umsturzbewegungen in Mittel- und Osteuropa waren komplex; Gemeinsamkeiten in den Ursachen mischen sich mit Unterschieden der Merkmale, des Verlaufs und der Ergebnisse. Die sich abzeichnende Niederlage der UdSSR in Afghanistan, die Entlassung der alten Garde Breschnews, der ideologische Erosionsprozess, das Entstehen von Schattenwirtschaften, die verstärkte Integration Mittel- und Osteuropas in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem mit Zunahme des Handels und der Auslandsschulden, die Unmöglichkeit, die von der „dritten industriellen Revolution“ ausgehenden Innovationen der Mikroelektronik nachzuvollziehen sowie das Anwachsen einer Zivilgesellschaft führten zu einem Problemstau, der sich in politischen Umstürzen äußerte.<sup>71</sup>

Eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschieden fallen auf. Ohne Gorbatschows Politik, die mit der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität gebrochen hatte, wären die Umsturzbewegungen nicht möglich gewesen. Gorbatschow war Motor des Wandels, wenngleich er diesen weder steuern konnte noch dessen Resultate beabsichtigt hatte. Die deutsche Einigung, das Ende der Sowjetunion und die NATO-Mitgliedschaft der ehemaligen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa sind Beispiele für die unbeabsichtigten Wirkungen seiner Politik. Angesichts notwendiger Reformen stellte sich für die Sowjetunion und ihre Satelliten die Frage ihrer Existenzfähigkeit und Überlebensmöglichkeit. 1989 zeigte sich die Wettbewerbsunfähigkeit der gestürzten Regime und der Unabhängigkeitswille der beherrschten Völker.

68 Vgl. I. Berend (Anm. 2), S. 285–287.

69 Vgl. Richard Wagner, Sonderweg Rumänien. Bericht aus einem Entwicklungsland, Berlin 1992.

70 Anneli Ute Gabanyi, Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, München 1990.

71 Vgl. B. Fowkes (Anm. 7), S. 183–190.

Die Ereignisse von 1989 sind im historischen Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 in der DDR, dem polnischen Oktober und dem Ungarn-Aufstand 1956, dem Prager Frühling 1968 und der polnischen Gewerkschaftsbewegung seit 1981 zu sehen. Die unterschiedliche vorrevolutionäre Erfahrung und das gemeinsame kollektive Erlebnis der Niederwerfung der Volksbewegungen durch den sowjetischen Totalitarismus prägten in den geschilderten Umbruchszeiten sowohl das Handeln der Opposition als auch das Reagieren der Regime. In Rumänien vollzog sich die Preisgabe der kommunistischen Staatsmacht nicht gewaltfrei. Eine echte Chance auf Regeneration der sozialistischen Einparteiensysteme und Kommandowirtschaften gab es nicht. Die kommunistischen Diktaturen waren von „Selbsterneuerungs-unfähigkeit“ gekennzeichnet: Mit den permanenten Systemdefiziten waren mittelfristig Systemkrisen und langfristig Systemzerfall verbunden.<sup>72</sup>

Timothy Garton Ash hat auf Polen und Ungarn bezogen von „Refolutionen“ gesprochen, einem Mischungsverhältnis von „Revolutionen“ als Druck der Straße („von unten“) und „Reformen“ der Systeme („von oben“). Pointierter nannte er den Zusammenbruch der DDR eine Kombination „aus gesundem Menschenverstand und Schlampelei der neuen Parteiführung“<sup>73</sup>. Daneben agierte das Fernsehen als Produzent und Multiplikator. Ben Fowkes hat die „so genannten Revolutionen“ als „Kettenreaktion“ bezeichnet.<sup>74</sup> Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn bildeten Vorläufer und Pioniere der Umsturzbewegungen; die Opposition in der DDR und der ČSSR profitierte davon. Rumänien eilte der Entwicklung gewaltsam hinterher. Die DDR und ČSSR erlebten demokratische Revolutionen mit einer starken nationalen Dimension: In der DDR hatte sie die Vereinigung mit der Bundesrepublik, in der ČSFR den Zerfall der Föderation zur Folge.

Die Forderung nach Freiheit und Volkssouveränität war ein zentrales Anliegen der Protestbewegungen. Sie manifestierte sich durch Runde Tische, kommunistische pseudo- oder semidemokratisch legitimierte Parlamente. Über die transitorischen Artikulationsforen führte der Prozess unaufhaltsam zu pluralistischen Erscheinungen westlich-demokratischer Ausprägung. Die Erringung der Freiheit bedeutete allerdings nicht automatisch die

Sicherung von Demokratie und Rechtsstaat. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des politischen Lebens.

Die Anciens Régimes gaben – mit Ausnahme des rumänischen – ohne größeren Widerstand auf und teilten die Macht mit der Opposition. Im Wandel von postkommunistischen zu neudemokratischen Herrschaftsverhältnissen mischte sich Altes mit Neuem. Fast überall zeigten sich alsbald Spannungen und Rivalitäten innerhalb der Opposition. Ihre starke Pluralisierung war nicht immer förderlich für die Demokratisierung der politischen Systeme. Wie Polen befreite sich Ungarn selbst, ohne dass durch die Machtverschiebungen schon demokratiepolitische Stabilität erzielt worden wäre.<sup>75</sup> Im Vergleich zu Polen (Wałęsa) und der ČSSR (Havel) gab es in der DDR keine herausragende Führungspersönlichkeit des Widerstands.<sup>76</sup> Personen, die sich dafür geeignet hätten, verweilten entweder in innerer Emigration oder befanden sich bereits in der Bundesrepublik. In der DDR gab es weder eine gewachsene organisierte Massenopposition wie die polnische Gewerkschaftsbewegung noch eine Plattform der Intellektuellen wie die tschechische Charta 77. Es waren vor allem Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche, die zu den Akteuren des Herbstes 1989 wurden.<sup>77</sup>

Im Unterschied zu Ungarn hatte die KPC-Führung unter Husák weder einen Kurs der nationalen Versöhnung eingeschlagen, noch sich von der Politik der Rache gegenüber den Exponenten des Prager Frühlings lösen können. Ohne Integration führte dies zu ihrer internen wie internationalen Isolation. Die Neubewertung des sowjetischen Einmarsches 1968 markierte den Klimasturz. Der Versuch einer Achsenbildung Berlin–Prag–Bukarest konnte nicht mehr gelingen. Im Unterschied zu anderen Ländern war die Kommunistische Partei der ČSSR gleich am Anfang des Transformationsprozesses als politischer Faktor ausgeschaltet und kam als Verhandlungspartner mit der Opposition nicht mehr in Frage.<sup>78</sup>

Ein Prinzip traf auf alle Umsturzbewegungen zu: Die „Refolution“ fraß in Polen, der ČSSR und der DDR ihre Kinder. Solidarność zerbrach in Einzel-

72 L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 213, 219.

73 Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München – Wien 1993, S. 505.

74 B. Fowkes (Anm. 7), S. 204.

75 Vgl. L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 227–229.

76 Vgl. ebd., S. 263.

77 Vgl. R. Schröder (Anm. 50), S. 146.

78 Vgl. M. Otáhal (Anm. 60), S. 125–127.

parteien, das Bürgerforum zerfiel noch vor der Sezession der Slowaken von den Tschechen, und das Neue Forum war im Frühjahr 1990 nur mehr eine Marginalie. Die Macht der Aufbegehrenden 1989 bestand demnach in der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse: In der Delegitimierung des alten Regimes bestand ihre Stärke, in der ausgebliebenen Konstituierung neuer Ordnungen ihre Schwäche.

Aus der „Augenblicks-“ und „Freiheitsrevolution“,<sup>79</sup> einer Ereignisverdichtung mit „Folgen einer unerhörten Begebenheit“<sup>80</sup>, wurde ein Transitorium mit unkalkulierbaren Folgen. Verbindlich war nur das Ende der russischen Hegemonie über Mittel- und Osteuropa. Insofern wurde ein „Jahrhundert abgewählt“.<sup>81</sup> Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Friede brach aber nicht aus: An Stelle des Kommunismus trat ein neuer Nationalismus, der scheinbar vom sozialistischen Sowjetuniversalismus befriedet worden war.<sup>82</sup> Nach dem Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte viele Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten oder sozialistischer Nostalgie. 1989 bedeutete eine scheinbare Wiederkehr der Ereignisgeschichte. Tatsächlich fanden in den Folgen der Geschehnisse unterschiedliche Strukturen ihren Ausdruck. Die rasche Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um im real existierenden Sozialismus entstandene Gewohnheiten und Mentalitäten zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten. Daraus resultierten Stabilisierungs-, Konsolidierungs- und Identitätskrisen.

Vor einer Mythologisierung der „Revolutionen“ von 1989 ist daher zu warnen: Es waren weder gewaltsame Umwälzungen, noch gab es substanziellen Widerstand der kommunistischen Regime. Dem Systemwechsel folgte nicht zwingend ein Elitenwechsel. Es gab aber auch keinen „weißen Terror“: Eine Rückkehr des alten Regimes fand nir-

gendwo statt. Es waren Umstürzbewegungen, die Übergänge ermöglichten, die über Jahre andauern sollten. In sehr kurzer Zeit waren die neuen Staatsformen gezwungen, Jahrzehnte zurückreichende Entwicklungen der westlichen Demokratien nachzuvollziehen. Die Umorganisation des ökonomischen Systems von einer Kommandowirtschaft zum kruden Kapitalismus legte ideologische und mentalitätsspezifische Probleme auf beiden Seiten, in Ost wie West, offen.<sup>83</sup> Zwar wurde der Wandel 1989/90 durch Repräsentation bewirkt, doch „Repräsentation“ als unbestrittenes Prinzip war noch nicht gesichert, wie der demokratiepolitische Problemfall Slowakei und rechtspopulistische Strömungen in Polen, Tschechien und Ungarn zeigten. Das einmalige Experiment eines Transformationsprozesses der europäischen Geschichte verlief weitgehend friedvoll, ist aber noch nicht abgeschlossen.

„1989“ war gleichzeitig die Wiederentdeckung Mitteleuropas, „Rückkehr nach Europa“ und „Beginn einer gesamteuropäischen Neufindung“.<sup>84</sup> Westeuropa reagierte neben dem Integrationsprogramm der Vertiefung der EU (durch Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion) vor einer Erweiterung desorientiert, distanziert und hilflos. Der zweifache Ratschlag zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft sollte sich als vordergründig und problematisch erweisen. Der Transformationsprozess war von einem schwerwiegenden ökonomischen Niedergang begleitet. Dem *annus mirabilis* 1989 folgten *anni miserabiles*.<sup>85</sup> Demokratie und Marktwirtschaft liefen Gefahr, zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen und damit das Ende der Machbarkeitsideologien zu signalisieren. Daher ist im Jahr 1989 auch die Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee zu sehen. Die Grenzen des Parteien- und Sozialstaates sind deutlicher denn je.<sup>86</sup> Eine systematisch angelegte bilanzierende Untersuchung der Gewinner und Verlierer der Umstürzbewegungen und die Beantwortung damit zusammenhängender Fragen des Schutzes und der Entschädigung der Verlierer stehen noch aus.

83 Vgl. Gerd Meyer (Hrsg.), Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, Tübingen–Basel 1993; Clemens Friedrich/Birgit Menzel (Hrsg.), Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen, Frankfurt/M. u. a. 1994.

84 L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 214, 221; Hans Lemberg, Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“, in: J. Elvert/M. Salewski (Anm. 29), S. 15–28.

85 I. T. Berend (Anm. 2), S. 341 ff.

86 Vgl. L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 237 f.

79 L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 212, 262, 300.

80 Wolf Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992.

81 Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München–Wien 1990.

82 Vgl. L. Kühnhardt (Anm. 3), S. 212.

## **Tobias Hollitzer**

---

geb. 1966; stellv. Vorsitzender des Bürgerkomitees Leipzig e.V. für die Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit (MfS); Mitbegründer der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker.

*Anschrift:* Bürgerkomitee Leipzig e.V., Dittrichring 24, 04003 Leipzig.

E-Mail: thollitzer@web.de

*Veröffentlichungen u. a.:* (Hrsg. zus. mit Reinhard Bohse) Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution, Leipzig 2000; (Hrsg.) Wie weiter mit der Aufarbeitung? 10 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz, Berlin 2002; (Hrsg. zus. mit Edda Ahrberg und H.-H. Hertle) Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004.

## **Reinhard Bernhof**

---

geb. 1940; Schriftsteller und Kinderbuchautor; 1988/89 Mitbegründer des Neuen Forums in Leipzig; Herausgeber der illegalen Literaturzeitschrift „Umfeldblätter“; Lehrtätigkeit am Grinnel College, Iowa/USA.

*Anschrift:* Roßblauer Straße 8, 04157 Leipzig.

*Veröffentlichungen u. a.:* Was weiß ich, Spanien ist viel mehr . . . Gedichte, Berlin-Weimar 1974; Tägliches Utopia. Gedichte, Leipzig 1987; Die Ameisenstraße. Erzählungen, Halle 1988; Die Leipziger Protokolle, Halle 2004.

## **Thomas Ahbe**

---

Dr. phil., geb. 1958; Sozialwissenschaftler und Publizist.

*Anschrift:* Oststraße 41, 04317 Leipzig.

E-Mail: post@thomas-ahbe.de

*Veröffentlichungen u. a.:* (zus. mit Heiner Keupp, Wolfgang Gmür u. a.) Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne, Reinbek 1999; (zus. mit Michael Hofmann und Volker Stiehler) Wir bleiben hier! Erinnerungen an den Leipziger Herbst 89, Leipzig 1999; (zus. mit Michael Hofmann) Es kann nur besser werden. Erinnerungen an die 50er Jahre in Sachsen, Leipzig 2001.

## **Katharina Gajdukowa**

---

Dipl.-Päd., geb. 1967; Lehrbeauftragte und Doktorandin am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg.

*Anschrift:* Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6/M2, 35032 Marburg.

E-Mail: katharina.gajdukowa@staff.uni-marburg.de

*Veröffentlichung u. a.:* Die europäische Dimension der Entkommunisierung postsozialistischer Staaten, in: Jürgen Zimmerer (Hrsg.), Schweigen–Erinnern–Bewältigen. Vergangenheitspolitik in globaler Perspektive, in: Comparativ, (2004) 5/6.

## **Ulrich Arnswald**

---

Dr. phil., Dipl.-Päd., geb. 1943; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/M. (DIPF).

*Anschrift:* DIPF, Schloßstraße 29, 60486 Frankfurt/M.

E-Mail: arnswald@dipf.de

*Veröffentlichungen u. a.:* Länderberichte zu Norwegen, Russische Föderation, Thailand, Ungarn sowie ergänzende Literatur, in: Wolfgang Hellwig u. a. (Hrsg.), Innovationen nationaler Berufsbildungssysteme von Argentinien bis Zypern. Berufsbildungsprofile im Blickfeld des Internationalen Fachkräfteaustausches (IFKA), Baden-Baden 2001; Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2004 (mit CD-ROM).

## **Michael Gehler**

---

Mag., Dr. phil., geb. 1962; Professor am Institut für Zeitgeschichte, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

*Anschrift:* Universität Innsbruck, Christoph-Probst-Platz, 6020 Innsbruck/Österreich.

E-Mail: michael.gehler@uibk.ac.at

*Veröffentlichungen u. a.:* Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Darstellung und Dokumente, 2 Bde., Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002; (zus. mit Wolfram Kaiser) Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten: Dokumente 1945–1965, München–New York 2004; (zus. mit Wolfram Kaiser) Christian Democracy in Europe since 1945, London–New York 2004.

## **Nächste Ausgabe**

### **Alfredo Märker** *Essay*

UNO und Völkerrecht in der Weltordnungskrise

### **Bardo Fassbender**

Die souveräne Gleichheit aller Staaten – ein angefochtenes Grundprinzip des Völkerrechts

### **Oliver Dörr**

Gewalt und Gewaltverbot im modernen Völkerrecht

### **Norman Paech**

Epochenwechsel im Völkerrecht?

### **Patrick Sutter**

Das humanitäre Völkerrecht in der Krise?

### **Johannes Varwick**

Die Reform der Vereinten Nationen – Weltorganisation unter Anpassungsdruck

**Tobias Hollitzer** *Essay*

### **15 Jahre Friedliche Revolution**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/2004, S. 3–6

---

■ Die Friedliche Revolution von 1989 ist ein herausragendes Ereignis der deutschen Geschichte. Die demokratischen Errungenschaften sollten wir uns auch jenseits von Gedenktagen immer wieder aufs Neue bewusst machen. Viel zu oft wird das, wofür Hunderttausende im Herbst 1989 auf die Straße gingen – anfangs unter Lebensgefahr –, heute geringgeschätzt. Die Forderung nach freien und geheimen Wahlen war eine der zentralen Forderungen. Offenbar gelingt es immer weniger, deutlich zu machen, was es bedeutet und wie es sich anfühlt, in einer Diktatur zu leben, die dem Einzelnen die elementaren Rechte verweigert. Das Ziel muss es sein, das Bewusstsein für den unermesslichen Wert der Demokratie zu schärfen – jene Gesellschaftsform, die trotz aller Mängel und Unzulänglichkeiten die beste denkbare Form des menschlichen Zusammenlebens bleibt.

**Reinhard Bernhof**

### **Leipziger Protokoll**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/2004, S. 7–11

---

■ Das zeithistorische Protokoll der Leipziger Montagsdemonstration vom 16. Oktober 1989 stammt aus einer Phase, als angesichts der sich überstürzenden Entwicklung in der DDR noch keine Richtung erkennbar war. Der Text schildert die zögernde, ja ungläubige Initiative von Menschen, die unter großer Gefahr für eine demokratische Wandlung warben. Auf beeindruckende Weise werden der Mut und die Friedfertigkeit der Demonstranten, aber auch das völlige Versagen einer sklerotischen Staatspartei deutlich.

**Thomas Ahbe**

### **Die Konstruktion der Ostdeutschen**

*Diskursive Spannungen, Stereotype und Identitäten seit 1989*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/2004, S. 12–22

---

■ 15 Jahre nach der Öffnung der Mauer und dem Beginn vom Ende der DDR scheinen die Stereotypen von den Eigenarten der Ostdeutschen noch so frisch wie zu Beginn der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte. Die westdeutschen Ost-Diskurse sind durch unterschiedliche Konjunkturen und Themen geprägt und weisen gleich bleibende Muster, Diskursregeln, auf, nach denen sie ihren Gegenstand – die Eigenarten der Ostdeutschen – konstruieren. Seit Demokratie und Marktwirtschaft im Osten ein anderes als das vertraute Gesicht zeigen, versucht ein psychologischer Diskurs über die Eigenarten der Ostdeutschen Erklärungen zu finden. Fast scheint es, als sehe man in der vor 15 Jahren von ihrer Bevölkerung wegemonstrierten Diktatur immer noch eine Gefahr.

**Katharina Gajdukowa**

### **Opfer-Täter-Gesprächskreise nach dem Ende der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/2004, S. 23–27

---

■ Die Begegnung von Opfern und Tätern birgt die Chance der Bearbeitung politischer Traumatisierungen. Der Vergleich der Opfer-Täter-Gesprächskreise im kirchlichen Raum mit den Ergebnissen aus der Forschung zum strafrechtlichen Täter-Opfer-Ausgleich zeigt, dass in den Gesprächskreisen die Täter die meiste Aufmerksamkeit bekommen, während beim Täter-Opfer-Ausgleich die Tat im Zentrum steht. Ein Vergleich mit internationalen Opfer-Täter-Begegnungsprojekten macht deutlich, dass das christliche Versöhnungsangebot die Politische Traumatisierung zwar beruhigen kann, dass für eine Verbindung von persönlichen und gesellschaftlichen Heilprozessen jedoch die Arbeit an kollektiven Identitäten in der Täter-Opfer-Begegnung nötig ist.

**Ulrich Arnswald**

### **Zum Stellenwert der DDR-Geschichte in schulischen Lehrplänen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/2004, S. 28–35

---

■ Welchen Stellenwert hat das Thema DDR-Geschichte in den Lehrplänen für allgemeinbildende Schulen? Über hunderte aktuelle Lehrpläne wurden einer Analyse unterzogen. Vor allem in den Lehrplänen für Geschichte, aber auch für Gemeinschaftskunde, Sozialkunde und Politik finden sich Bezüge zur DDR. Bei allen Unterschieden der Lehrpläne der einzelnen Bundesländer macht die Analyse deutlich, dass einige Bereiche, wie das Gesellschafts- und Machtssystem der DDR, die Entwicklung von Widerstand und Opposition oder die Geschichte der sechziger und siebziger Jahre, unsystematisch und nur unzureichend dargestellt werden.

**Michael Gehler**

### **Die Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa**

*Ursachen – Verlauf – Folgen*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/2004, S. 36–46

---

■ 1989 standen Mittel- und Osteuropa im Zeichen politischer und ökonomischer Umwälzungen. Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn waren die Pioniere und die Träger der Umsturzbewegungen. Die politischen Veränderungen in der DDR und der symbolträchtige Fall der Mauer am 9. November entwickelten Schubkraft für die Umwälzungen in der Tschechoslowakei und Rumänien im Dezember 1989. Am Beispiel von Polen, Ungarn, der ČSSR, der DDR und Rumänien werden Ursachen, Verlauf und Folgen der Umsturzbewegungen mit ihren revolutionären Begleiterscheinungen dargestellt, analysiert und damit ein zusammenfassender Beitrag zur vergleichenden europäischen Zeitgeschichte geleistet.